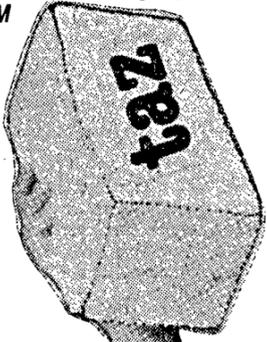


die Tageszeitung

Dienstag, 17. 4. 79
Nr. 11 / 16. Woche Jahrgang 2
Preis 1 DM



ab heute
täglich



Redaktionen

- 1 Berlin 65, Wattstr. 11/12
☎ (030) 463 10 75/6/7/8/9
- 3 Hannover, Rambergstr. 17
☎ (0511) 31 70 05/6
- 5 Köln 30, Glasstr. 80
☎ (0221) 52 05 79
- 6 Frankfurt, Hamburger Allee 45
☎ (0611) 77 89 41 (Büro)
70 56 59/69 (Redaktion)
- 7 Stuttgart, Falkertstr. 71/1
☎ (0711) 61 75 59

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

A 4100 AX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
taz Berlin, Postfach 65 100

Rudolf Etienne, Am Teigelhof 11, 4800 Bielefeld 17 / Tageszeitungsbüro, Aalenstr. 30, 4630 Bochum / Adolphstr. 32, 5300 Bonn 1, (02221) 65 40 50 / Beate Seel, Vorstr. 93, 2800 Bremen 31, (0421) 23 23 62 / Angela Seiler, Mollerstr. 13, 6100 Darmstadt (06151) 71 39 64 / Bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62, 4600 Dortmund (0231) 10 33 06 / Toni Roiten, Aschener Str. 123, 4000 Düsseldorf-Bilk / Stadtzeitung, Zasiustr. 40, 7800 Freiburg (0761) 70 02 70 / Uschi Erhardt, Krodorferstr. 1, 6300 Lahn/Gießen (0641) 74 64 2 / Tageszeitungsbüro, Bahnenfelder Str. 64/8, Hamburg (040) 390 30 30 / Michael Akselrad, Heugasse 1a, 6900 Heidelberg (06221) 14 30 1 / Gerlinde El-Shami Weik, Adlerstr. 28, 7500 Karlsruhe (0731) 60 60 15 / Detlef Stempel, Feldstr. 142, 2300 Kiel (0431) 33 53 14 / Zurschwarzen Geiß c/o Elmar, Inselgasse 20, 7750 Konstanz (07531) 26 56 8 / Martin Hoffmann, Hintere Dorfstr. 19, 7859 Wintersweiler / Buchladen Sedanplatz, Westendstr. 1, 6200 Wiesbaden (06121) 40 25 84 / Roter Stern Buchladen, Am Grün 28, 3550 Marburg (06421) 24 78 7 / Der andere Buchladen, 6800 Mannheim M 2/6 // Tageszeitungsbüro, Kistlerstr. 1, 8000 München 90 (089) 69 11 497 u. 53 58 59 (BID) / [Ha, schon wieder eins, der Setzer!] Tageszeitungsbüro, Hammerstr. 37, 4400 Münster (0251) 47 81 6 / Bücherkiste, Jakobstr. 26, 8500 Nürnberg (0911) 22 24 23 / Rainer Künsken, Joh.-Justus-Weg 92c, 2900 Oldenburg (0441) 63 25 4 / Herrmann F. Zöllner, Karlsbaderstr. 17, 8400 Regensburg / Politischer Buchladen, Beth & Paul, Johannesstr. 3, 6600 Saarbrücken (0681) 31 17 1 / Norbert Reiber, Rumeinstr. 8, 7400 Tübingen (07071) 26 40 3 / Der andere Buchladen, Thomas Bärmann, Neue Nordstr. 6, 5600 Wuppertal

Seit Gründung der „BILD“-Zeitung 1952, vor mehr als 25 Jahren, hat es in dieser Republik keine überregionale, parteiunabhängige Tageszeitungsgründung gegeben. Im Gegenteil, viele sind eingegangen. Wer kann da heute noch von Pressefreiheit reden? Wir werden versuchen, ein Blatt gegen jede freiwillige Zensur und Nachrichtensperre zu publizieren. Kein Linienblatt, aber eine linke, radikale, auch satirische Zeitung — täglich! Den unterschiedlichsten Leuten soll darin Platz gegeben werden, gegen traditionellen, distanzierenden Profijournalismus zu schreiben. Ein Versuch, den Gebrauchswert des Mediums Tageszeitung zu verändern — Lesern das Blatt zu Verfügung zu stellen! Eine Hoffnung, die Presselandschaft in Bewegung zu versetzen.

Erdbeben in Jugoslawien

Belgrad, 15.4. (afp) Das Erdbeben vom Sonntag, das an der Adria-Küste Jugoslawiens starke Schäden anrichtete und über 100 Opfer forderte, hat auch in Albanien mehrere Todesopfer zur Folge gehabt.

Michael Lockley berichtete aus einem der betroffenen Orte an der jugoslawischen Küste: Hercegnovi

Gespentig flackern ringsum die Bucht von Kotor kleine Lagerfeuer. Tausende von Menschen ziehen es nach den verheerenden Erdbeben des Ostersonntags vor, die Nacht in Decken gehüllt im Freien zu verbringen. Verängstigt hocken sie in den Gärten, zersägen ihre Bäume, um das wärmependende Feuer in der Frühlingsnacht am Leben zu erhalten.

Weite Teile des südjugoslawischen Katastrophengebiets waren am Sonntagabend ohn Strom, ohne Wasser. Die Telefonverbindungen waren meist zusammengebrochen. In der Zentralvermittlung von Hercegnovi waren die Arbeitsplätze verwaist: Das Personal mochte aus Furcht vor angekündigten Nachbeben nicht in das Dienstgebäude zurückkehren.

Ein kleines Nachbeben läßt Zelenika weit von Hercegnovi erzittern. Dort ist ein Teilstück der Küstenstraße ins Meer abgerutscht. Ein zweistöckiges Haus wurde mitgerissen. „Es ist wie ein Wunder, daß die drei Leute, die drin waren, noch aus der Tür kamen, als das Haus vor meinen Augen in die Tiefe krachte“, berichtet Pero Sacic. Der angegraute Nachbar Marko Trtunic habe seine invalide Frau und seine 30 Jahre

alte Tochter gerade noch herauszerren können. Sacics Haus blieb stehen, hat aber etliche Risse.

Viele malerische Häuser, uralte Kirchen und Türme fielen in sich zusammen, wurden buchstäblich ins Meer gekippt. Die modernen Bauten widerstanden den Erdstößen. Zuweilen fehlt ein Stück Dach. Viel größer ist der Schaden nicht. Riesige Flutwellen schäumten durch die kleine Bucht. Das Epizentrum des Bebens lag vor der Küste. Viele Häuser, ganze Hotels wurden in die See gerissen. Hafenanlagen wurden weggespült. In der Werft von Bijela walzten die Wassermassen einen Teil des Docks platt.

Auf 15 Kilometern Länge brach die Küste an einem Stück ins Meer ab. Zahlreiche Häuser versanken. Hin und wieder ragt jetzt die Spitze einer hohen Fichte aus den Fluten, die einen in die Adria gespülten Garten überdecken. Die Küstenstraße um die Bucht von Kotor ist unpassierbar. Zivile Helfer und Militär kommen nur mühsam durch. Bürgermeister Seferovic verfügt nur über zwei eilends aufgeschlagene Großzelte. Sie können 100 Menschen aufnehmen. Aber in seinem Zuständigkeitsbereich schätzt er die Zahl derer, die nicht in ihre Häuser zurückkönnen oder -wollen auf knapp 2000. Gleichwohl glaubt Seferovic gut dran zu sein. Weiter im Süden sei alles noch viel schlimmer: Schließlich habe es in seinem Gebiet noch nicht einmal ein halbes Dutzend Tote und „nur“ etwa 100 Verletzte gegeben.

Neue Verhaftungswelle im Iran

Teheran, 16.4. (afp). In Iran sind sechs neue Verhaftungen durch Revolutionskomitees vorgenommen worden, wurde am Montag von unterrichteter Seite in Teheran gemeldet. Danach handelt es sich um den Ex-Minister für Wohnungsbau, Parviz Avinikavini. Die ehemaligen Abgeordneten Moszem Ghoreichi und Assadollah Ilkhani, zwei Armeeführer der Stadt Hamadan, Generalleutnant Ali Fathi Amin und Oberstleutnant Seyyed Mahmoud pour Hacemi sowie den einstigen Sektionschef des Teheraner Zentralgefängnisses, Oberst Mahboudi.

Die genauen Umstände der Festnahmen waren nicht bekannt. Der für die islamischen Revolutionsgerichte zuständige Generalstaatsanwalt Mehdi Hadavi hatte am Samstag die Aktions-

rechte der „Khomeini-Komitees“ dahingehend eingeschränkt, daß künftig nur noch mit ausdrücklicher Bewilligung der Regierung Festnahmen und Hausdurchsuchungen durchgeführt werden dürfen.

Generalstaatsanwalt Hadavi machte am Montag deutlich, daß die Verfolgung der „Verbrecher und Komplizen des alten Regimes“ weitergehen wird. In einer Rundfunckerklärung betonte er, jede Beihilfe zum Untertauchen solcher Personen aus der Regierungsepoche des Schah werde mit „größter Strenge“ geahndet. Derartige Helfershelfer müßten mit ihrer Verurteilung zum Tode rechnen. Eine Liste „aller“ Personen, nach denen die „Revolutionsjustiz“ noch fahnde, solle demnächst veröffentlicht werden, hieß es.

Havemann wird ausgehungert

Berlin, 16.4. (taz). Der Hausarrest des SED-Kritikers ist am Donnerstag drastisch verschärft worden und auf die gesamte Familie, darunter auch die 5-jährige Tochter, ausgedehnt worden. Neben der seit langem bestehenden Straßensperre, wurde der Eingang zu seinem Grundstück in Berlin-Grünheide durch eine Wagenburg unpassierbar gemacht. Wie der mit Havemann befreundete Schriftsteller Jürgen Fuchs uns mitteilte, hielt die Blockade auch noch am Ostermontag an. Die Versor-

gung mit Lebensmitteln ist zur Zeit nicht mehr möglich. Anlaß für diese Maßnahmen ist vermutlich ein von ihm veröffentlichter Beitrag im Spiegel, in dem er Kritik an seinem Buch „Ein deutscher Kommunist“ zurückgewiesen hat. Das ZK der SED hatte den verschärften Hausarrest vermutlich gemeinsam mit den neuen Beschränkungen journalistischer Arbeit für Westkorrespondenten auf seiner letzten Sitzung vor Ostern beschlossen.

Inhalt

Volksentscheid über Atomenergie

Große Resonanz auf eine Petition der „Courage“ für eine Volksabstimmung. 59% sind nach einer Umfrage dafür. (Seite 9)

„Natürliche Abgänge“

Springer stellt auf Fotosatz um und versucht die Kolleginnen und Kollegen zum „natürlichen Abgang“ zu bewegen. (Seite 7)

P.P. Zahl: Sondermaßnahmen aufgehoben

Ein Brief aus dem Knast (Seite 6)

Italienische Winterreise

Zur Verhaftung der „Autonomen“ in Italien (Seite 11)

Geburt nach Stoppuhr

Dortmunder Eltern klagen gegen das Städtische Krankenhaus (Seite 8)

Wir wollten eine Selbstdarstellung schreiben. Aber die Darstellung blieb stets nichtssagend allgemein, oder es kamen die verschiedenen Ansätze und Wünsche an die taz heraus, die nicht immer von allen von uns geteilt werden. So, wie die redaktionellen Beiträge in der taz zum Teil kontrovers und widersprüchlich sein werden, haben wir uns entschlossen, auch die verschiedenen Vorstellungen von einzelnen taz-Mitarbeitern heute und in den folgenden Ausgaben zu veröffentlichen.

„Uns ist heute gar nicht zum Feiern zumute.“

Da ist sie nun also, die „Frau meiner Träume“, wie Fritz Teufel sie vor einem Jahr nannte, die erste unabhängige linke Tageszeitung in Deutschland. Als wir vor 1 1/2 Jahren angingen, den alten Traum der Studentenbewegung von einer eigenen Zeitung in die Praxis umzusetzen machten uns die einen Mut, die anderen, aus dem bürgerlichen Lager, hielten uns für schlichtweg wahnsinnig. Seit 25 Jahren, seit Gründung der BILD-Zeitung, hat es niemand mehr gewagt, in der BRD eine überparteiliche, überregionale Tageszeitung zu gründen. Im Gegenteil: nicht zufällig gingen etliche etablierte Blätter ein. Und da kommen wir, ohne einen Pfennig Geld, ohne eine einheitliche politische Linie, ohne eine Partei oder einen Verleger im Hintergrund, ohne großartige Profi-Erfahrung aber mit unseren sprichwörtlichen Gruppenstrukturen - und unserem festen Willen und dem starken Bewußtsein von der Wichtigkeit (und den Möglichkeiten) einer unabhängigen Zeitung, von der wir nicht richtig wissen, ob wir sie nun links-radikal, links-pluralistisch, oder überhaupt links bezeichnen sollen. Ungeheuerlich!

Und nun ist tatsächlich eine Tageszeitung draus geworden. Wir habens also geschafft? Glückwunsch, Hurrah? Uns ist heute gar nicht so recht zum Feiern zumute. Zu stark ist die Gewißheit, daß mit dem heutigen Datum der Prozeß „Tageszeitung“ gerade erst begonnen hat, und daß das Produkt noch längst nicht das ist, was wir wollen.

Für viele von uns ist die „Frau meiner Träume“ inzwischen zum „Mann meiner Alpträume“ geworden. Die praktischen Erfahrungen, die Auseinandersetzungen und Lernprozesse und das ungewohnte Umgehen mit diesem Mammut-Projekt haben mehr Kraft gekostet, als viele jemals vorher in eine Gruppe eingebracht haben und sie haben einen Teil unserer Ansprüche und Phantasien gekostet. Bei unseren zehn Null-Nummern und den redaktionellen und technischen Vorbereitungen mußten wir Erfahrungen machen, die zwar vorhersehbar aber damals nicht praktisch spürbar waren: die Schwierigkeit (Unmöglichkeit?) in einem Großprojekt unter Zeitdruck alternativ zu arbeiten, von der technischen und personalen Dimension her ein Mittleres Unternehmen zu sein und kapitalistischen Marktzwängen zu unterliegen, dann unsere Schwierigkeit als Großkollektiv von teilweise 100 Leuten zu arbeiten und zu entscheiden und schließlich das, - zunächst vorsichtige - Eingeständnis in unsere eigene allzu häufige Unfähigkeit, eine wirklich andere Zeitung zu machen und nicht eine blasse Kopie bürgerlichliberaler Blätter. Nicht zufällig ertappen wir uns bei der neidischen Lektüre der Frankfurter Rundschau oder des Sterns - wie gern hätten wir wirkliche Vorbilder gehabt!

In der letzten Zeit ließ sich auch das Wort Angst nicht mehr wegleugnen. Angst vor dem ganz persönlichen und dem kollektiven Versagen und auch die Angst, daß dieser „Wahnsinn“ bald wieder vorbei sein könnte, bevor er überhaupt richtig angefangen hat.

All diese Schwierigkeiten ließen sich aber ertragen, wenn wir sicher wären, daß wir die Tageszeitung unter den Voraussetzungen machen, unter denen sie geplant war: als eine Zeitung, die von weiten Teilen der Linken und ihrer Leser getragen und mitgestaltet wird. Als wir vor 1 1/2 Jahren angingen, begeisterte die Tageszeitungsidee und unsere Hoffnung, damit etwas in Bewegung zu setzen, schien gar nicht so weit weg. Heute stehen wir mit 7000 Abonnenten da. - 3000 zu wenig, um nicht gleich in den ersten Monaten alle Abo-Gelder zu verbrauchen und 8000 zu wenig, um ruhig über die Sommerflaute zu kommen. Zwar arbeiten auch heute über 300 Leute in den vielen Initiativgruppen und den Regionalredaktionen. Etliche Tausende haben es diskutiert, wie bisher kaum ein anderes Projekt in der unabhängigen Linken. Aber dennoch können wir nicht sagen, daß die Tageszeitung die breite Unterstützung hat, die sie braucht und die sie auch nur zu einem sinnvollen Medium macht. Wir wollen immer noch eine Zeitung machen, die durch das Eingreifen der Leser lebt, aber wir merken, daß wir weit davon entfernt sind. Die meisten Artikel stammen von uns selber, für Leute von außen scheint es immer noch naheliegender und spannender, die bürgerlichen

Zeiten als Ansprechpartner und -gegner zu benutzen, als die TAZ zu ihrer Zeitung zu machen. Das hängt einmal sicher mit dem sehr ambivalenten Verhältnis der Linken zu bürgerlichen Medien und Autoritäten zusammen, zum anderen aber auch mit der TAZ selber.

Je näher wir uns dem Erscheinungsdatum näherten, desto umstrittener wurde die Zeitung auch, desto mehr Distanz und Aggression zog sie auf sich. Die Tageszeitung ist zur Zeit keine Zeitung einer linken Bewegung - das ist klar. Aber was ist die linke Bewegung? Auch an diesem Punkt haben wir in den letzten Monaten Erfahrungen gemacht, die unsere Eingangsvoraussetzungen korrigiert haben:

Anders als die alternativen Tageszeitungen in Frankreich und Italien ist die TAZ nicht aus einer linken Bewegung, sondern aus einer linken Erstarrung entstanden und gerade diese Erstarrung war es auch, die im deutschen Herbst 77 den Auslöser für dieses Projekt gab. Die Schleyer-Entführung, Mogadischu, die Tode in Stammheim, die Nachrichtensperre hatten damals eher ein Gefühl von „jetzt geht nichts mehr“ geschaffen, aber auch von einer Neuorientierung und einem scheinbaren Zusammenrücken der Linken. Schneller als wir es damals vorhersehen, hat sich dieses Klima an der Oberfläche geändert. Das Bewußtsein, daß es jederzeit wieder eisig werden kann, ist unter dem Gefühl des Aufatmens ebenso verschütt gegangen wie die Sensibilität für unsere Unfähigkeit zur Empörung und für unseren linken Zynismus. Wo ist die Zeitung einer linken Bewegung, wenn wir die linke Bewegung suchen?

Kaum einer fragt noch, warum die FR oder der Stern, die 77 brav gekuscht haben, sich zur Zeit fortschrittlich profilieren können, wer denkt schon darüber nach, warum der „Extra-Dienst“ etliche Monate nach uns auf die „einzigartige“ Idee kam, eine Tageszeitung - Die Neue - zu machen und sich darin krampfhaft Themen zu öffnen, die ihren Machern sonst die größten Tabus waren? Es war immer ein Strang in der politischen Bedeutung der „Tageszeitung“, daß sie durch ihre Existenz Einfluß ausüben sollte, auf andere Medien. Bloß heißt das für uns nicht, daß wir uns ständig an gerade diesen Medien messen lassen

wollen. Die TAZ wird zu Anfang miserabel sein und manchmal wird sie vielleicht überhaupt nicht sein. Aber das ist nicht unsere Unfähigkeit oder unser mangelnder Scharfsinn, das ist auch genauso die Unfähigkeit von Euch, diese Zeitung zu etwas zu machen. Ihr erwartet in der Zeitung ein Verständnis für politische Entwicklungen und Tendenzen - gut! - wir erwarten, daß ihr die Tageszeitung als Politikum und als Prozeß versteht und sie nicht einfach als Produkt konsumiert, das man nach Belieben fallen lassen kann.

(Vera G., 28 Jahre)

Die TAZ - Hetzblatt mit Körpersprache

Die Tageszeitung ist ein sexistisch-regionalistisches, klassenkämpferisch-feministisches, militaristisch-internationalistisches, öko-phallokratisches, linksradikal-pluralistisches, pazifistisch-antiprovinzialistisches,

Hetzblatt.

Ein wenig viel auf einmal. „Habt ihrs nicht einfacher?“ fragt mancher. Nein, haben wir nicht. Es gibt kein entweder-oder, das sich in einem Editorial festhalten ließe. „Die“ Wahrheit gibt es für uns nicht mehr und die vielen Wahrheiten, die uns die Realitäten erschließen, liegen nicht auf der Straße und warten darauf, entdeckt zu werden, sondern sie müssen bewußt provoziert-produziert werden. Die Herstellung von Wahrheiten und das Bewußtmachen dieser Produktion, das ist die Aufgabe einer den Umsturz der bestehenden Verhältnisse anstrebenden Tageszeitung. Sie ist eben kein Stück Papier, auf das geschrieben wird, was ist, sondern sie stellt ihre Wahrheiten allererst her. Je durchsichtiger und klarer dabei der Produktionsvorgang, desto besser die Zeitung.

Die Wahrheiten sind nicht pur zu haben. Es gibt sie nur im Gemisch mit Meinungen und Interessen, Hoffnungen und Wünschen, Liebe und Haß. Der Sintervorgang, der Projektionen und Verzerrungen von „dem, wie es wirklich ist“ lösen könnte wie Eisen aus dem Gestein, ist noch nicht erfunden.

Was uns bleibt ist die Inszenierung: die offene, rückhaltlose Exhibition der krassesten und unausgewogensten Vorstellungen und Phantasien. Wenn die Wahrheiten nicht rein zu haben sind, so müssen wir sie in 10.000 Lügen erzählen: in der Hoffnung, im Schnittpunkt der zahllosen Projektionen, die wirkliche Lagerung eines Problems erkennen zu können.

Wenn wir die Dinge so sehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als ein Hetzblatt zu machen. Nur, indem wir die verschiedenen Auffassungen konfrontieren, sie aufeinander hetzen, sie dazu zwingen, sich aufeinander zu beziehen, werden wir nach und nach dahinter kommen wie die Dinge jeweils wirklich liegen. Theoretische oder ideologische

Vorverständnisse stören uns nicht, sie sind unumgänglich. Sie müssen nur den richtigen Gegnern gegenübergestellt werden, schon entsteht aus dem Kampf beider Vorstellungen eine Konstellation im Kopf des Lesers, die den Blick auf Realität freigibt.

Wenn wir einem ausgebufften Börsenjobber neben Ernest Mandel die Gelegenheit geben, seine Erklärung zur Lage auf dem Eurodollarmarkt abzugeben, so entsteht aus diesen beiden Ansichten etwas Drittes (besser: viele Drittes), das der-Realität näher ist als beide Kontrahenten für sich allein. Die Inszenierung solcher Schaukämpfe ist eine wesentliche Aufgabe der TAZ.

Körpersprache

Die TAZ wird also viele Sprachen sprechen. Nicht jeder Artikel wird von jedem Leser verstanden werden. Es wird Raum für die Ansichten von Professor Miller aus Ohio über die Struktur der schwarzen Löcher geben, obwohl wir wissen, daß außer Monsieur Moulin in Paris niemand auf der ganzen Welt versteht, worum es dabei geht. Daneben wird aber auch der Freak von der Haschwiese in Frankfurt zu Worte kommen, die revolutionären Zellen, Vanessa Redgrave, Balduz Sprinkman, meine Mutter, Frau Schulze und Lutz Lehmann aus der Hauptstadt der DDR. Und natürlich all die anderen Namenlosen und Ungenannten.

Ebenso wichtig ist aber auch, was sich ausdrückt in Gesten, Kleidung und Umgebung. Wir dürfen unseren Kontrahenten (zu denen auch unsere Freunde und Freundinnen zählen) nicht nur gebannt aufs Maul schauen, sondern müssen ihre Finger und ihre anderen Extremitäten im Auge behalten während sie sprechen. Des Kanzlers Schmidt abgespreizter Finger wenn er sich die Haartolle aus der Stirn entfernt, sagt mehr über seinen Charakter als sein Pressesprecher.

Was aber bedeutet ein Charakter angesichts der Verteilung der Bauxitvorkommen? Was eine Paranoia angesichts der ökologischen Katastrophe? Da das keine rhetorischen Fragen sind,

sondern wir die Antworten wirklich nicht wissen, wird uns nichts übrig bleiben als viele Sprachen zu sprechen. „Sybill“ und „Ich hab' Dir nie einen Rosengarten versprochen“ gehören in die TAZ wie die Rocky Horror Pictureshow, „Frau und Geliebte“, die Pastorale, Pattie Smith und David Bowie, [Oh ja, Mann, ein Setzer!] Grünwald, Andie Warhol, Sepp Maier, Hölderlin und Charles Wilp. Nicht zu vergessen die Meldungen aus der verlorenen Geschichte (Buntschuh, Amazonen, Kinderkreuzzug usw.), dem Krieg der Geschlechter, den Kämpfen der „Erniedrigten und Beleidigten“, von den Rohstoffmärkten der ganzen Welt und den Verliesen unseres Unterbewußtseins.

Was sich hier vielleicht nur bunt ausmacht, wird, wenn es wirklich werden wird, wehe tun, verletzen. Die TAZ wird Säure werden müssen, um gesellschaftliche, politische und persönliche Verkrustungen wegätzen zu können. Sie darf sich nicht Freunde machen wollen, sie wird die vielen Sprachen nur sprechen, wenn sie vielen Leuten unzensuriert und unkommentiert das Wort gibt. Wir müssen uns frei machen von der Lust, zu allem unseren Senf hinzugeben zu wollen.

Wir müssen aber auch lernen, Begebenheiten von der einen in eine andere Sprache zu übersetzen. Eine Ministervereidigung ist nicht nur in der Sprache der Tagesschau abbildbar, sondern auch als männlicher Initiationsritus. Und das ist nicht nur witziger Gag, sondern es stimmt auch. Beide Darstellungen sind gleich ernst zu nehmen. Je vielfältiger dabei die Übersetzungen sind, desto deutlicher werden die Realitäten. Es ist wie bei den oben beschriebenen Konfrontationen: je genauer, desto besser.

(A. W., 32 Jahre)

Aufklärungsblatt

Wer die Katastrophen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erlebt hat, dem kann es heute himmelangst werden. Die Arbeitslosigkeit hat die erste Million erreicht, und schon sagt man voraus, daß die Elektronisierung der Büroarbeit weitere zwei Millionen Arbeitnehmer freisetzen wird. Die Macht des ausbeutenden Unternehmertums nimmt in den Multis gigantische Formen an. Der Imperialismus, der Menschen und Völker zertritt, geht über Kontinente. Die Raffgier der Kapitalisten zerstört die Natur. Und der Staat, der den Unternehmern hörig geworden ist - Subventionen und Steuerherabsetzungen für Betriebe, aber erhöhte Steuern für Arbeitnehmer beweisen es - sucht seine Mäzene zu schützen durch totale Kontrolle des Bürgers, durch Zurückdrängung der Freiheit durch Berufsverbote, durch schwerbewaffnete Polizei mit kriegsmäßig ausgestatteten Militärverbänden, um damit jeden Widerstand zu ersticken.

Aber der Bürger selber bemerkt dies nicht. Eine allgewaltige Presse redet ihm ein, daß nur Gehorsam und Ordnung sein Wohlsein garantieren. Da hilft nur eins: dieser täglichen Pervertierung eine tägliche Aufklärung entgegenzusetzen.

Nur eine fortschrittliche Tageszeitung kann den Bürger wieder mündig, den Arbeitnehmer selbstbewußt machen. Erst dadurch können wird die Politik ändern und eine gesunde Gesellschaft und einen gesunden Staat schaffen.

Dies zu bewirken ist für mich das Ziel der „Tageszeitung“.

Walter Hinze (73 Jahre)

7.000

Vorausabonnenten haben bisher fast 600.000 DM eingezahlt.

Dies reicht nicht aus!

Wir müssen versuchen, in den ersten zwei Monaten doppelt so viele Leute von der „Tageszeitung“ zu überzeugen. Ohne große Geldgeber, mit Spenden ist unsere Finanzdecke sehr dünn.



Wir werfen die Flinte (noch) nicht ins Korn

Frauen in der Tageszeitung

„Bisher spielen Frauen in den Medien eine sehr untergeordnete Rolle. Das wird anders! Wir Frauen aus der Initiative zur Gründung einer überregionalen linken Tageszeitung wollen in Nachrichten, Dokumenten, Analysen und Darstellungen der Betroffenen täglich die vielfältigen Formen der Herrschaft über uns Frauen, unsere Nöte und unseren Kampf dagegen öffentlich machen...“ Diese Ansprüche haben wir Frauen der taz in der Planungsphase im Sommer 1978 formuliert. Inzwischen haben wir 10 Nullnummern, zuerst monatlich, dann wöchentlich in die Öffentlichkeit gebracht. Wie sehen wir heute unsere Situation, unsere (Un)möglichkeiten in der taz? Haben wir zumindest teilweise geschafft, die oben formulierten Ansprüche in die Tat bzw. Zeitung umzusetzen?

Wie es anfing

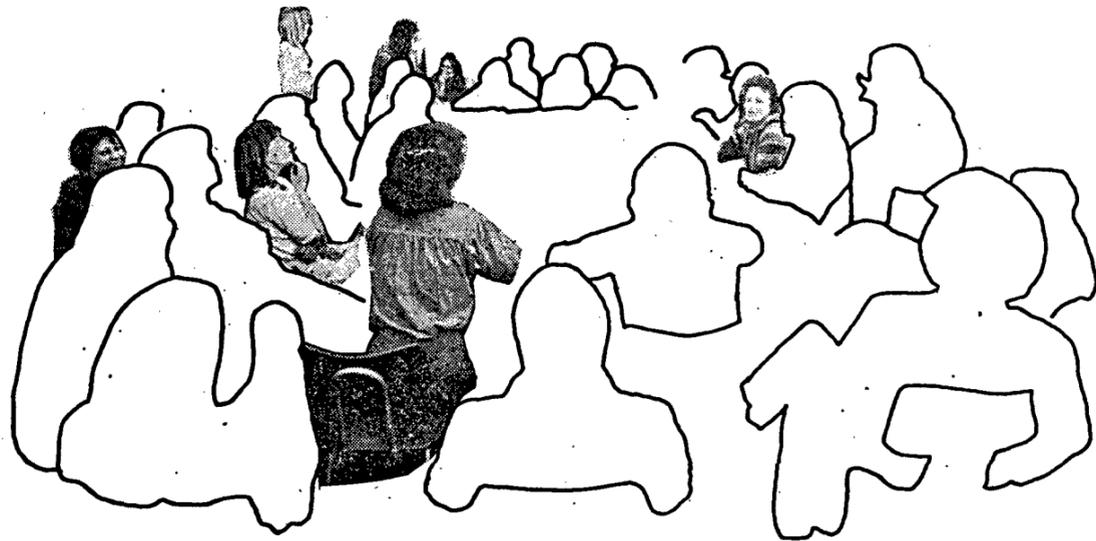
Vieles von dem, was wir vor einem halben Jahr im Vertrauen auf unsere Kräfte formuliert haben, konnten wir nicht einlösen. Wir haben es noch nicht geschafft, eine Frauenredaktion auf die Beine zu stellen, wie sie unseren Vorstellungen entspräche.

Im letzten Sommer gründeten sich in Berlin, wie in anderen Städten auch, feste Frauenarbeitsgruppen der taz. Entgegen unseren Ansprüchen zeigte aber die Realität, daß sich die Frauen (hier sprechen wir vorwiegend über die Berliner Situation) v.a. in anderen Arbeitsgruppen engagierten: Ökologie, Soziales, Kultur, Öffentlichkeitsarbeit. Dennoch waren wir optimistisch.

Als im Dezember entschieden wurde, daß der Sitz der taz-Zentralredaktion Berlin sein wird, entwickelten wir Frauen aus vielen Initiativen auf unserem ersten überregionalen Frauentreffen in Stemmern konkrete Vorstellungen, wie das personelle Problem der Frauenredaktion am besten zu lösen wäre. Keine der auf dem Treffen anwesenden Frauen war bereit, fest als Zuständige für das Frauenressort in die Zentrale einzusteigen, weil jeder klar war, daß dies für eine Frau allein nicht zu schaffen sei. Schließlich fanden sich zwei Frauen, die willens waren, zumindest in der Vorlaufphase von Januar bis zum täglichen Erscheinungszeitpunkt - im April, den Aufbau der Frauenredaktion verbindlich zu übernehmen. Daran geknüpft war die konkrete Erwartung an alle Frauen aus den anderen Ressorts, die Frauenredaktion mit Themen, Kontakten, Schwerpunktberichten zu unterstützen. Dieser Plan wurde auf unserem Treffen zwar schön entworfen, die Vorlaufphase zeigte dann anderes:

Hexengeflüster? Nein, Teufelskreis!

Der Aufbau der Frauenredaktion machte keine Fortschritte. Sicher hätte von den beiden voll zuständigen Frauen mehr in die Wege geleitet werden können, gerade der Frauenbereich erwies sich aber als schwer faßbar, weil Recherchen über Frauenthemen oft länger dauern, langwieriger sind - es gibt nicht so viel Material, das „nur“ Frauenaspekte behandelt, es ist mühsamer an detaillierte Informationen heranzukommen. Z.B. ist es zwar relativ einfach, über die Situation in der Psychiatrie zu berichten, auch anhand konkreten Zahlenmaterials. Aber derart



Die Frauenbewegung stellt sich nicht so plastisch dar wie zur Zeit die Ökologiebewegung. Außerdem fanden unsere Versuche, Kontakte in Form von Briefen und Telefonanrufen mit Frauen, Frauenzentren und -projekten im In- und Ausland herzustellen, nur sehr kümmerliche Resonanz. Immer wieder baten wir um Zuschriften und Material, stellten heraus, wie sehr es von der Mitarbeit und Zuarbeit aller Frauen abhängt, ob und wieweit die taz ein Medium auch für Fraueninteressen wird. Wir wurden in diesem Punkt sehr frustriert, und es ergab sich ein Teufelskreis: Wir können in der taz nur so wenige und undifferenzierte Artikel abdrucken, wenn wir wenig Zuschriften, Tips und Informationen bekommen. Viele Leserinnen gewinnen dadurch sicherlich den Eindruck, die taz-Frauen werden ihrem Anspruch nicht gerecht, oder schlimmer noch, die Ressentiments gegen das Projekt hinsichtlich der Frauenfrage nehmen zu. Allein kommen wir aus diesem Kreis nicht heraus. Bei der bisherigen wöchentlichen Zeitungsproduktion konnten wir noch aus allen möglichen Ecken etwas zusammentragen. Bei der Tagesproduktion ist das aber unmöglich!

taz-Frauen intim

Natürlich liegen die Gründe nicht nur an der mangelnden Unterstützung der Frauen von draußen, sondern auch an den internen Verhältnissen der taz: So sind bis heute in den Ressorts Internationales und Innenpolitik keine Frauen vertreten, es klafft also in zwei sehr wichtigen Bereichen der taz für uns ein riesiges Loch, und die Unterstützung der Männer ist ohnehin nicht der Rede wert. Aber leider kommt aus den anderen Ressorts, wo Frauen - wenn auch stark in der Minderheit - vertreten sind (in der gesamten Redaktion in Berlin



und uns v.a. auf die Frauenthemen konzentrieren können. Aber bestimmt kein Zufall, daß es so nicht läuft! Unser eigenes Interesse bezüglich der Frauenfragen und -themen, und besonders auch unser Problembewußtsein, ist weniger ausgeprägt. Das trifft nicht auf alle Frauen in der Zentralredaktion zu, aber die Frauen, die sich auf den Gesamtplena immer wieder stark für die Berücksichtigung der Frauenthemen einsetzen, haben mit der Zeit aufgrund mangelnder Resonanz ihr hartnäckiges Engagement verloren. Wichtig dabei ist leider, daß wir Frauen in dem Projekt uns untereinander nur wenig Rückhalt



geben. Wir nehmen Konflikte, Abläufe unterschiedlich wahr: Was für die eine eine „typische Mackergeschichte“ ist, bezeichnet die andere nachsichtig als „individuelle Macke“ eines Typen. Und es ist auch schwer, bestimmtes Mackerverhalten konkret nachzuweisen.

Dazu kommt die Schwierigkeit, typisch weibliche Schreibweisen, Darstellungsformen, Inhalte zu bestimmen. Es gibt unter uns Frauen darüber keine konkreten Vorstellungen, geschweige denn Einigkeit. Entsprechend dieser Differenzen vertreten wir auch unser Anliegen höchst unterschiedlich bis gar nicht in der Gesamtedaktion.

Wie verkauft Mann einen Artikel?

Allerdings haben wir bisher noch keine Schwierigkeiten gehabt, unseren Platz auf den verschiedenen Seiten zu behaupten. Eher scheint uns, daß wir einen Freiraum als Alibi in der taz haben, aber mit unseren Vorstellungen und Interessen gar nicht ernst genommen werden. Da wäre uns eine inhaltliche Konfrontation mit den Männern schon lieber als der augenblickliche Zustand, wo das Frauenressort in den Konferenzen so gut wie nie erwähnt wird (inzwischen auch von uns nicht mehr) und einfach hinten runter fällt. Von den Schwierigkeiten im Frauenressort ahnen die Männer nur, weil sie sehen, wo den Frauen kommt kaum was in die Zeitung.

Es erfordert einen besonderen Kraftaufwand, der sich manchmal in Penetranz und Klotzigkeit ausdrückt, wenn frau ihr Anliegen noch zur Sprache bringen will. Sie läuft damit Gefahr (Gefahr?) als „verbissene Emanze, Mackerin“ abgestempelt zu werden. Natürlich wird jeder Mann bestreiten, daß diese Etikettierungen so laufen. Es ist immer eine individuelle Sache, wenn ein Typ einer Frau gegenüber die „Ohren runterklappt, wenn sie den Mund aufmacht“. Und wenn nicht gerade mal ein dicker Hammer passiert, wird frau einfach als etwas überkandidelt, übertrieben empfindlich abgetan. So offensichtliche Unverschämtheiten wie die folgende laufen nun - Gott sei dank - auch nicht jeden Tag ab: 2 Frauen bringen einen Artikel als gut und wichtig für's Magazin ein. Er wird aus einseharen, technischen Gründen von der Redaktionskonferenz abgelehnt, landet dann auf einmal aber doch in der Zeitung. Was war passiert? Ein Obermacker hatte sich des Artikels angenommen (er war vom Artikelverfasser extra noch mal angerufen worden) und hat sich mit seiner „größeren Über-

zeugungskraft“ und v.a. mit Mauschelgeschick für den Artikel eingesetzt - er ist noch mal zu jedem einzelnen hingegangen und hat den Artikel angepriesen. - Bezeichnend? Natürlich fanden viele, auch Männer, den Ablauf eine Frechheit. Dennoch, für nicht wenige ist es keine Frage, daß sie zu ihren Geschlechtsgegnossen, die sie besser kennen, mehr Vertrauen haben. Das Vorgehen der Frauen wurde als zu wenig taktisch bezeichnet: Mann - und Frau sollte das eben auch - „verkauft“ einen Artikel schließlich anders.

Natürliche Auslese?

Natürlich wäre es falsch, solche Sachen allein auf die Strukturen zwischen Männern und Frauen zu beziehen, denn auch viele Männer leiden unter diesen Strukturen.

Die taz wird immer mehr zu einem Mammutprojekt: Der zwischenzeitlich überschaubare Haufen der Berliner Initiative geht in der Redaktion unter - mit 70 Leuten in Technik und Redaktion zusammen werden wir bald voll besetzt sein. Die Arbeitsatmosphäre wird anonym, es ist nicht mehr möglich, alle gut zu kennen, zu allen einen Draht zu haben. Die Konferenzen sind geprägt vom Streß und Druck der zu bewältigenden Arbeiten, und es erfordert Durchhaltevermögen und Durchsetzungsfähigkeit, um sich in der Gesamtedaktion einbringen zu können. Auch viele Männer haben einfach keinen Nerv mehr auf die ständigen Diskussionen, haben auch Schwierigkeiten, sich gegen ein paar Obergurus einzubringen, können ganz einfach nicht so „powern“ und ziehen sich von den Plena mehr und mehr auf ihre einzelnen Arbeitsbereiche zurück. Somit überlassen sie das Feld einem unermüdeten, alles überblickenden „Herrenclub“.

Wie's weitergehen soll

Auf einem großen Frauentreffen haben wir jetzt beschlossen, das Kind beim Namen zu nennen. Die Vorlaufphase ist zu Ende, die tägliche Produktion geht los und die einzige Fulltime-Frau, die noch die Frauenredaktion verkörpert hat, ist in ihre Regionalredaktion nach Hannover heimgekehrt. Das heißt, die Frauenredaktion hat gar keine feste Besetzung mehr!



Drei Frauen der Sozialredaktion (das einzige Ressort mit dem Verhältnis: 3 Frauen - 1 lieber Typ - wie typisch für diesen Bereich!) werden die frauenredaktionelle Arbeit soweit wie möglich mit übernehmen. Von der Arbeitsbelastung her ist es aber ziemlich ausgeschlossen, daß wir Zeit haben, großartig neue Kontakte anzuleiern. Wir werden die organisatorischen Arbeiten mit tragen, einkommende Sachen redigieren, das wird dann aber auch schon alles sein. Allerdings werden fünf andere Frauen die drei Sozialfrauen im Rotationsprinzip unterstützen. Diese können auch mal einer heißen Spur folgen, interessante Sachen ausgraben, recherchieren. Sie bearbeiten Schwerpunktthemen wie Verhütung, Abtreibung, Sexualität, Psychiatrie, Pornographie, Übersetzungen aus französischen Frauenzeitschriften, Erziehung und Schule.

Alle zusammen bilden die feste Frauenarbeitsgruppe und treffen sich einmal wöchentlich auf einem Plenum. Außerdem wollen alle Frauen aus den Redaktionen und technischen Bereichen wie Lay-out, Satz und Vertrieb ein monatliches Frauentreffen abhalten. Zumindest für uns Frauen wollen wir die Projektanonymität durchbrechen, um auch bei den anderen Arbeitsbereichen ein bißchen mehr hinter die Kulissen gucken zu können. Das Verhältnis von Frauen zu Männern ist im Satz ausgeglichen 6:6, im Lay-out arbeitet eine Frau mit drei Männern zusammen, im Foto-, Repro- und Technikbereich gibt es keine Frau.

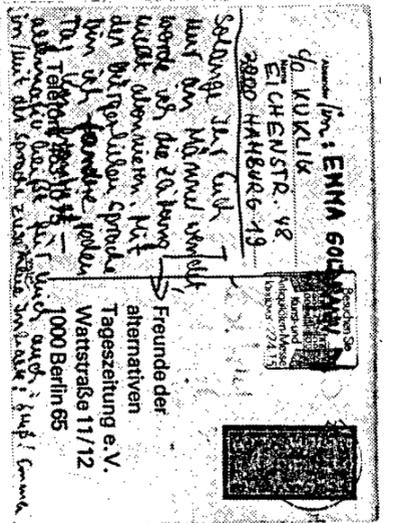
Frauen im Satz

Wie fühlen sich Frauen im technischen Bereich gegenüber den Redakteur-Frauen? Ganz ehrlich gesagt, auch nicht voll anerkannt. Das liegt wahrscheinlich daran, daß die Frauen aus der Redaktion und Frauen aus dem Satz sich zu wenig bei der Arbeit erleben. Wir Frauen aus dem Satz sind zuerst einmal dazu verdammt vor dem Satzgerät zu sitzen und zu tippen. Das ist nun mal unsere Aufgabe bei der TAZ. (Ich glaube sie ist ebenso wichtig wie das Artikel schreiben. Oder?) Nun könnten wir uns an einer Frauenredaktion auch beteiligen, und das wurde bei einem Frauentreffen auch schon besprochen, doch im Moment ist das noch das Problem, daß wir uns erst einmal in unserem Bereich einarbeiten müssen. Es bleibt also nur die Freizeit dazu übrig, uns mit der Frauenredaktion zu beschäftigen. (Wir hoffen, daß es nach der Anlaufzeit möglich ist, nur 4 Stunden zu setzen, und 2 Stunden Redaktion zu machen.) Der Informationsfluß zwischen Redaktion und Satz ist auch noch nicht so gut, daß wir über alle Treffs Bescheid wissen. Es wäre da noch einiges zu arrangieren: z.B. Telefonnummern austauschen, gegenseitiges Besuchen im Arbeitsbereich, gemeinsame Pausen in der Taz.



Nun noch was zu euch, den Leserinnen!

Wir haben versucht, diesen Artikel mal ein bißchen konkreter zu fassen. Jetzt haben wir Erfahrungen gemacht, wissen mehr über die ganzen sich einschleichenden Sachzwänge und Mechanismen in solch einem Projekt, vor denen uns schon zu Anfang gerade frauenbewegte Frauen warnen.



Aber wir möchten diese Informationen aus dem taz-Projekt nicht falsch umgesetzt wissen. Ehrlich gesagt haben wir Angst vor Reaktionen wie: „Das haben wir schon immer gesagt. Da sieht man, daß eine Frauenredaktion in der taz nicht realisierbar ist“. Wir haben die Flinte nämlich noch längst nicht ins Korn geworfen!

Wir hoffen, daß ihr diesen Bericht konstruktiv aufnehmt, indem ihr endlich mal damit anfangt, eure Wünsche und Interessen an die taz heranzutragen. In jeder Form: mit Informationen, Artikeln, Meinungen, Fotos und Illustrationen und natürlich auch mit Kritik. Am liebsten, indem ihr in der Redaktion mitarbeitet!

taz-Frauen
Waltstr. 11-12, 1000 Berlin 65
630/463 10 79



allgemeine Darstellungen beziehen sich meist darauf, was Männer in der Psychiatrie erleben. Die spezifische Behandlung der Frauen in psychiatrischen Kliniken, beispielsweise durch einen männlichen Psychiater, läßt sich schwer in Zahlen fassen, und so sind wir auf einzelne Erfahrungsberichte von Frauen angewiesen, d.h. auch auf Kontakte zu Frauen in der Psychiatrie, die sich aber so ohne weiteres nicht herstellen lassen.

sitzen nur 6 Frauen im Vergleich zu 26 Männern), sehr wenig Hilfe in Form von Aufarbeitung ressortspezifischer Frauenthemen. Hauptgrund: Es gibt zu viel andere Arbeit, die auch wichtig (wichtiger?) ist und sonst liegen bleibt: Ein ständiges Hin und Her - schließlich soll das Ressort möglichst umfassend bearbeitet werden - und die frauenspezifischen Sachen kommen zum Schluß! Wir Ressortfrauen hätten uns auch andersrum entscheiden können

Kolumbien: 200 Guerilleros kommen vor Kriegsgericht

Bogota, 15.4. (afp). 200 kolumbianische Gefangene werden unter der Beschuldigung, der Guerilla-Bewegung „M-19“ anzugehören, vor ein Kriegsgericht gestellt. Dies gaben die Militärbehörden in Bogota am Samstag bekannt, ohne den Verhandlungstermin zu bestimmen. In Absentia wird über 600 weitere Personen zu Gericht gesessen, insgesamt sind 70 Verteidiger vorgesehen.

Die Verhaftung dieser Personen erfolgte während der großen Razzien nach dem Diebstahl von 4000 Waffen durch Angehörige von „M-19“ am 5. Januar. Die Polizei konnte nach eigenen Angaben in der Zwischenzeit 95% der Waffen wieder sicherstellen und 350 Personen festnehmen, von denen 200 noch im Gefängnis sind.



„Verlassen der Hülle“ ... nennt die Bildhauerin Eve Wiemer diese, ihre Plastik. Sie wird für 300,- DM auf der 9. Freien Berliner Kunstausstellung angeboten, an der sich ca. 80 Künstler beteiligen.

Portugal machte angeblich Rennen um Ford-Werk

Lissabon, 16.4. (afp). Das von dem amerikanischen Automobilhersteller Ford geplante Werk in Europa soll in Portugal errichtet werden. Das Projekt, um das sich auch Frankreich, Österreich und Spanien bemüht haben, soll einer in der vergangenen Woche getroffenen Grundsatzvereinbarung zwischen der Regierung in Lissabon und „Ford Motors“ in der südportugiesischen Stadt Sines verwirklicht werden, berichtet die Zeitung „Diario de Noticias“ am Montag. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund drei Milliarden D-Mark, die zu einem Drittel von Portugal bestritten werden, fügte die auflagenstärkste Zeitung des Landes hinzu.

Kaum ein Briten kennt die Spitzenpolitiker

London, 14.4. (rtr). Nur geringer Bekanntheit erfreuen sich die britischen Spitzenpolitiker bei ihren Landsleuten. Knapp drei Wochen vor den Parlamentswahlen veröffentlichte die Sonntagszeitung „Observer“ das Ergebnis eines Foto-Tests, nach dem nur sieben Prozent der Befragten den konservativen „Schatten-Außenminister“ Francis Pym erkannten. Nur Oppositionsführerin Margaret Thatcher und ihren Stellvertreter William Whitelaw vermochte eine Mehrheit der Befragten per Foto zu identifizieren. Politiker der noch regierenden Labour-Partei schnitten bei dem Test zwar besser ab, aber nur 41 Prozent der Befragten erkannten das Konterfei von Außenminister David Owen.

Reaktor wird abgekühlt Harrisburg

Washington, 13.4. (afp). Nach Angaben der nuklearen Kontrollbehörde (NRC) beträgt die Temperatur im Reaktor immer noch 192 Grad Celsius an den heißesten Stellen. Die Temperatur sinke um rund 10 Grad pro Stunde.

Die Techniker müssen nun versuchen, die Temperatur auf 100 Grad zu senken, damit dem Reaktor endgültig gefährliche Spannungen entzogen werden können und Arbeiten in der beschädigten Kuppel möglich sind.

Bisher beträgt die durchschnittliche Temperatur des Kühlwassers noch 119 Grad, aber auch sie sei langsam im Sinken begriffen.

foto: ap

Energiekonferenz in Rom

Rom, 13.4.79 (taz). Die Liga für Umweltschutz hat in der italienischen Hauptstadt eine Energiekonferenz abgehalten. Teilnehmer waren: Giovanni Berlinguer von der KPI, Aurelio Pececi vom Club of Rome und Barry Commoner, der amerikanische Ökologe.

Die Liga für Umweltschutz ist eine neue „Massenorganisation“ der italienischen Linken: Es ist ein Versuch, der KPI auf diesem von ihr bisher vernachlässigten Gebiet rechtzeitig, einen Fuß auf den Boden zu bekommen.

Die Konferenz wurde in erster Besetzung abgehalten. Giovanni Berlinguer ist der Bruder des Parteivorsitzenden und seit Jahren auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmedizin tätig. Er hat sich auf der Konferenz als „Tauben der KPI, einen gemäßigten Befürworter der Kernenergie“ bezeichnet.

Pececi vom Club of Rome sieht in der Kernenergie das gefährlichste „Abenteuer“ der Menschheit, das allerdings eingegangen werden muß, wenn andere Energiequellen nicht zur Verfügung stehen. Commoner sieht die Hauptgefahr in einer unkontrollierten Ausbeutung natürlicher Energiequellen. Er empfiehlt sofort auf Solarenergie umzuschalten. Allein die Kosten der Kernenergie würden bereits die Wirtschaft zerstören: „Die Kernenergie ist eine nicht ausgereifte Energiequelle ohne Zukunft. Die amerikanische Atomindustrie befindet sich am Rande des Bankrotts.“

Papst als Easy Rider

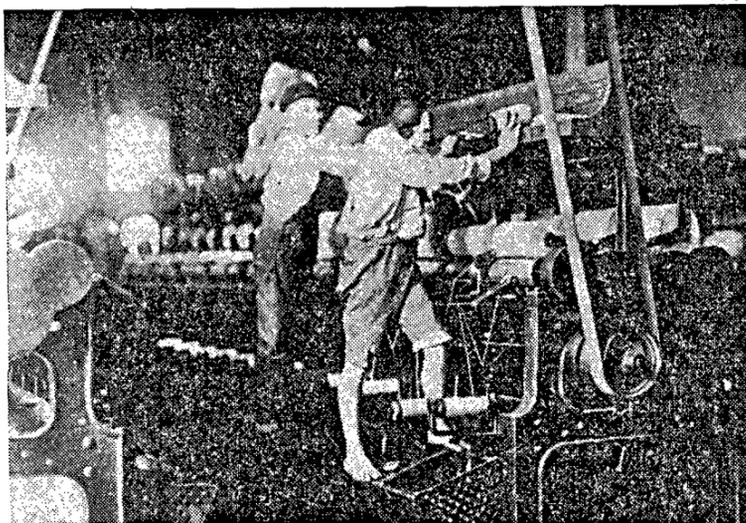
Vatikanstadt, 14.4. (afp). Papst Johannes Paul II. ist am Sonnabend von 60 Polizei-Offizieren und einfachen Polizisten, die ihn bei seinen Fahrten außerhalb des Vatikans eskortieren, zum Ehrenmitglied des Motorrad-Corps ernannt worden. Der Papst dankte den Polizisten bei einer Audienz, auf der ihm die Ehreninsignien übergeben wurden, für ihren „aufopfernden“ Dienst und ihr „Geschick“.



Vorläufig festgenommen ... wird hier der Geistliche Reverend Carl Kabat, nachdem er mit elf anderen Personen vor dem Weißen Haus in Washington gegen die Nuklearpolitik der amerikanischen Regierung am Donnerstag demonstriert hatte. Die Demonstranten schütteten Blut auf die Stufen des Weißen Hauses.

Atomreaktor Japans aus Sicherheitsgründen vorübergehend gestoppt

Oi (Japan), 16.4. (afp). Der größte japanische Atomreaktor amerikanischer Bauart ist am Montag für eine dringliche Überprüfung seiner Sicherheitssysteme nur 21 Tage nach seiner Inbetriebnahme stillgelegt worden. Wie ein Sprecher der Elektrizitätsgesellschaft Kansai erläuterte, wurde der von der Westinghouse Electric Corp. gebaute Reaktor von 1.17 Millionen Kilowattsstunden in der Folge einer Warnung der amerikanischen Nuklearkontrollbehörde NRC gestoppt. Laut NRC könnten bestimmte von Westinghouse hergestellte Reaktorteile ein Instandsetzen des Notkühlsystems im Reaktorinneren verhindern. Acht weitere Westinghouse-Reaktoren in Japan wurden bereits Routine-Untersuchungen unterzogen.



Neapel, 16.4. (afp). Der jüngste Pensionist Italiens und wahrscheinlich der ganzen Welt ist ... 11. Mit diesem Alter erhält Salvatore Cozzolino aus Neapel vom italienischen Staat eine monatliche Rente von 182000 Lire (rund 350 DM), nach dem er bei einem Arbeitsunfall die rechte Hand verloren hat. In der Stadt der 150000 Arbeitslosen war Salvatore seit dem Alter von 8 Jahren in der Fabrik, um einen Wochenlohn von 1500 Lire (knapp 4 DM) zu verdienen. Zur Ruhe setzen will er sich mit der Rente natürlich nicht; er will zurück in die Schule.

Trotz Gebärmutterentfernung Kind zu Welt gebracht

London, 16. April (afp). Trotz einer Gebärmutterentfernung hat eine junge Engländerin ein Kind zur Welt gebracht. Wie die Gesundheitsbehörde der Grafschaft Somerset am Montag mitteilte, gebar die 23-jährige Alison Trott elf Monate nach ihrer Operation ihr drittes Kind. Erst zwei Wochen vor ihrer Entbindung war die Mutter von ihrem Arzt über ihre sensationelle Schwangerschaft aufgeklärt worden, als ihre zunehmende Körperfülle, die sie zunächst als mögliche Operationsfolge gewertet hatte, sie doch ernster zu beunruhigen begann.

In den Augen des Arztes des Krankenhauses von Taunton (Somerset) stellt diese Geburt „einen einzigartigen Fall dar. Das Kind, ein gesunder Junge, entwickelte sich im Mutterleib in einem hauchdünnen Bauchmuskelbeutel und kam mit Kaiserschnitt zur Welt.“

Probepbohrungen in Ontario angekündigt

Ontario, 11.4. Für diesen Sommer hat die Atomkontroll-Kommission von Kanada den Beginn der Probepbohrungen für ein Atommüllager in Atikokan, Nordwest Ontario, angekündigt. Das meldete der „World Information Service on Energy (wisa)“. Mehr als 18 000 Einwohner dieses Landsteils haben die Bundesregierung von Kanada schriftlich aufgefordert, vollständige und ausführliche Hearings über Atommüllagerung abzuhalten. Trotz wiederholter Versprechungen und „Garantien“, daß dies geschehen soll, ist bis jetzt nicht unternommen worden, um die Anhörungen vorzubereiten. Diese Taktik ist den Atomgegnern in aller Welt keineswegs unbekannt. Ähnlich gehen die Atomverantwortlichen in Gorleben und Ahaus vor, in Holland sollen ebenfalls im Sommer Probepbohrungen stattfinden, obwohl die gesamte betroffene Bevölkerung dagegen protestiert, und in den USA ist die Lage in Barnwell, Morris und West Valley ähnlich. Anerkannte Geologen haben in Schweden die Vorschläge der Industrie zur Atommüllagerung als unzureichend zurückgewiesen. In England wurden alle Pläne, in Südwest Schottland und Nordost England probebohren, von den lokalen Behörden abgelehnt. Das Citizen's Committee Studying Nuclear Waste in Thunder Bay, Kanada, fordert die Anhörungen jetzt vor Beginn der Probepbohrungen. Kontakt: CCSNW, 222 Miles St., Thunder Bay, Ontario P7C1J6, Kanada

Todesurteil nach mißglücktem Überfall auf Waffengeschäft

Moskau, 15. April (afp). Wegen eines mißglückten Überfalls auf ein Waffengeschäft, bei dem ein Mann ums Leben kam, ist ein sowjetischer Bürger kürzlich in Alma Ata zum Tode verurteilt worden. Wie die „Kasachstanskaja Prawda“ in ihrer jüngsten Ausgabe schreibt, die seit Sonntag in Moskau erhältlich ist, sei Wladimir Tupotenko bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Ein Komplize wurde für acht Jahre in ein Straflager geschickt.

Anschlag auf ein amerikanisches Kulturzentrum in Beirut

Beirut, 16. April (reuter). Im amerikanischen Kulturzentrum in der libanesischen Hauptstadt Beirut ist in der Nacht zum Montag eine Bombe explodiert. Nach Angaben eines amerikanischen Sprechers richtete die Detonation erheblichen Sachschaden im Eingangstrakt des Gebäudes an. In einem Umkreis bis zu 200 Metern gingen Fensterböden zu Bruch.

Erst Ende vergangenen Monats war die amerikanische Botschaft in Beirut angegriffen worden. Zwei Raketen schlugen in die Mission ein. Zu dem Anschlag bekannte sich eine bis dahin unbekannte Gruppe mit dem Namen „Adler der Revolution“.

Rotbuch

Vielleicht war das alles erst der Anfang

Hanna Lévy-Hass: Tagebuch aus dem KZ Bergen-Belsen 1944-1945
Ein Gespräch mit Hanna Lévy-Hass · DM 7 (6)
Rotbuch 191 · 112 Seiten

Franca Rame und Dario Fo Nur Kinder, Küche, Kirche

Dario Fo
Mamma hat den besten Shit
Zwei Stücke und ein Bericht über F. Rame
Rotbuch 202 · 192 Seiten · DM 10

Fred Halliday Iran

Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg
Rotbuch 203 · 320 Seiten · DM 16 (15)
Fred Halliday hat eine materialreiche und grundlegende Arbeit über die Geschichte des Iran seit dem 2. Weltkrieg geschrieben. Seine Untersuchung mündet in die Analyse des Zusammenbruchs der Pahlawi-Dynastie.

Erich Köhler Reise um die Erde in acht Tagen

Phantastische Erzählung
Rotbuch 204 · 160 Seiten · DM 10
Gerhard Fiebig aus Groß-Lütten (DDR) wird von Prof. Dr. Pyrrhus Peng (Emerei) eingeladen. Unterwegs erfährt er von Maine Bill, daß die Emereiner die Welt in zwei Kugeln sprengen wollen, um sich vor dem Weltkommunismus zu retten. Werden Fiebig und Maine Bill die Welt vor den Emereinern retten können?

Yaak Karsunke da zwischen

35 Gedichte & ein Stück
Rotbuch 206 · 80 Seiten · DM 8
Gedichte in drei Abteilungen: »klassen-fotos«, »kunststücke« und »gelebt wo & wie«. Außerdem »Des Colhas letzte Nacht«, eine eigenwillige und aktuelle Version des alten Kohlhaas-Stoffs.

Peter Schneider Messer im Kopf

Drehbuch
Rotbuch 208 · 112 Seiten · DM 8
Dies ist die Autorenfassung des Films »Messer im Kopf«. Sie enthält den vollständigen Text, wie er vor der Inszenierung entstanden ist.

P. Kammerer/E. Krippendorff Reisebuch Italien

Über das Lesen von Landschaften und Städten
Rotbuch 209 · ca. 192 Seiten · ca. DM 9 (8)
Die beiden Autoren erkunden mit Fahrrad, Schiff, Auto und zu Fuß Turin, Bologna, Venedig und Florenz, Rom, Neapel, Sizilien, die Toskana und die Po-Ebene.



Nach Taleghani und Sandjabi weitere Rücktritte erwartet

Aus Protest gegen Islamische Revolutionsgerichte

Teheran, 16.4. (afp/reuter) Den Gegnern der derzeitigen zweiten Welle von Hinrichtungen ehemaliger Schahtrierer Angehöriger des alten Regimes ist es offenbar gelungen, durch ihren Rücktritt oder dessen Androhung die „Islamischen Revolutionsgerichte“ zum Einhalt zu bewegen.

Ayatollah Taleghani hat aus Protest dagegen, daß „die Rechte des Volkes mit Füßen getreten werden“, seine politischen Aktivitäten einseitig aufzugeben. Der Außenminister der Übergangsregierung, Karim Sandjabi, ist am Wochenende zurückgetreten, weil er gegenwärtig keine Möglichkeiten sehe, die Probleme des Iran zu lösen. Es wird erwartet, daß auch Arbeitsminister Forouhar, stellvertretender Chef der Nationalen Front, seinen Rücktritt erklären wird.

Taleghani war während der Herrschaft des Schah mehrmals inhaftiert worden. Er verbrachte insgesamt rund zehn Jahre in den Gefängnissen des Landes. Einmal wurde er nach eigenen Angaben gezwungen, der Folterung einer seiner Töchter durch Mitglieder der Geheimpolizei SAVAK beizuwohnen.

Taleghani gehört zu den drei einflussreichsten Schiitenführern im Iran. Vor der Rückkehr Ruhollah Khomeinis aus dem Exil in den Iran galt er als der populärste Moslemführer des Landes, der auch von ethnischen und religiösen Minderheiten anerkannt wird. Im Gegensatz zu dem orthodoxen Khomeini wird Taleghani als liberal eingeschätzt.

Mehrere hundert Menschen nahmen am Sonntag in Teheran an einer Sympathie-Kundgebung für Taleghani teil. Sie trugen Portraits des Geistlichen mit sich und riefen: „Taleghani, du bist die Hoffnung des Volkes“.

Der 74 Jahre alte Sanjabi war während des Schah-Regimes als Chef der Nationalen Front einer der führenden iranischen Oppositionspolitiker. Die Nationale Front und iranische Freiheitsbewegung von Ministerpräsident Bazargan bilden die provisorische Regierung des Landes.

Der öffentliche Ankläger der Revolutionsbehörden Mehdi Hadavi, untersagte den revolutionären Garden unterdessen alle weiteren Festnahmen und Hausdurchsuchungen. Solche Schritte dürften nur noch mit seiner Zustimmung unterommen werden.

In seiner Stellungnahme forderte Hadavi außerdem die Bevölkerung auf, Gnade gegenüber politischen Gefangenen zu zeigen, die jung seien oder denen nur geringere Strafen drohten. Diplomaten schlossen daraufhin die Möglichkeit nicht aus, daß eine Amnestie verkündet werden könnte, wenn die führenden Persönlichkeiten des gestürzten Schah-Regimes abgeurteilt seien.

KCIA macht Jagd auf christliche Aktivistinnen

foklo, 14.4. (afp). Der südkoreanische Geheimdienst (KCIA) hat seit 9. März 19 Mitglieder der Christlichen Akademie Südkoreas festgenommen und zehn von ihnen sollen sich immer noch in Haft befinden, wurde am Freitag aus den, den Festgenommenen Kreisen versichert. Die Verhaftungswelle begann mit der vorläufigen Festnahme einer führenden Mitarbeiterin der Akademie, die die Aktions- und Studiengruppe über Arbeit und Probleme der Frau in Südkorea leitet. Beamte des Geheimdienstes versichern angeblich, in der Wohnung der Frau die Kopie einer Publikation aus Nordkorea gefunden zu haben, was die in Südkorea geltenden anti-kommunistischen Gesetze verbieten. In der Umgebung der Betroffenen nimmt man an, daß mit den Verhaftungen in Hinblick auf den 19. April, dem 19. Jahrestag der koreanischen Revolution zum Sturz von Syngman Rhee, die Oppositionsbewegungen mundtot gemacht werden sollen.

Parteichef der pro-sowjetischen iranischen KP wieder in Teheran

Teheran, 15.4. (afp/taz). Dr. Nouredinne Kiaouri, Generalsekretär der proso-wjetischen iranischen kommunistischen „Tudeh“-Partei, ist am Samstag, nach 24-jährigem Exil wieder nach Teheran zurückgekehrt, gab am Sonntag das ZK der Partei bekannt. Die Tudeh-Partei hat beim Sturz des Schah-Regimes gegenüber den Guerilla-Bewegungen der Fedayin und der Moudjaheddin eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Sie hat sich vor dem Referendum vom 30. März für die „Islamische Republik“ ausgesprochen.

Wenn der Mann ausrel-chende finanzielle Mittel nachweist:

Die Islamische Regierung legalisiert das Konkubinat

Berlin, 16.4. (taz) Die spanische Zeitung „El Pais“ berichtet von der bevorstehenden Legalisierung des Konkubinats. Das habe ein enger Mitarbeiter des Ayatollah Khomeini, Hojat-Ol-Islam Mofaten erklärt.

Das Konkubinat war bisher verboten. Die Wiedereinführung hängt mit dem Wunsch der religiösen Führung zusammen, die Ehegesetze den islamischen Gesetzen anzupassen.

Eine Konkubine ist eine Frau, die für eine bestimmte Zeit und - gegen eine festgelegte Bezahlung - alle Aufgaben einer Ehefrau ausführt, aber keine Erbrechte besitzt. Nach islamischer Gesetzgebung darf ein Mann fünf Ehefrauen und so viele Konkubinen haben, wie seine finanziellen Mittel es zulassen. Das bisher gültige, vom Schah 1967 erlassene Gesetz erlaubte dem Mann nur bei Zustimmung seiner legitimen Frau, eine zweite Frau zu haben. Islam Mofaten erklärte, daß die Polygamie in der neuen „Islamischen Republik“ erlaubt sein werde, allerdings nur, soweit der Mann über ausreichende Einkünfte verfüge, um die Kosten der Konkubine zu bestreiten.

Der Mitarbeiter Khomeinis fügte hinzu, daß das Konkubinat zur Abschaffung der Prostitution beitragen werde. Im März hatten die Behörden das Heiratsalter gesenkt: von 20 auf 18 Jahren für Männer und von 18 auf 15 für Frauen.

„Bahro-Kongreß“ in Amsterdam

Amsterdam/Berlin, 16.4.79(taz) Stalinismus und Entstalinisierung ist Thema eines internationalen Kongresses an der Amsterdamer Universität in der Woche vom 7.-11. Mai 1979. Die Veranstalter verstehen den Kongreß nicht als Beitrag zur Belebung des kalten Krieges. Thema der ersten beiden Tage (7. und 8. Mai) ist die Genesis des Stalinismus sowie Ursachen und Folgen der Entstalinisierungswelle im Zusammenhang mit dem XX. Parteikongreß der KPdSU. Teilnehmer: Jean Elleinstein (Paris), Monty Johnstone (London), Sjores MMedwedjew (London) und Jiri Pelikan (Rom). Am 9. Mai soll über die sozialökonomischen Hintergründe der Entstalinisierung und über die interne Opposition in den sozialistischen Ländern, besonders der SU und der CSSR diskutiert werden. Teilnehmer: Hilda Scott (Wien), George Shaw Wheeler (Washington) und Wlodzimierz Brus (Oxford). Thema des vierten Tages ist das Verhältnis von kaltem Krieg und Stalinismus in den Niederlanden mit Jaap Wolf (Mitglied des Politbüros der KP-Niederlande).

Den Abschluß bildet eine Forumdiskussion mit Volker Gransow (Bielefeld), Michael Masuch (Amsterdam), Ernest Mandel (Brüssel) und Rossana Rossanda (Rom). Die Veranstalter kündigten darüberhinaus an Rudolf Bahro demonstrativ die Ehrendoktorwürde der Universität zu verleihen. In einem Brief an DDR-Justizminister Heusinger fordern sie Freilassung und die Möglichkeit Thesen seines Buches in der DDR aber auch im Westen öffentlich verteidigen zu können. Universität van Amsterdam, Faculteit der sociale Wetenschappen, Subfaculteit B, Oude Hoogstraat 24.

Rund 250000 Basken demonstrierten für Selbstverwaltung

Bilbao, 16.4. (reuter/afp). Rund 250000 Menschen haben am Sonntag bei Großkundgebungen in den baskischen Städten Bilbao, San Sebastian, Pamplona und Vitoria Selbstverwaltung für das Baskenland gefordert. In Sprechchören griffen sie die Regierungen in Madrid und Paris an. Anlaß der Umzüge war der baskische Nationalfeiertag Aberri Eguna, der während der Franco-Diktatur nicht begangen werden durfte. Grund für die Angriffe auf Frankreich ist das jüngste harte Vorgehen der Behörden gegen über die Grenzen gewechselte mutmaßliche baskische Guerilleros.

In Bilbao brachten tausende von Anhängern der linksradikalen Herri Batasuna-Partei Unterstützung für die Separatistenorganisation ETA zum Ausdruck.

In Pamplona haben am Sonntagabend rund 500 Anhänger der ETA in Sprechchören die Amnestie gefordert und im Stadtzentrum Barrikaden errichtet. Die Polizei ging gegen die Demonstrationen mit Hartgummikugeln vor, diese schleuderten Steine gegen die Polizei. Von keiner Seite wurde in den späten Nachtstunden von Verhafteten oder Verletzten gesprochen.

Massive Einschränkung für Korrespondenten in der DDR

Berlin, 16.4.79 (taz) In der Wochenendausgabe des „Neuen Deutschland“ wurden neue Durchführungsbestimmungen über die Tätigkeit von Korrespondenten in der DDR veröffentlicht. Darin heißt es in § 3 (4) „Journalistische Vorhaben in staatlichen und wirtschaftlichen Organen, Einrichtungen, volkseigenen Kombinat und -Betrieben, Genossenschaften und gesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen sowie Interviews und Befragungen jeder Art sind genehmigungspflichtig.“ Konnten akkreditierte Journalisten bisher in der DDR unter Angabe des Ziels reisen, müssen sie nach den neuen Bestimmungen auch ihre Vorhaben 24 Stunden vor Beginn anmelden. Sind der DDR-Führung besonders die bundesdeutschen Journalisten schon immer ein Dorn im Auge gewesen, kommen die neuen Bestimmungen dem offensichtlichen Interesse der DDR-Regierung an gar keiner Berichterstattung außerhalb der DKPPresse sehr nahe. Anlaß für die Einschränkungen war sicherlich Berichterstattung und Interviews der Fernsehprogramme zur Einführung der Gutscheine in Internshops. Kann doch fast jeder DDR-Bürger allabendlich die beiden West-Kanäle einschalten. Max

Ostern in Kampala

Kampala, 16.4. (BBC/taz). Ostersonntag wurde in Kampala mit Dankgottesdiensten begangen. Kleinere Gruppen beteiligten sich an einer Führung durch das Gefängnis des Geheimdienstes, in denen die Spuren von Folter und Mord noch allenthalben zu sehen sind. Die Armen Kampalas verbrachten den Sonntag immer noch damit, Besitztümer aus verlassenen Wohnungen und Geschäften nach Hause zu schleppen - eine Beschäftigung, die bald ihr Ende finden wird, da es fast nichts mehr zu holen gibt. In Jinja im Nordwesten des Landes, das noch in den Händen Amin-treuer Soldaten ist, haben diese selbst zu plündern begonnen.

Die tansaniaische Armee steht inzwischen etwa 50 km vor Jinja, will aber sichergehen, daß sie in keinen Hinterhalt gerät. Es kann daher noch fünf Tage dauern, ehe sie Jinja erreicht. Yusuf Lule, der seit letzter Woche als neuer Übergangspräsident in Kampala residiert, hat vor seiner Abreise nach Tansania gesagt, er sehe seine wichtigste Aufgabe darin, möglichst schnell in den befreiten Gebieten die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und dafür zu sorgen, daß Gesundheitsdienst und Schulen wieder funktionieren und die Bevölkerung wieder mit Seife und Salz versorgt wird. Irgendwelche Appelle, die dazu geeignet wären, die Bevölkerung zur Selbsthilfe zu mobilisieren, hat er bis jetzt nicht von sich gegeben.

Zusammenstöße zwischen Moslems und Hindus

Neu Delhi (afp/reuter) 16. April Bei den blutigen Zusammenstößen zwischen Moslems und Hindus in der nordwestindischen Stadt Jamshedpur (Bundesstaat Bihar) kamen seit Mittwoch letzter Woche über 500 Menschen ums Leben. Im Bundesstaat Gujarat kamen 1969 bei ähnlichen Auseinandersetzungen über 500 Menschen ums Leben. Ein Jahr später wurden bei einem Konflikt wieder zwischen Hindus und Moslems in dem Gebiet nördlich von Bombay 150 Personen getötet

Bei dem Konflikt in der letzten Woche sollen mehr als tausend Personen verletzt worden sein. 25 000 Vertriebene suchen provisorische Unterkünfte. In der 600 000 Einwohner zählenden Stadt besteht seit Mittwoch vergangener Woche Ausgangssperre. Indische Soldaten und Angehörige von vier verschiedenen Polizeikorps sollen für Ordnung sorgen. Die Unruhen waren am vergangenen Mittwoch ausgebrochen, als eine Hindu-Prozession an einer Moschee vorbeizog. Offenbar sind die Zusammenstöße aber nicht allein religiös bedingt. Soziale Gründe sollen eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Im Bundesstaat Bihar befindet sich die Stahlindustrie Indiens, die ein wahres Heer von Arbeitslosen hervorbringt. Ein weiterer Grund für die Unruhen ist möglicherweise ein in diesem Monat erlassenes Gesetz, nach dem Kinder nicht mehr automatisch der Religion ihrer Eltern angehören, statt dessen aber als Hindus behördlich erfaßt werden.

Tanz-Verbot für Chinesen - bei Sihanouk wird weitergetanzt

Peking, 14.4. (afp/rtr/taz). Der seit drei Wochen von der chinesischen Führung geforderten Rückkehr zu Zucht und Ordnung im Lande sind nun auch die Tanzveranstaltungen zum Opfer gefallen. Den „verfaulenden und dekadenten“ westlichen Sitten im Rahmen der als „Pekinger Frühling“ aufgetauchten Demokratie-Bestrebungen wurde in den offiziellen Medien der Kampf gegen die Gesellschaftsstände ist, wie am Samstag aus Peking verlautet, „vorläufig untersagt“.

Tanzveranstaltungen für Ausländer finden weiterhin statt, haben jedoch an Reiz verloren, da seit Mitte März die chinesische Jugend nicht mehr daran teilnehmen darf. Nach einer Rede, in welcher der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Hsiao Ping den „Verkauf von Staatsgeheimnissen“ durch Chinesen an das Ausland angeprangert hatte, machte die Polizei während eines Balls im Internationalen Club in Peking eine Razzia und verhaftete mehrere junge Chinesen und Chinesinnen, die teilweise erst nach 2 Wochen wieder freigelassen wurden.

In der Pekinger Exilresidenz von Prinz Nordom Sihanouk wurde jedoch der wahrscheinlich erste königliche Ball seit dem Sturz des Kaiserhauses im Jahre 1911, zum dem etwa 250 Chinesen und im Reich der Mitte tätige Ausländer anwesend waren, gefeiert. Anlaß war das kambodschanische Neujahrsfest. Getanzt wurde nach eigenen Kompositionen des Prinzen sowie nach lateinamerikanischen Rhythmen, wie der Bolero „Monica“, seiner Frau, Prinzessin Monique, zu ehren. Einige der vielversprechenden Titel: „Cherie“, „Love-Star“, „Leidenschaft“, „Verführung“, „Machen Sie sich nicht über meine Liebe lustig“, „Der Abend, an dem ich dir begegnet bin“ und „Ach, könnte ich nur lieben“.

Das einstige Staatsoberhaupt des südostasiatischen Landes, das sich seit seinem Sturz durch General Lon Nol vor neun Jahren der besonderen Gunst der Chinesen erfreut, hat seit der Entmachtung des Pol-Pot-Regimes anfang diesen Jahres seine königlichen Zelte erneut in Peking aufgeschlagen.

Während der chinesische Außenminister Huang Hua sowie die Botschafter Schwedens, Frankreichs, Nord-Jemens, Somalias, der Philippinen, Australiens und der Vereinigten Staaten Prinz Sihanouk und Prinzessin Monique ihre Aufmerksamkeit machten, blieben die in Peking akkreditierten Vertreter des Pol-Pot-Regimes außen vor. Mit ihnen will Sihanouk nichts mehr zu tun haben und sie offenbar auch nicht mehr mit ihm: Schließlich haben sie für Montag zu einem eigenen Empfang geladen.

Widerstand der Roten Khmer vor dem Zusammenbruch?

Bangkok, 15.4. (afp). Die Agentur des neuen kambodschanischen Regimes hat am Sonntag erneut bekanntgegeben, daß der Regierungschef und Außenminister der Roten Khmer, Pol Pot und Ieng Sary, nach dem Fall ihres Hauptquartiers von Pnom Tسانh am 30. März nach Thailand geflohen sind. Dies ist bereits in der vergangenen Woche von Pnom Penh behauptet und von den thailändischen Behörden dementiert worden.

Pnom Tسانh, 70 km südwestlich von Battambang rund 10 km von der thailändischen Grenze gelegen, war eines der Hauptziele der vietnamesischen Offensive vom 27. März in Westkambodscha.

Beobachter (welcher couleur?) in Bangkok halten die Flucht Pol Pots für unwahrscheinlich und gehen von der Annahme aus, die Führer der Roten Khmer hätten sich in südliche Richtung ins Innere des Bergmassivs der Kardamomen zurückgezogen.

Im Nordosten und Westen Kambodschas haben vom 15. März bis 4. April häufige Kämpfe stattgefunden, die nach Angaben der Roten Khmer in den Reihen der Vietnamesen 900 Tote und 400 Verletzte gefordert haben.

Soldaten der Roten Khmer, die an den Kämpfen in den Nordprovinzen teilnahmen, berichteten hingegen, daß 4 000 von ihnen durch eine große Offensive der laotisch-vietnamesischen Streitkräfte zersprengt wurden. Eine andere Gruppe sei nach einem Gewaltmarsch von mehreren Hundert Kilometern nach Westkambodscha gelangt. Eine dritte Gruppe habe die Flucht in östlicher Richtung ergriffen und sich in die Hochplateaus Südvietnams abgesetzt, berichteten die Soldaten.

Im Dreiländereck Laos-Vietnam-Kambodscha wird angeblich noch von Teilen von zwei Roten Khmer-Divisionen weitergekämpft. Diese Soldaten halten zum Teil noch Funkverbindung mit ihrem Hauptquartier der mysteriösen Parteiorganisation „Angkar“ aufrecht. Den abgegangenen Funksprüchen konnten Experten (mit welchen politischen Interessen?) entnehmen, daß die Rote Khmer sich über die Desertation von Kadern und Soldaten sowie über mangelnde Anti-Tank-Waffen beklagen. Zudem sollen tiefe innere politische Zerwürfnisse der Roten Khmer ihren Widerstand schwächen.

Im Dreiländereck Laos-Vietnam-Kambodscha wird angeblich noch von Teilen von zwei Roten Khmer-Divisionen weitergekämpft. Diese Soldaten halten zum Teil noch Funkverbindung mit ihrem Hauptquartier der mysteriösen Parteiorganisation „Angkar“ aufrecht. Den abgegangenen Funksprüchen konnten Experten (mit welchen politischen Interessen?) entnehmen, daß die Rote Khmer sich über die Desertation von Kadern und Soldaten sowie über mangelnde Anti-Tank-Waffen beklagen. Zudem sollen tiefe innere politische Zerwürfnisse der Roten Khmer ihren Widerstand schwächen.

Auch im Kleinen:

Boycott des südafrikanischen Apartheid-Regimes!

Frankfurt, 16.4. (taz) Nach ihrer Aktion zum Boycott südafrikanischer Nahrungsmittel hat die evang. Frauenarbeit alle Bankkunden dazu aufgerufen, Goldbarren und Münzen aus südafrikanischem Gold, auf die in großen Zeitungsanzeigen und in Fernsehspots hingewiesen wird, zu boykottieren und ihre Banken aufzufordern, dieses als günstige Geldanlage angepriesene Gold nicht mehr zu verkaufen. Es sollen Flugblattaktionen vor Banken und Börsen durchgeführt werden. Gold ist nach wie vor das wichtigste Exportobjekt Südafrikas (40 % der Gesamtausfuhr) und ein interessantes Objekt für ausländische Investoren. evangelische Frauenarbeit Unterlindau 80 6000 Frankfurt

NEUE PLATTEN

SCHRÖDERS ROADSHOW
Anarchie in Germany US-58
... Ist wirklich Wahnsinn, wie frech hier mit der deutschen Tradition, des schwülstigen Pathos-Gesangs und der Masche der „Schnodder-Poesie“ aufgeräumt wird. Die Aussagen mit Gesang getroffen - ein Novum bei uns!
(Aus: „Sounds“)

WALTER MOSSMANN
Frühlingsanfang US-53 DoLP
„Jawohl, es macht mich zornig, daß Walter Moßmann nicht bekannter ist. Ich bin es leid, auf den besten deutschsprachigen Liedermacher nach Wolf Biermann wie auf einen Geheimtip hinweisen zu müssen.“

DIE 3 TORNADOS
Rundschlag am Mittag US-50
Kneipenkabarett mit Liedern und Stücken aus Berlin.
„Die Tornados, ein undogmatischer Haufen, die handfeste politische Informationen in ein hervorragendes Klaukprogramm verpacken.“
(Aus: „Wuppertaler Zeitung“)

BITTE KOSTENLOS UNSEREN ALMANACH ANFORDERN
TRIKONT VERLAG KISTLERSTR. 1
8000 MÜNCHEN 90

Peter Paul Zahl endlich im Normalvollzug

Endlich einmal haben wir etwas Erfreuliches mitzutellen.

Nach über sechs Jahren unrechtmäßig verschärften Haftbedingungen ist es Peter Paul Zahl mit Hilfe seines Anwalts und der Öffentlichkeit gelungen, seinen Rechten als Strafgefangener Geltung zu verschaffen. Seit dem 30.3. 1979 sind für ihn, nach langen Kämpfen, fast alle „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung“ aufgehoben, der gesetzlich vorgeschriebene, längst fällige Vollzugsplan erstellt und schließlich, nach monatelangen Verzögerungen, verwirklicht worden. Peter Paul Zahl befindet sich jetzt im Normalvollzug, im Schultrakt der JVA Werl (siehe seinen beiliegenden Bericht). Wir hoffen, daß andere Gefangene sich darauf beziehen und ihre Rechte ebenso wahrnehmen.

Nachstehend veröffentlichen wir einen Brief von Peter Paul Zahl, den wir von der „Initiativgruppe Peter Paul Zahl“ erhielten.

I. Vorgeschichte

Nachdem ich im November 1976 aus der JVA Köln-Ossendorf, ohne über eine „Zuweisungsanstalt“ gelaufen zu sein, in die nicht zuständige Anstalt Werl, Westfalen, verlegt worden war, beantragte ich

die Aufhebung der „Maßnahme der Häftlingsüberwachung“, die seit dem 28. 2. 1975, nach den Lorenz Entführung, vom BKA initiiert, in Kraft getreten war und vorsah, daß meine „Kontaktpersonen“ (Besucher, Leute, die mir schreiben, Knackis, mit denen ich Umgang hatte) „formulärmäßig“ dem BKA gemeldet und mit Telefon, Handschriftenprobe, Nebenadressen, Aisweistext im Bef 7-System im Computer PIOS landen, und daß meine Besuche durch LKA-Beamte überwacht werden. Wie sich aus den nun vorliegenden Akten ergibt, hat das BKA die Lorenz-Entführung zielstrebig benutzt, den laut Gesetz zuständigen „Herrn des Verfahrens“, den Untersuchungsrichter völlig zu entmachten in Bezug auf eine bestimmte „politisch motivierte Tätergruppe“ und die Vorherrschaft im Justizvollzug zu übernehmen. Ferner beantragte ich

die Erstellung des für jeden Gefangenen gesetzlich vorgeschriebenen Vollzugsplans, der nach einer Untersuchung, wie „gefährlich“ oder „kriminell gefährdet“ ein Häftling sei, Modalitäten abklärt wie: welche Anstalt ist zuständig?, welche schulischen beruflichen gesundheitlichen etc. Maßnahmen sind zu treffen, den Knacki zu resozialisieren?, wann kommen Vollzugslockerungen in Frage usw.

Beide Anträge wurden verweigert. Ich beschritt den Rechtsweg.

II.

Wer die Entführung des CDU-Politikers Lorenz so trefflich nutzte, Verfassung und Recht in Bezug auf bestimmte Gefangene aufzuheben, wußte die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer für seine Zwecke auszunutzen. Die Entrechtung der Gefangenen wurde fortgeschrieben, ja nun Gesetz: ohne richtig informiert worden zu sein, verabschiedeten die Mitglieder des westdeutschen Bundestages das sog. „Kontaktsperregesetz“. Die Folgen sind bekannt.

Im Anschluß an die Kontaktsperre arbeiteten die Herren des Morgengrauens, BKA und LKA, erneut daran, die Schraube anzudrehen und die Haftsituation für nunmehr fast 200 Gefangene in dieser Republik ins Unerträgliche zu steigern. Die Totalisierung für sie wurde Norm. Ein Resultat einer derartigen Sonderbehandlung ist z.B. die ruinierte Gesundheit von Werner Hoppe. So, wie die Dinge liegen, werden die drei Gefangenen im Sondertrakt der JVA Celle (darunter K.H. Dellwo) die nächsten Opfer sein. Die „Maßnahmen“ der „Häftlingsüberwachung“ traten auch für die Gefangenen in Kraft, die vom BGH nbachtträglich von der Kontaktsperre ausgenommen worden waren, darunter P.P.Zahl.

Ein Katalog der „Maßnahmen“ in Anstalten Nordrhein-Westfalens wurde von einer Anstaltsleiterkonferenz am 24.10.1977 im Justizministerium Düsseldorf erarbeitet. Er wuchs nicht auf eigenem Mist, sondern stammt aus den Schubladen des BKA. Am 6.12.1977 machte Dr. Diether Posser diese „Maßnahmen“ rechtskräftig, sie wurden per „Erlaß“ abgeseget.

Dem Anstaltsleiter ist es nur in bescheidenem Rahmen möglich, einzelne „Maßnahmen“ auszusetzen oder abzuändern. Er ist „weisungsgebundener Beamter“, er erhält seine „Anweisungen von oben“. „Oben“ ist aber nur formal der Justiz-, oben ist in Wahrheit der Innenminister.

Da weder der Anstaltsleiter Werl, noch sein Vorgesetzter, der Präsident des Justizvollzugsamts Hamm, meinen Anträge nachkam, ein Verwaltungsverfahren also abgeschlossen war, legte ich Widerspruch gemäß § 109

Strafvollzugsgesetz beim Landgericht Arnberg ein. Die Erstellung des Vollzugsplans wurde von der 7. Strafvollstreckungskammer dort abgelehnt. Mein Anwalt, RA Lutz Eisele, mußte Rechtsbeschwerde beim OLG Hamm einlegen. Dieses half der Beschwerde ab:

- mit Beschluß vom 28. April 78 - AZ 1 Voll (Ws) 44/77 OLG Hamm wurde „der Leiter der JVA Werl verpflichtet, für den Beschwerdeführer einen Vollzugsplan gemäß § 7 StVollzG zu erstellen. Der „Vollzugsplan“ jedoch konnte erst wirksam werden, nachdem die „Maßnahmen“ gefallen oder zumindest stark eingeschränkt waren. Die Behörden kamen in Zugzwang.“



P. P. Zahl: „Der Mensch ist ein erstaunliches Wesen; er vermag es, sich relativ schnell zu regenerieren.“

III.

Nachdem Anstaltsleiter Werl und Vollzugsplan auch die „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung“ nicht abschafften, da an den Erlaß des Justizministers gebunden, lag der Widerspruch gemäß § 109 Strafvollzugsgesetz zunächst monatelang, schließlich ein halbes Jahr beim Landgericht Arnberg herum. Ja, die Strafvollstreckungskammer sah sich gar außerstande, den Erlaß beim Justizminister anzufordern! Eine Judikative, die die Exekutive laut Verfassungsauftrag kontrolliert, gibt es in Arnberg nicht. Da der „Erlaß“ vom Justizminister stamme, sei er „Antragsgegner“, zuständig mithin das Landgericht Düsseldorf. Der Berichterstatter der zuständigen Strafvollstreckungskammer dort ersuchte das Justizministerium um Stellungnahme bis Ende Februar 1979. Diese eile, schließlich stamme der Antrag aus dem Jahr 1977! Der Richter schälte den Kern der Rechtssache klar heraus: ob und wie die Polizei in den Strafvollzug dermaßen „hineinwirken“ dürfe. Dies sei „angesichts der klaren Trennung, der Ressorts fraglich (mithin verfassungswidrig!)“.

Inzwischen schaltete sich auch Humanistische Union Berlin und die Schriftstellerkollegen ein. In seinem „Offenen Brief“ („Zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten“ rororo-Taschenbuch) an die Justizministerin NRW, Frau Inge Donnep, machte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und durch Landeskriminalbeamte (u.a.)

Papier und das Mitglied des westdeutschen PEN-Zentrums, Bernt Engelmann, klar, man sei nicht gewillt, die pausenlose Verletzung von Rechten aus der Verfassung und dem Strafvollzugsgesetz des Kollegen Zahl hinzunehmen.

Ende 1978 erstellen die laut Gesetz zuständigen Fachdienste des Justizvollzugsanstalt Werl, die Diplompsychologen und der Oberlehrer, den „Vollzugsplan“. Die Frage nach der „kriminellen Gefährdung“ P. P. Zahl durfte nicht offen beantwortet werden - die Beamten wurden mit „VS-Vertraulich“ zum Schweigen vergattert! - „fand aber eine indirekte Antwort: man plädierte dafür, die „Maßnahmen“ aufzuheben und mich beruflich, d.h. schulisch, zu fördern. Gutachten und Vollzugsplan scheinen vom Präsidenten des Vollzugsamts Hamm Zustimmung gefunden zu haben. Da sie wohl aber zu heiß waren, wanderten sie auf die nächsthöheren Schreibtische. Bis auf den der Ministerin. Wo sie zunächst lange ruhten.

IV

Am Donnerstag, 29.3.1979, wurde ich zum Leiter der Justizvollzugsanstalt Werl, H. Ihle, zitiert. Ich wurde gefragt, ob ich damit einverstanden sei, in den Schultrakt der JVA verlegt zu werden. Nahezu alle „Maßnahmen“ würden aufgehoben, die Besuchsüberwachung



P. P. Zahl: „Der Mensch ist ein erstaunliches Wesen; er vermag es, sich relativ schnell zu regenerieren.“

dagegen nicht. Da dies zwei verschiedene juristische Paar Stiefel waren, stimmte ich zunächst zu.

Am Freitag, 30.3.1979, mußte ich packen und wurde in die Abteilung M 4 der Anstalt verlegt. Hier befindet sich das Schul-, Förderungs- und Studienzentrum der Anstalt. Der M-Flügel unterscheidet sich erheblich von den anderen. Die Privilegien für die hier einsitzenden Gefangenen sind, gemessen am „Normalvollzug“ in Werl, enorm:

- meine Zellentür ist an mehreren Stunden des Tages offen; wie jeder Gefangene hier erhielt ich ein kleines Vorhängeschloß, den Raum in meiner Abwesenheit abzuschließen;

- die Zelle ist hell und etwa 1,5 mal so groß wie die „normalen“ mit ihren 22cbm;

- die Anstalt stellt eine Schreibtischlampe, die auch nach 22 Uhr brennen darf;

- im Flügel befindet sich eine „Teeküche“, in der jeder Gefangene sich auch mal ein Ei kochen oder braten, Kuchen backen, Bratkartoffeln bruzzeln kann;

- heißes Wasser ist ständig vom Boiler auf der Abteilung zu bekommen;

- zweimal Sport in der Woche ist die Regel;

Schüler und Studenten erhalten Ausbildungsförderungsbeihilfen, die z.Zt. bei etwa 90,- bis 100,- (für den

Einkauf) und 45,- resp. 50,- (für die Rücklage) liegen;

- Gruppenteilnahme ist unbeschränkt (etwa: Italienisch, 1x in der Woche; Englisch, dito; progressive Musik, dito; klassische Musik, Gesprächskreis mit einem Anstaltspsychologen, Basteln, Gemeindeabend etc.);

Die bisherigen Dauerfurlungen bei mir 1x in der Woche durch den Polizeinspektor mit Gehilfen, 4x in der Woche durch den Stationsbeamten, 1x im Monat durch LKA-Beamte mit ihren Nebenwirkungen (völliges Entkleiden im Beisein zweier Beamter in einer Leertzelle, neue Wäsche und Kleidung) entfallen; Die Einzelvorführungen entfallen ebenso wie das zweite Gitter vorm Fenster, wie das Vorhängeschloß vor der Tür, wie die Vorhängekette an der Tür bei Nachteinschluß usw.usf.

In einem Wort, in der Schulabteilung der JVA Werl hat ein verschwindend geringer Teil der Gefangenen jene „Privilegien“, die in moderneren Anstalten gleichen Vollzugstyps (C-Anstalt, also für „Schwerstkriminelle“), insbesondere in den Stadtstaaten Häftlinge seit langem besitzen.

Für mich ist dies eine enorme Umstellung: Bis Donnerstag 24.00 Uhr noch dem Haftstatus für Terroristen unterworfen, ab Freitag 30.1.79 00.00 Uhr-Privilegiert unter Privilegierten. Zur Zeit fällt mir die Umstellung schwer. Der Kreislauf ist zerrüttet, Konzentrationsfähigkeit minimal, es kommt zu plötzlichen Herzjagden, Schweißausbrüchen, starken Kopfschmerzen, entsetzlicher Müdigkeit wie seit langem. Der Mensch aber ist ein erstaunliches Wesen; er vermag es, sich relativ schnell zu regenerieren.

Die Klage gegen die „Maßnahmen zur Häftlingsüberwachung“ läuft weiter. Zum einen muß ihre Rechtswidrigkeit festgestellt werden. Zum zweiten kann nicht länger geduldet werden, daß Beamte der politischen Polizei immer noch die Besuche überwachen. Zum dritten ist es notwendig, die verfassungswidrige Weitergabe von Namen und Adressen meiner „Kontaktpersonen“ zu unterbinden, die u.a.dazu führten, daß

- mein niederländischer Übersetzer nach einem Besuch in der JVA Werl am 16.2.79 von MEK-Terroristen überfallen wurde,

- eine hamburger Literaturwissenschaftlerin, die 1978 ein Seminar über meine Texte leitete, mich besuchte und Gedichte lektorierte, in Frankreich (!) Opfer von Nachstellungen der französischen Politischen Polizei wurde (Febr.1979),

- der Herausgeber einer Anthologie „an der ich mitarbeitete, an der Grenze aus dem Zug geholt wurde,

- alle Menschen, die mir schreiben, und sei es weil sie nur meine Gedichte gelesen haben, in der „Beobachtenden Fahndung“ nach „Terroristen“ (Befa 7), im BKA-Computersystem PIOS landen,

- eine dortmunder Lehrerin, deren Schüler mir schrieben, nachdem sie ein Liebesgedicht (!) von mir gelesen und interpretiert hatte, einem Berufsverbotsverfahren unterzogen wurde,

- selbst der Vorsitzende der HU Berlin, Prof. O.K.Flechtheim, an der Grenze als „Mutmaßlicher“ herausgewinkt wurde.

Angesichts des nun vorliegenden Fortschritts, von meinem bochumer Anwalt-der für seine Arbeit in Sachen „Vollzugsplan“, die einen dicken Ordner füllt, DM47,70 „Kostenberichterstattung“ vom OLG Hamm zuerkannt bekam-erzwungen, kann als sicher gelten, daß die „Herren des Morgengrauens“ etwas Neues im Schilde führen. Ihre Methoden sind mittlerweile bekannt. Werden sie

- erneut einen Spitzel und Agent Provocateur auf mich ansetzen?

- erneut eine „Pressemappe“ mit verlogenen Meldungen mit Hilfe ihrer journalistischen Mitarbeiter in die staatstragende Presse lancieren?

- erneut den Justizbehörden- über 6 1/4 Jahre nach meiner Verhaftung vund mehr als 2 1/4 Jahre über den Zeitpunkt hinaus in der Haft, zu dem ich in erster Instanz verurteilt wurde- „klarmachen“, wie „gefährlich“ ich sei (vgl. Brief des BKA an das Büro Brandt, zitiert in Engelmanns Brief an JM Donnep)? Bald werden wir mehr darüber wissen.

Kontakt: Initiativgruppe P.P.Zahl c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr.58 6000 Frankfurt/Main 1, T.0611/ 72 75 76

In den Schluchten des Journalismus

„Am 17. Februar fand in Hannover ein Fest für die 'Tageszeitung' statt... eine reine Konsumfete, die, finde ich, Aufschluß über die linke Szene geben kann...“

Während des zweiten Teils der „Brühwarm“-Show vergewaltigten vier türkische Männer auf dem Männerklo eine Sechzehnjährige...

So wurde diese Vergewaltigung inmitten der linken Szene verübt. Das für mich Unfaßbare war, daß bei Bekanntwerden des Verbrechens kaum emotionale Regungen vom Gesamtpublikum zu bemerken waren. Die kamen erst später: als nämlich die Gitarristin der Gruppe „Missus Beasty“ bekanntgab, die Gruppe hätte beschlossen, nach diesem Vorfall nicht weiterzuspielen, erhob sich ein Sturm von Wut, Verärgerung und Empörung...

Ein Mann: „Warum sollen wir jetzt betroffen sein, als angesichts der zigtausend Verkehrstoten?“... [aus: taz Nr. 5, 22.2.79, Artikel einer taz-Korrespondentin]

„Es ist pervers: ich bin stinksauer und versuche, meine Gefühle zu zügeln, um noch einen einigermaßen sachlichen Leserbrief hinzukriegen...“

[Der Artikel, taz Nr. 5] ... ist der nackte BILD-Zeitungsstil! Da werden Vorgänge in Zusammenhang gebracht, die nichts miteinander zu tun haben...

... wir - damit meine ich uns alle im Saal - waren betroffen und hilflos ...

Alles was danach passiert ist, ist ein Versuch gewesen, mit der Betroffenheit und Hilflosigkeit umzugehen. Fast müßig, zu erwähnen, daß viele heterosexuelle Männer die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, um öffentlich ihre Betroffenheit kundzutun und Abbitte für ihre vielen (heimlichen) Vergewaltigungen zu leisten. Missus Beasty hat weitergespielt, indem sie versucht haben, ihre Wut und Betroffenheit musikalisch auszudrücken. Das fand ich müht und gut ...

Schade, daß der Versuch nach fünf Minuten abgebrochen wurde ... (aus: taz Nr. 6, 8.3.79, Leserbrief von Conny Littmann, Mitglied der schwulen Theatertruppe „Brühwarm“)

„Türkische Jugendliche, denen ihre jeden 2. Samstag stattfindende Disco gestrichen worden war (Ausfall wegen fehlender 200 DM in der Getränkekasse) und sich durch „Schwule und Hippies“ angemacht fühlten, setzten mit Gewalt durch, daß sie den Pavillon [Veranstaltungsort der taz-Fête] nicht verlassen mußten...“

Im Laufe des Gerangels zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen wurde A. der Schuh entrissen und sie so auf die Männertoilette gelockt ... Während drinnen der 16jährige C. versuchte, sie äußerst aggressiv zu machen, hielten drei andere türkische Jugendliche Wache ...

Drinnen versuchte sich A. inzwischen zu wehren und schrie um Hilfe, worauf sie C. zu schlagen anfing und versuchte sie zu vergewaltigen ... die Hilfeschreie des Mädchens verhinderten weiteres ...

A. ist nach 4 Tagen aus dem Spital entlassen worden, die beiden türkischen Jugendlichen wurden von der Kripo verhört und haben bereits gestanden. Wir gehen entgegen der in taz Nr. 5 vertretenen Ansicht, es wären typisch linke Reaktionen; von drei sehr verschiedenen Reaktionen aus, die sicherlich zum Teil durch die sehr unterschiedliche Zusammensetzung des Publikums erklärbar sind (linke Szene, „Brühwarm“- und „Missus Beasty“-Fans).

Es gab wenige die ausgesprochen betroffen reagierten und für den Abbruch der Veranstaltung waren. Der größte Teil der Leute jedoch überdeckte seine Ohnmachtsgefühle gegenüber der Situation durch einerseits überdeutliche „Betroffenheit“ - was sich in starker Hysterie ausdrückte - und der andere Teil reagierte mit zynischen Bemerkungen...

Insgesamt müssen wir uns aber an der eigenen Nase packen, daß wir nicht sofort reagieren konnten und die Veranstaltung abgebrochen haben“. [aus: taz Nr. 6, 8.3.79, Stellungnahme der taz-Initiative Hannover, Veranstalter der Fête]

„Auch ohne den Skandal von Hannover, als bei einer „Taz-Unterstützungsfête ein Mädchen in der Toilette von mehreren Besuchern „spontan“ vergewaltigt wurde, und das Auditorium protestierte, als deshalb eine Musikergruppe nicht weiterspielen wollte, kurzum: auch ohne diese beispiellose in einem tatsächlich linken Milieu unverstehbare Schweinerei wären wir inzwischen zu dem Schluß gekommen...“ [aus: BILD-Zeitung, Hamburger „Artikel des Herausgebers in der Rubrik „Intern“]

ge



„Ich habe erst am Sonntag in Hannover gesagt, daß die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag ein bewegendes Element für Millionen von Menschen war. Und daß ich in der 35-Stunden-Woche ein gleichartiges Element sehe.“ (IG-Druck-Vorsitzender Mahlein in einem Interview mit der Zeitschrift Kritik dieses Jahres).

Dampf bei der Druck

Wer Angst vor der Wahrheit hat, bedient sich der Sprache der Diplomatie. Das Ergebnis bleibe zwar „hinter den Forderungen zurück“, sei aber „insgesamt positiv“ zu werten, lautete die Stellungnahme der IG-Druck-Führung nach dem Überraschungsabschluß von letzter Woche. Was hier stattgefunden hat, war nicht einmal der übliche Schaukampf für die Kollegen, es war eine Vorkapitulation angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit der Gewerkschaft, ihre Mittel einzusetzen. Ähnlich wie in der Metallindustrie ist durch diesen Abschluß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zunächst einmal wieder zum akademischen Diskussionsschmankerl geworden; als konkrete Utopie für die Kolleginnen und Kollegen ist sie für Jahre erst einmal wieder vom Tisch.

Hatten viele Kolleginnen und Kollegen nach dem Tarifkampf vom letzten Jahr die Hoffnung geschöpft, ihre Gewerkschaft könnte sich langsam aber sicher den Hoffnungen und Forderungen ihrer Mitglieder öffnen, sich allmählich aus der Umklammerung durch Unternehmer- und Regierungsinteressen lösen, die Kraft der Belegschaften für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele mehr und mehr zusammenfassen, so wird sich jetzt in den Betrieben Verbitterung und Resignation ausbreiten.

In den Betrieben flogen nach Bekanntwerden des Abschlusses die 35-Stunden-Plaketten durch die Gegend. In verschiedenen Betrieben wurden stapelweise Mitgliedbücher zum Betriebsratsbüro getragen. Einige Protestresolutionen von Belegschaften und Abteilungen sind schon formuliert, andere werden noch diskutiert. Kolleginnen und Kollegen: *Schickt uns eure Protestresolutionen und Telegramme zu, damit sie möglichst schnell in den anderen Betrieben verbreitet werden können. Der Protest ist umso wirksamer, je öffentlicher er wird!*

Springer wird, wie aus einem Informationsblatt an die betroffenen Kollegen hervorgeht, Mitte dieses Jahres die ersten Fotosatzmaschinen anschaffen. Betroffen von dieser Maßnahme sind rund 380 Kollegen. Im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben hat die Geschäftsleitung von Springer eine sehr offensive Informationspolitik betrieben und auch den Betriebsrat voll eingeschaltet. Durch dieses Verfahren gelang es ihr, Anfang des Jahres eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat über das Vorgehen bei der Umstellung abzuschließen, die inzwischen auch an die Vertrauensleute verteilt worden ist.

Das Spiel mit den „natürlichen Abgängen“

Wie Springer/Berlin die Technik umstellt und dabei die Kollegen austrickst.

Berlin, 16.4. (taz). Vor einem Jahr haben die Druckarbeiter in einem vierwöchigen Streik einen Tarifvertrag durchgesetzt, der sie vor den Folgen der kommenden technischen Umstellungen im graphischen Gewerbe schützen soll: vor Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Lohnrückerei. Zwar - damals war dem Streik nur ein mäßiger Erfolg beschieden, aber immerhin sah das mit viel Einsatz der Kolleginnen und Kollegen erkämpfte Ergebnis, der „Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme“ (RTS-Tarifvertrag), eine Reihe von Regelungen vor, die zumindest für eine Übergangszeit von acht Jahren nach Beginn der betrieblichen Umstellung die Schlimmsten Folgen für die Beschäftigten abfangen sollten.

Was ist dieser Tarifvertrag nun heute wert? Erfüllt er die Aufgaben, die ihm durch die Unterschriften von Gewerkschaften und Unternehmern zugewiesen worden sind? Gleich zum Jahresbeginn, in der „Druck und Papier“ Nr. 1/79, mußte die Führung der IG-Druck den Kolleginnen und Kollegen eingestehen, daß es bei der konkreten Durchsetzung der vertraglichen Bestimmungen erhebliche Probleme gibt. Dies wissen inzwischen auch die Kollegen von Springer/Berlin, bei denen die Umstellung von Blei auf Fotosatz jetzt beginnt, was nach den Vorstellungen der Geschäftsleitung in ungefähr zwei Jahren abgeschlossen sein soll. So wie bei Springer mag es auch in vielen anderen Betrieben laufen.

Kernpunkt bei den geplanten Maßnahmen, mit denen sich der Betriebsrat durch seine Unterschrift einverstanden erklärt hat, ist die Tatsache, daß von den betroffenen 380 Arbeitsplätzen im Laufe der kommenden zwei Jahre zwischen 90 und 110 Planstellen entfallen werden. Was bedeutet das für die Kolleginnen und Kollegen.

Scheinheilige Garantieerklärung Die Geschäftsleitung sagt: Nichts, denn Ihr könnt Euch ja umschulen lassen, Ihr könnt einen anderen Arbeitsplatz im Betrieb annehmen, Ihr könnt auch „freiwillig ausscheiden“. Gleichzeitig sprach die Geschäftsleitung für die jetzt betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitsplatzgarantie aus. Der auf Grund der geringen Planstellenzahl notwendige „Personalabbau“ soll durch „natürliche Abgänge“ erreicht werden.

Scheinheilige Garantieerklärung

Was geschieht mit den verbleibenden Kolleginnen und Kollegen? Wird der RTS-Vertrag nun angewendet, gibt es für sie eine achtjährige Lohngarantie, werden sie bevorzugt an den neuen Maschinen eingesetzt? Nichts dergleichen geschieht! Die Geschäftsleitung behauptet, die geplanten Anschaffungen bedeuteten keineswegs die Installation eines geschlossenen Systems zur Texterfassung und -verarbeitung, also könne der RTS-Vertrag in diesem Falle überhaupt nicht angewendet werden. Zwar werden am Ende der zwei Jahre wahrscheinlich alle notwendigen Einzellelemente aufgestellt worden sein, die beispielsweise auch eine Ausweitung des Systems in die Redaktion erlauben, aber weil dies nicht auf einmal geschieht, sondern nach und nach, können die tariflichen Schutzbestimmungen nach Ansicht der Geschäftsleitung in diesem Fall nicht angewendet werden.

Taktik des Betriebsrates Also Streik und aller Einsatz vom letzten Jahr umsonst gewesen? Offensichtlich, denn der Betriebsrat bei Springer konnte sich der Logik der Geschäftsleitung nicht verschließen. Er willigte durch seine Unterschrift unter die Betriebsvereinbarung ein, daß der RTS-Vertrag nicht anzuwenden ist. Die Begründung des Betriebsrats dafür lieferte die Geschäftsleitung mit der Zusage, auch auf den neuen Arbeitsplätzen sollten die Bestimmungen des geltenden Manteltarifvertrages angewendet werden, in denen bisher alle Fragen der LohnEinstufung, der Besetzung und die Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne geregelt worden sind.

Taktik des Betriebsrates

Damit ist zwar für die Kollegen, die von der alten auf die neue Technik umgeschult werden, eine gewisse Sicherung gegen Lohnrückerei usw. gegeben, aber längst nicht alle Kollegen werden in diese Kategorie fallen. Denn mit der Bekanntgabe der geplanten Maßnahmen wurde den Kollegen gleichzeitig ein von Geschäftsleitung und Betriebsrat verabschiedeter Fragebogen überreicht, in dessen Vorspann klipp und klar erklärt wird, daß eine Arbeitsplatzgarantie nur für jene gelten

könne, die bereit sind, „sich auf die neue Technik einzustellen und, wenn nötig, auch Versetzungen auf andere Arbeitsplätze und in andere Tätigkeitsbereiche zu akzeptieren.“

Ein seltsamer Fragebogen

Also werden die Kolleginnen und Kollegen, nachdem sie ausführlich über ihre speziellen Qualifikationen und ihren beruflichen Werdegang ausgehört wurden, gefragt, ob sie auch bereit seien, an einer anderen Betriebsstätte zu arbeiten (wobei z. B. in Kettwig genau wie in Berlin umgestellt und eingespart wird!), oder ob sie eventuell zum Ausscheiden bereit wären, wobei ihnen mit der Ankündigung eines Sozialplans der Abgang noch versüßt werden soll. Nach Auswertung will die Geschäftsleitung in Einzelgesprächen mit den Betroffenen über ihre weitere berufliche Zukunft verhandeln. Jeder Ansatz von Solidarität zwischen den Betroffenen ist damit von vornherein untergraben! Die Stimmung in der Belegschaft ist nach allem, was man hört, in den letzten Monaten deutlich gereizter geworden, wozu nicht zuletzt beigetragen hat, daß einige Kollegen von der Geschäftsleitung durch mehr oder weniger sanften Druck zur „Selbstkündigung“ gedrängt werden sollten.

Der Betriebsrat meint offensichtlich, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die einzelnen Systemelemente zu einem integrierten System zusammengeknüpft werden, könne der RTS-Vertrag immer noch gültig werden, d.h. durch ein späteres Einsetzen des Vertrages die achtjährige Absicherung nach hinten hinaus geschoben und damit eine langfristige Absicherung der Kollegen erreicht werden. Die Realität wird aber wohl anders aussehen, wie auch schon ein Blick auf die Qualifikationsanforderungen für die neuen Arbeitsplätze zeigt. In einem von der Geschäftsleitung im Februar vorgelegten Plan werden nämlich ausführlich die neuen Arbeitsplätze und die für sie erforderlichen Qualifikationen beschrieben. Danach werden von den verbleibenden rund 270 Arbeitsplätzen lediglich 46 mehr als Schreibmaschinenkenntnisse erfordern. Das heißt: Der Betrieb ist schon jetzt in der Lage, freie oder später frei werdende Arbeitsplätze mit einfachen Schreibkräften zu besetzen, ohne an die Besetzungs- und Entlohnungsvorschriften des RTS-Vertrages gebunden zu sein.

Ein Vertrag wird zur Farce

Es ist also zu befürchten, daß die Geschäftsleitung im Verlauf der zweijährigen Umstellung bereits in einem Maße vollendete Tatsachen schaffen kann, die eine spätere Anwendung des RTS-Vertrages zu einer Farce machen. Das heißt, daß diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich am Ende des Umstellungsprozesses nicht auf der Straße, in einer anderen Stadt oder im Verlagsbereich beispielsweise als Büroboten wiederfinden, die sich also allen Widrigkeiten zum Trotz haben umschulen lassen, schon bald neben sich eine Kollegin finden werden, die vielleicht für nur zwei Drittel des bisherigen Lohnes dieselbe Arbeit macht. Das Interesse des Betriebes an weiteren „natürlichen Abgängen“ unter dem umgeschulten Fachpersonal wird also auch nach der Umstellung unvermindert anhalten. Auf dem Arbeitsamt dürfen sich diese Kolleginnen und Kollegen dann Gedanken darüber machen, welchen Sinn der vierwöchige Streik vom letzten Jahr gehabt haben soll, wenn die Belegschaft trotz aller schönen Tarifverträge so leicht austrickst werden können.

C. Würden Sie auch in einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens tätig sein wollen?

ja nein möglicherweise

Wenn ja, welche Hamburg Kettwig Ahrensbury Darmstadt

Art der gewünschten Tätigkeit:

D. Wären Sie eventuell bereit, Ihren Urlaub - ganz oder teilweise - bis zu einem mit der Technischen Leitung zu vereinbarenden Zeitpunkt zu verschieben?

ja nein noch offen

Urlaub aus 1979 Urlaub aus 1980

E. Wären Sie unter Umständen bereit, nach Abschluss der Umstellung des Vorstufenbereiches zu dem noch in einem Sozialplan zu vereinbarenden Konditionen auszuscheiden?

ja nein noch offen

Datum: _____ Unterschrift: _____

Streiks bei VW und Renault in Belgien

Brüssel, 13.4. (rtr). Arbeitskämpfe haben am Freitag die belgischen Montagewerke des Volkswagenwerks und des französischen Autokonzerns Renault in Belgien lahmgelegt. Im VW-Werk Forest bei Brüssel ruhte die Arbeit, obwohl Gewerkschaften und Unternehmen eine vorläufige Einigung erzielt hatten, nach der neben Lohnerhöhungen und Urlaubsgeld eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden vorgesehen war. Nach Angaben aus Gewerkschaftskreisen lehnte die Belegschaft den Kompromiß ab. Nach Mitteilungen der Arbeitgeberseite wurde man zur Stilllegung des Werks bis Dienstag gezwungen, weil ein „Harter Kern“ von Gegnern des Abschlusses die übrigen Beschäftigten an der Arbeit hinderte. Bei Renault traten im Werk Vilvorde 3000 Arbeiter in den Ausstand um Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen.

Registriert und nicht registriert

Paris, 15.4. (afp). Nach der offiziellen Statistik des französischen Arbeitsministeriums waren im März dieses Jahres 1.300.000 Arbeitslose in Frankreich registriert. Die „Dunkelziffer“ derjenigen, vor allem junger Menschen, die zwar arbeitslos sind, aber in der Statistik nicht auftauchen, wird auf eine weitere halbe Million geschätzt.

Im „Bedarfsfall“ machen's die polnischen Kollegen

Paris, 15.4. (afp). Die Kollegen der französischen Inlandsfluggesellschaft „Air Inter“ haben am Mittwoch und Donnerstag letzter Woche gestreikt, um gegen ein Abkommen mit der polnischen Fluggesellschaft „Lot“ zu protestieren, „das für den Bedarfsfall“ den Einsatz einer polnischen „Iljuschin 18“ und ihrer Besatzung auf gewissen französischen Inlandsstrecken vorsieht. Auch das Bodenpersonal der „Air France“ legte am Mittwoch die Arbeit nieder, um durch einen Warnstreik der Forderung nach besserer Bezahlung Nachdruck zu verleihen.

Nicht mehr zu besichtigen

Paris, 15.4. (afp). Nachdem am Karfreitag schon das Louvre-Museum und das Schloß in Versailles in Paris wegen eines Streiks geschlossen waren, mußten an den Osterfeiertagen auch sämtliche anderen Museen der französischen Hauptstadt dicht machen. Das Museumspersonal will mit Unterstützung der französischen Gewerkschaften eine Änderung der beruflichen Qualifikation und eine Anhebung der Gehälter durchsetzen.

Berlin, 16.4. (taz). Am Dienstag beginnt die zweite Verhandlungsrunde in der Textilindustrie für die Tarifgebiete Südbayern und Rheinland-Pfalz. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung fordert Einkommensverbesserungen um 6,2 % sowie eine Verlängerung des Urlaubes auf 6 Wochen.

Beton- und Monierbau

Die Angestellten müssen dran glauben

Düsseldorf, 14. 4. (taz). Entgegen den beruhigenden Verlautbarungen der Geschäftsleitung sind die Arbeitsplätze bei der Beton- und Monierbau AG, Düsseldorf, keineswegs gesichert. Mehrere hundert Arbeiter und Angestellte des Konzerns, der in der vorletzten Woche Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt hat, müssen damit rechnen, über kurz oder lang auf der Straße zu landen.

Besonders in dem Dorf St. Peter bei Dormagen geht die Angst um. Die dortige Betonfertigteilefabrik, die zu hundert Prozent dem Pleitekonzern gehört, wird wahrscheinlich schließen. Wie der Gemeinderat auf einer Sondersitzung feststellte, würde dadurch der mit rund hundert Beschäftigten größte und nahezu einzige Arbeitgeber in der Gemeinde liquidiert. Die Möglichkeiten für die Arbeiter, einen neuen Arbeitsplatz in der unmittelbaren Umgebung zu finden, sind äußerst gering. Da die meisten Dorfbewohner durch eigene Häuser gebunden sind, scheidet für sie auch ein Umzug weitgehend aus.

Der Gemeinderat von St Peter versucht im Moment, zu retten, was zu retten ist. Die Aussichten auf Erfolg sind nicht gerade rosig, weil die Fabrik bisher fast ausschließlich für Beton- und Monierbau produziert hat und die Konkurrenten des Pleitekonzerns zwar gerne die unvollendeten Baustellen aus der Konkursmasse übernehmen, nicht aber deren Zulieferwerke.

Wie die Geschäftsstelle der IG Bausteine-Erden gegenüber der taz erklärte, gilt das gleiche auch für die Angestellten des Konzerns, die vor allem in der Zentralverwaltung in Düsseldorf beschäftigt sind. Laut Aussage des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden geht es dabei „um einige hundert“ meist ältere Kollegen. Ein Sozialplan ist inzwischen ausgearbeitet worden, über dessen Realisierungsmöglichkeiten jedoch noch nichts feststeht.

Am besten dran sind noch die Arbeiter auf den verschiedenen Großbaustellen, zum Beispiel der großen Schleuse im Duisburger Hafen und bei U-Bahn-Bauten in einigen deutschen Großstädten. Diese Kollegen werden wahrscheinlich von den Konkurrenzfirmen übernommen werden, die nach dem Ausscheiden der Beton- und Monierbau AG die Arbeiten weiterführen werden. Ähnliches gilt offenbar auch für die Großbaustellen im Ausland. Diesen Umstand hatte die Geschäftsleitung in ihren Erklärungen besonders herausgestrichen, nachdem, die Westdeutsche Landesbank und die Düsseldorfer Regierung eine weitere Subventionierung des Konzerns abgelehnt und diesem damit den letzten Todesstoß versetzt hatten.

So ist es zu verstehen, daß unter den rund 5000 inländischen und etwa 11 im Ausland beschäftigten Arbeitern offen-

bar keine besondere Unruhe zu verzeichnen ist. Das Konkursverfahren soll erst im Mai eröffnet werden. Bis dahin wird sich wohl an der Feststellung des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Pückton nichts ändern, dessen Betriebspatriotismus in der Stunde der Not keine Grenzen kennt: „Die Moral bei den Jungs ist ganz ausgezeichnet.“

AEG rationalisiert doppelt

Berlin, 16.4. (taz). Wie längst bekannt, steckt die AEG voll in der Krise. Der Konzern will gesundenschrumpfen, bis die DM für die Aktionäre wieder rollt. Der Einsatz modernster Technologie ermöglicht eine komplette Umstrukturierung der Berliner Bahnfabrik. - Einige Beispiele:

— Mit der Umstellung von Gleichstrom- auf Drehstrommotoren soll das Spulwickeln wegfallen, was nicht nur Arbeitsvorgänge und -plätze spart, sondern auch eine Menge Kupfer. Die Drehzahlregelung von Elektromotoren wird von elektromechanischer Steuerung auf elektronische umgestellt. Hochspezialisierte Facharbeiter werden dadurch überflüssig, da das Zusammensetzen elektronischer Funktionselemente auch von angelegerten Kräften übernommen werden kann.

— Statt der bisherigen Schaltpläne, nach denen Elektrofacharbeiter montierten und dabei wußten, was sie taten, finden nun Rechnerlisten Verwendung, nach denen numerierte Teilchen in vorgegebener Reihenfolge montiert werden. Die Funktion der Teilchen ist aus der Liste nicht ersichtlich.

— Aufgrund der neuen Produktionstechnologie ergibt sich eine rationalisierte Produktionsweise, die bei genügender Stückzahl auch automatisiert werden kann. Bestückungsautomaten für Leiterplatten sind in der Erprobung, scheinen bisher jedoch noch zu anfällig.

— Die genannten Umstrukturierungen bedeuten für die im Werk Verbleibenden, daß sie sich auf neuen Arbeitsplätzen einarbeiten müssen, sodaß im Akkordlohn mit erheblichen Verdienstaussfällen zu rechnen ist. Die Frauen, die bisher die Ankerspulen wickelten, konnten im Akkord bis auf 10 Mark pro Stunde kommen. In der Lohngruppe eins (!) müssen sie in der Einarbeitungszeit wieder bei 7,20 DM anfangen. Über eine Überbrückungszahlung soll noch verhandelt werden.

Protokoll einer programmierten Geburt

Eltern verklagen die Stadt Dortmund

„Wir bemühen uns, die Geburten in die offiziellen Dienstzeiten zu legen. Wir haben schließlich auch einen Acht-Stunden-Tag!“ - so einer der Ärzte der Städtischen Kliniken Dortmund.

Gegen diese Klinik führen Ulla (27) und Peter-Josef Boeck (30) inzwischen einen Prozeß. Ihre Tochter Sabine, die am 23.8.1978 zur Welt kam, ist geistig und

körperlich schwer behindert. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach niemals sprechen, laufen, greifen und hören können und es ist anzunehmen, daß sie das zehnte Lebensjahr nicht erreicht. Nach Ansicht der Eltern und ihres Rechtsanwaltes ist das auf schwerste Behandlungsfehler der Dortmunder Klinik zurückzuführen.

der direkt neben dem Telefon stand, ist sicher, daß es sich um ein privates Telefonat handelte.

In der folgenden halben Stunde geht

Nach einer problemlosen Schwangerschaft, in der sie sich durch Gymnastik und Schwangerschaftskurse auf ihre erste Geburt vorbereitet hat, geht Ulla

es auf einen Strafprozeß ankommen lassen.

Ein „erfahrener Kollege“ Von den beteiligten Ärzten war niemand zu Auskünften bereit. Dr. F. erklärte, ihm sei vom Rechtsamt der Stadt geraten worden, keine Stellungnahmen abzugeben. Der Chefarzt der Frauenklinik, Prof. Dr. Köster bat, „diesen Einzelfall richtig einzuordnen“ und gab Ehrenerklärungen für seinen Assistenzarzt Dr. F. ab: „Ich möchte den erfahrenen Kollegen Dr. F. im Kreissaal nicht missen.“ In einem Gespräch mit Kripobeamten soll Prof. Köster - einem Aktenvermerk zufolge - jedoch diesem die Schuld an den Folgeschäden der Geburt gegeben haben. Dr. F. habe die Herzkurve des Kindes falsch abgelesen, bzw. nicht zu deuten gewußt.

Wenn es zu keinem Vergleich kommt, wird vor Gericht zu klären sein, ob hier ein „Schicksalsschlag“ vorliegt, wie Dr.



Boeck am 23. August gegen 9.00 Uhr zusammen mit ihrem Mann in die Klinik. Das war der errechnete Geburtstermin, der Frauenarzt hatte ihr geraten, an diesem Tag zur Untersuchung ins Krankenhaus zu gehen.

Bei der Ankunft in der Klinik sind noch keine Wehen festzustellen. Dennoch wird ihr geraten, in der Klinik zu bleiben, da das erwartete Kind am gleichen Tag noch entbunden werden könne: die „programmierte Geburt“ wird eingeleitet. In der Dortmunder Klinik kommt fast jedes zweite Kind nach solch einer „programmierten Geburt“ zur Welt. Hierbei wird der natürliche Geburtsvorgang beschleunigt, so daß der Zeitpunkt der Geburt planbar wird. Dieses Verfahren ist umstritten, auch wenn seine Verfechter sich rühmen, durch die programmierte Geburt die Höhe der Kindersterblichkeit bei und nach der Geburt entscheidend gesenkt zu haben.

Ulla Boeck wird nicht darüber informiert, daß es Alternativen zur programmierten Geburt gibt. Sie bleibt in der Klinik in der Überzeugung, die Geburt sei schon im Gange. Kurz darauf wird dann der Wehentropf angesetzt und die Fruchtblase angestochen. Ulla hatte schon bei der Aufnahme erklärt, sie wolle, wenn möglich, keine schmerzstillenden Medikamente verabreicht bekommen, um so einen möglichst natürlichen Verlauf der Geburt zu erreichen. Kurz nach 12.00 Uhr treten die ersten Wehen auf. Arzt und Hebamme erklären, mit der Geburt sei vier oder fünf Stunden später zu rechnen.

In den folgenden Stunden ist Ulla Boeck die meiste Zeit allein mit ihrem Mann, der deshalb auch den Wehenschreiber und den Herzfrequenzschreiber ablesen muß. Beide Instrumente setzen mehrfach aus. Die Hebamme erscheint jeweils erst, nachdem sie von Ullas Mann gerufen wird.

Gegen 16.00 Uhr, also zum Zeitpunkt der erwarteten Geburt, erscheint der diensthabende Assistenzarzt Dr. F. Inzwischen sind die Schmerzen für Ulla immer unerträglicher geworden, Schmerzen, die nicht wellenförmig auftreten, also aller Wahrscheinlichkeit nach keine Wehenschmerzen sind. Jetzt werden doch schmerzstillende Medikamente verabreicht, kurz darauf auch Valium. Danach bleibt immerhin zeitweilig eine Hebamme bei der Gebärenden, der Arzt erscheint erst wieder gegen 18.45 Uhr. Rasche Entscheidungen scheinen ihm zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht notwendig - nach Angaben der Eltern stand er erst 20 Minuten tatenlos herum, danach führte er ein Telefongespräch. Peter-Josef Boeck,

dann plötzlich alles sehr schnell. Peter-Josef Boeck wird aus dem Zimmer geschickt, und ohne weitere Erklärungen abzugeben, läßt Dr. F. die Vorbereitungen für den Dammschnitt treffen und erklärt, er wolle jetzt die Saugglocke ansetzen. Trotz mehrfacher Versuche gelingt ihm das nicht, da er offensichtlich mit der Handhabung des Instrumentes nicht ausreichend vertraut ist. Erst dem schließlich aus der Rufbereitschaft gerufenen Oberarzt Dr. G. - bis zu seinem Erscheinen vergehen 20 Minuten, da er nicht im Krankenhaus ist - gelingt es dann auf Anhieb, die Saugglocke sachgerecht anzusetzen und schließlich die Geburt zu beenden.

Die Geburt - eigenes Risiko?

Sabine wurde mit einem APGAR-Wert von 1 geboren (APGAR mißt verschiedene Lebensfunktionen des Kindes, die Skala reicht von 10 bis 1, Kinder unter 7 gelten als Risikofälle, Kinder unter 4 als „kaum lebensfähig“).

Sabine ist seit ihrer Geburt schwer geschädigt, sie ist spastisch, die körperliche Motorik ist zentral gestört und Sabine ist geistig schwer beeinträchtigt. In letzter Zeit leidet sie dazu unter schweren Krämpfen. Es ist anzunehmen, daß eine Unterbrechung der Sauerstoffzufuhr zum Zeitpunkt der Geburt zur Zerstörung von wichtigen Teilen des Gehirns geführt hat. Sabines Chancen auf ein eigenständiges und menschenwürdiges Leben sind so gut wie aussichtslos. Die rechtzeitige Entscheidung des Arztes für einen Kaiserschnitt hätte das möglicherweise verhindern können.

Ulla und Peter-Josef Boeck haben bereits im Oktober vergangenen Jahres Strafanzeige und Strafantrag gegen die Stadt Dortmund wegen Körperverletzung gestellt. Anfang Januar ließ die Staatsanwaltschaft die Krankenunterlagen beschlagnahmen. Den Eltern geht es nicht in erster Linie um eine strafrechtliche Verfolgung, sie wollen für ihr Kind die Zahlung von Schmerzensgeld und eine lebenslängliche Rente erreichen: „Unsere Schadensersatzansprüche werden sich ohne entsprechende Hartnäckigkeit schwerlich durchsetzen lassen, obwohl die Stadt Dortmund erste Verhandlungsbereitschaft erkennen läßt. Wir sehen die Schwerstbehinderung unserer Tochter letztlich auch als Ergebnis der von Regierung und Opposition einmütig verordneten Kostendämpfung im Gesundheitswesen an, die sich insbesondere bei den Patienten auswirkt, die der gesetzlichen Krankenversicherung angehören.“ Inzwischen hat die Stadt ihre Verhandlungsbereitschaft aufgegeben und will

F. meint, oder ob individuelle Fehlentscheidungen einzelner Ärzte oder Fehler, die in der durchrationalisierten Institution Krankenhaus zu suchen sind, entscheidend für Sabines Schicksal waren. Ob diese Klärung im Verfahren erfolgt, bleibt abzuwarten.

Ullas und Peter-Josefs Leben hat sich seit August entscheidend verändert. Sie haben Kontakt zu anderen Eltern behinderter Kinder und gerade diese Eltern, die oft nicht die Kraft und das Geld für einen Prozeß haben, unterstützen sie.

(C. K.)

Schulschwänzer zahlen 20 000 Mark im Jahr

Pforzheim, 15.4. (taz). Wegen unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht, wurde gegen einen 19-jährigen Pforzheimer Schüler vom Jugendgericht eine Geldbuße von 100 DM verhängt. Der Schüler habe, so die Urteilsbegründung, „sehr hartnäckig gegen seine Pflichten als Schüler eines Gymnasiums verstoßen. Noch in der Hauptverhandlung habe er die Auffassung vertreten, es sei sein gutes Recht, dem Unterricht fernzubleiben, wenn er wolle, wenn er nur das Klassenziel erreiche.“ „Wer in unserem sozialen Rechtsstaat Rechte wahrnehme, wer als Jugendlicher oder Erwachsener auf Kosten des Steuerzahlers eine weiterführende Schule besuche, müsse auch die sich daraus ergebenden Pflichten auf sich nehmen.“

Dem Schüler, der seine Tat wohl zu begründen wußte, und der die Gründe für sein Fernbleiben in den Mißständen der Schule fand, wurde daraufhin vom Richter Dehlinger „der unausgegrenzte Freiheitsbegriff, dem der Betroffene huldigt“ erschwerend angelastet. Monatlich werden in Pforzheim, so der Leiter der verantwortlichen Bußgeldstelle Gille, 15 bis 20 solcher Bußgeldbescheide in einer Höhe von 51 bis 150 DM entsprechend der Tat vornehmlich an Haupt- und Berufsschüler verschickt. Zu erwähnen bliebe noch, daß die Stadt an diesen Bußgeldbescheiden nicht schlecht verdient. Eine ungefähre Hochrechnung ergab den schwindelnden Betrag von 20 000 DM, den die Stadt jährlich von den Schülern kassiert.

-gaw



Ein Bauch reicht den Bischöfen immer noch nicht

Köln, 15.4. (rtr). Mit Art und Umfang von Schwangerschaftsabbrüchen in der Bundesrepublik sollte sich nach Ansicht der katholischen Kirche das Bundesverfassungsgericht befassen. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, erklärte am Sonntag im Deutschlandfunk, nach der Neuregelung des Strafgesetzbuch-Paragrafen 218 sei eine Lage eingetreten, die ein Eingreifen des Verfassungsgerichts erforderlich mache.

Höffner sagte, es sei erschreckend, daß in rund 67 Prozent der Fälle nach dem „Kautschukparagrafen des sozialen Notstands“ abgetrieben werde. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß ein Wohlstandsstaat soziale Notstände durch die Straffreiheit für die Tötung ungeborenen Lebens zu beheben versuche. Hinzu komme, daß die Straffreiheit häufig in einen Rechtsanspruch umgedeutet werde. Die Bischofskonferenz werde sich mit dem neuen Abtreibungsgesetz nie zufrieden geben, sagte der Kardinal. Überdies sei es ein Gebot der Stunde, der Familie mehr als bisher, die ihr gebührende Achtung und Anerkennung in der Gesellschaft zu sichern. Sie müsse vor der sozialen Deklassierung bewahrt werden.

Frauenhaus Kassel: „Uns reicht“

Kassel, 16.4. (taz). Seit Anfang des Monats halten die Frauen des Kasseler Frauenhauses ein Haus der Stadt besetzt. Die Frauen hatten zu dieser Notmaßnahme gegriffen, nachdem ihnen schon lange zugesicherte Gelder gesperrt worden waren.

Das besetzte Haus, ein ehemaliges Mädchenwohnheim, war im letzten Jahr von der Stadt Kassel für 170 000 DM renoviert worden und sollte ab 1. April dem Frauenhaus zur Verfügung gestellt werden. Bis auf die laufende Finanzierung schien soweit alles klar. Nach langen Verhandlungen schlug die Stadt dann plötzlich vor, das Frauenhaus nicht als Gesamtprojekt zu fördern, sondern die Arbeit über den umstrittenen und von allen Frauenhäusern umkämpften § 72 des Bundessozialhilfegesetzes zu finanzieren. Mehrmals teilten die Frauen den Herren der Stadt mit, daß sie diese Art der Finanzierung endgültig ablehnen. Darauf reagierte die Stadtverwaltung mit hartem Druck: die schon bewilligten 55 000 DM für die laufenden Kosten wurden vor 2 Monaten gesperrt. Und auch die schon letztes Jahr bewilligten 42 000 DM für die Erstaussstattung des Hauses bekommen die Frauen nicht ausgezahlt, wenn sie nicht einer Finanzierung über den § 72 zustimmen. Schließlich hatten es die Frauen satt:

„Wir haben es satt, uns in langen Verhandlungen zu zerfleischen. Unsere als Provisorium angemietete 3-Zimmer-Wohnung, in der wir seit anderthalb Jahren betroffene Frauen betreuen, ist hoffnungslos überfüllt. Darum haben wir das Haus jetzt besetzt. Unter den Augen der Presse und des Fernsehens sind wir mit 20 Frauen, davon drei Frauen und drei Kinder, die bisher in der Wohnung gelebt hatten, durch ein Kellerfenster eingestiegen.“

Räumen lassen will man das Haus

nicht, das wurde uns schon mitgeteilt, obwohl man natürlich unseren Schritt aufs Schärfste mißbilligt. Nachdem wir am 2.4. mit ca. 40 Frauen und einigen Kindern in einer SPD-Fraktionssitzung waren und den Abgeordneten erstmal erklärt haben, was wir wollen (die meisten waren trotz der 2-jährigen Verhandlungen total uninformiert) und mit ihnen diskutiert haben, ist uns nun ein Mietvertrag angeboten worden, nach dem wir monatlich 3 100 DM Miete bezahlen sollen. Natürlich können wir das Ding nicht unterschreiben, denn von unseren Mitgliedsbeiträgen und Spenden können wir das Geld wohl kaum aufbringen. Außerdem war in den früheren Verhandlungen immer die Rede davon, daß wir das Haus mietfrei wohnen könnten. In einem Gespräch mit der Stadt darüber wurde uns wieder gesagt, bei einer Finanzierung über den Landeswohlfahrtsausschuß sei die Bezahlung der Miete und der Nebenkosten kein Problem.

Sie versuchten uns auf alle Arten kleinzukriegen und zu erpressen. Aber wir haben im Moment die stärkere Position: Wir sitzen im Haus, und es wird bald voll sein. Einfach Rausschmeißen werden sie uns nicht. Wir dürfen uns nur nicht entmutigen lassen, obwohl wir sicher noch harte Kämpfe durchfechten müssen, bis wir Geld kriegen!“

Am 25. April wird eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfinden, in der u.a. auch über das Frauenhaus beraten werden soll. Das Frauenhaus finanziert seine Arbeit seit Sperrung der Gelder allein über Spenden und die Unterstützung von Fördermitgliedern. Viele Leute haben in den letzten Tagen von sich aus einfach Geld geschickt oder Sachen vorbeigebracht, Anwälte und die Stadtzeitung Kassel veranstalten Geldsammlungen. Trotzdem braucht das Frauenhaus natürlich weiter Unterstützung und Geld. Klar!

Hier die Adresse und Telefonnr. Frauenhausinitiative Kassel Postfach 10110335 Kassel Tel. 0561/86868

Atomkraft: Volksentscheid

Große Resonanz auf Petition der Courage

In ihrer Aprilnummer - Schwerpunkt: Atomkraft - hatte die aktuelle Frauenzeitung Courage eine Petition an den Bundestag veröffentlicht. Ziel der Aktion: ein allgemeiner Volksentscheid über die Anwendung von Atomenergie in der BRD. Unter anderem wird in der Petition die Zurücknahme der Betriebsgenehmigungen sämtlicher Atomkraftwerke gefordert. Aufgrund der starken Resonanz innerhalb weniger Tage erreichten mehrere Tausend Unterschriften die Redaktion in Berlin - hat sich die Courage jetzt entschlossen, den Einsendetermin für die Unterschriftenlisten bis zum 31. Mai zu verlängern. Spannend wird die Petition durch den allgemeinen Meinungsumschwung nach dem Harrisburg-Debakel. 59 Prozent der Bundesbürger und -bürgerinnen sind nach einer von der Zeit zitierten Umfrage für eine Volksabstimmung über Atomkraftwerke. 61 Prozent wollen einen Baustop für AKW's.

Die Courage-Frauen begründeten „in eigener Sache“ - ihre Aktion so: „Als wir den Artikel von Helen Caldicott über die Folgen der Atomkraft, den von Barbara über die Methoden der amerikanischen Atomlobby und den von Chrille über die gewöhnliche Strahlenbelastung am Arbeitsplatz lasen, wurde uns unser Bedrohsein, unsere Einflußlosigkeit auf die Atom-Politik überdeutlich. In Österreich konnte der Bau von Zwentendorf durch einen Volksentscheid gestoppt werden. (...) Wer denkt eigentlich, daß wir nicht abstimmen wollen.“

Abstimmen wollen, wie schon erwähnt, 59 Prozent aller Betroffenen, nur geht man von der rechtlichen Situation aus, so können sie nicht abstimmen. Zwar existiert in Hessen, Bayern und Bremen die Möglichkeit, ein Gesetz durch einen Volksentscheid zu Fall zu bringen, auf Bundesebene sieht es anders aus: es gibt keinen Volksentscheid.

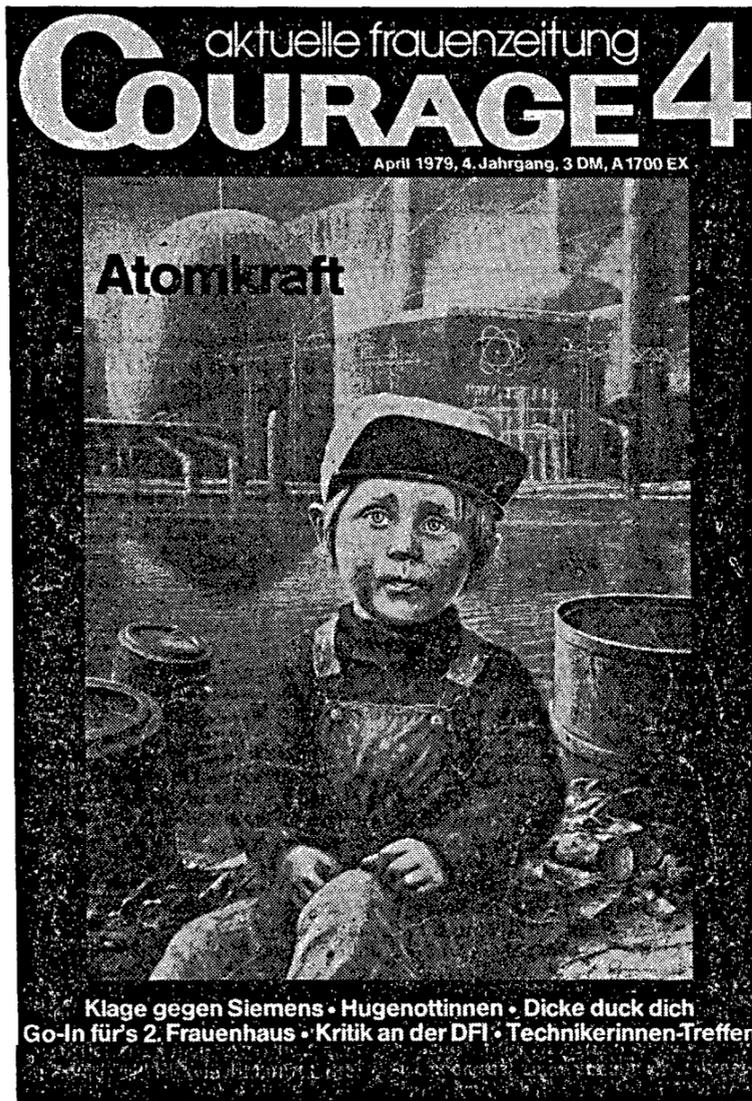
Die Courage-Frauen setzten sich mit Rechtsanwältinnen zusammen und gingen das Atomgesetz durch. Sie kamen zu dem Ergebnis, „daß unabhängig von der Frage, ob oder unter welchen Umständen Kernkraft verwendet werden darf, die Frage der Entschädigung in dem Gesetz neu geregelt werden muß.“ Da langfristige gesundheitliche Schäden durch Strahlen schwer diagnostizierbar sei, müsse die 3jährige Beantragungsfrist für Schadensersatzansprüche und die Verjährung der Ansprüche nach 30 Jahren abgeschafft werden. Ebenso sei die Festlegung der Haftungsgrenzen für Versicherungen auf 500 Millionen und die der AKW-Eigentümer auf eine Milliarde, angesichts der Zerstörung bei einem größeren Unfall ein Zeugnis politischer Ignoranz. Die Tatsache, daß Ausländer teilweise keinen Anspruch auf Entschädigung haben, hat, wie die Courage zeigt, dazu geführt, daß Firmen ihre Arbeitsplätze mit Strahlenbelastung vorzugsweise an Türkinen und Türken vergeben.

Petition nur ein kleiner Schritt

Bisher haben mehrere Alternativ-Zeitungen die Petition nachgedruckt, zahlreiche Frauengruppen, -buchläden und -projekte haben die Petition unterzeichnet. Die Redaktion der Tageszeitung war sich auch sofort darüber einig, die Initiative der Courage zu unterstützen. Allerdings muß unserer Meinung nach dabei klar sein, daß die Petition nur ein kleiner Schritt neben vielen anderen auf dem Weg zum Sturz des Atomprogramms ist. In Hannover hat sich gezeigt, wie viele es sind, die dem Atomstaat den Kampf erklärt haben. Hannover ist vorbei, in den nächsten Wochen wird sich herausstellen, welche Kontinuität der Widerstand hat. Möglichkeiten gibt es viele: in über 20 Städten haben sich Initiativen für einen Stromzahlungsboykott zusammengetan. Die Zahl und die Vielfalt der Aktionen, mit denen die Anti-AKW-Bewegung auf die Bohrungen in Gorleben reagierte, hat viele überrascht.

Noch ist Harrisburg in allen Köpfen und die Atomlobby in der Defensive. Die Politiker geben beschwichtigende Erklärungen ab, doch das kann sich schnell ändern. Je weniger die Atomgegner jetzt auf die Beine stellen, um so schneller werden die Atomfreunde wieder Oberwasser bekommen und den weiteren Ausbau der Atomenergie fordern und durchsetzen. Im Laufe dieses Jahres wird die Entscheidung über das Schlüsselprojekt Gorleben fallen. Eine historische Entscheidung, das ist keine Übertreibung. Eine Entscheidung - das ist schon fast zu oft gesagt worden - die unser Leben und das aller nachfolgenden Generationen bestimmen wird. Die Ökologieredaktion der TAZ wird ihr bestes dazu tun, eine Entscheidung für das Leben, eine Entscheidung gegen den atomaren Wahnsinn zu unterstützen.

M.S.



Hamburger Kirche besetzt

Interview mit Pfarrer, der dabel ist

Seit nunmehr zwei Wochen ist die Sankt-Petri Hauptkirche in der Hamburger Innenstadt besetzt. Am 2. April sollte der erste, im Zuge der sogenannten Grohnde-Prozesse, Verurteilte in den Knast. Helmut Oldefest, Eso, sollte für ein Jahr ins Santa Fu in Hamburg

Statt zum Knast fuhr die ca. 200 Leute umfassende Auto-Korso-Begleitung mit zur Kirche. Sie wollen die Kirche erst räumen, wenn ihre Forderungen er-

füllt sind: Zurücknahme aller Verurteilungen von AKW-Gegnern, Rücknahme der Zahlungsaufforderung, Stilllegung aller Atomanlagen. Eso hat sich am letzten Wochenende zusammen mit dem ebenfalls verurteilten Karl Winter nach Holland abgesetzt und politisches Asyl dort beantragt. In der Kirche übernachteten zur Zeit permanent ca. 100 Leute. Unter ihnen noch immer mehrere kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Mit einem von ihnen, mit dem Pastor Otfried Halver führten wir ein Interview:

Frage: Du hast die Kirche mitbesetzt. Warum?

Otfried: Wir waren in Hannover, weil wir uns als AKW-Gegner verstehen. Dort haben wir auch erfahren, daß Eso am Montag in den Knast soll. Wir erfuhren das per Flugblatt oder dadurch, daß Eso geredet hat. Daraufhin haben wir gesagt, da müssen wir mitgehen, das ist das mindeste, was wir tun können. Und ihn also im Autokorso zu begleiten...

Für die meisten ist das ein Teil einer relativ hilflosen Aktion gewesen, ihn zumindest nicht allein in den Knast gehen zu lassen. Wir sind dann auch überrascht gewesen, als er nicht nach Fuhlsbüttel ging, sondern zur Petri-Kirche, aber wir fanden diesen Entschluß genau richtig. Ich kann mich dann nur der allgemeinen Erklärung anschließen, daß diese Art von Widerstand gerechtfertigt ist und daß Eso zu Unrecht verurteilt worden ist.

Frage: Am Anfang der Besetzung hat Pastor Schlippe Eso mit einem Gnaden-gesuch an Ministerpräsident Albrecht unterstützt. Der Kirchenvorstand hat dann später die politische Schützenhilfe zurückgenommen und die Besetzer aufgefordert, die Kirche zu räumen, jedoch dabei auf einen Polizeieinsatz verzichtet, letztlich die traditionelle Duldung, die meist den Mächtigen hilft. Wie hast du dich in dieser Situation verhalten?

Otfried: Ich bin als einer der Besetzer ans Mikrofon gegangen und habe gefragt, wie die Meinung ist, ob sie drin bleiben oder nicht. Wir Pastoren waren uns völlig einig, daß wir in der Besetzung keinen Sonderstatus haben. Wir wollen Leben schützen und haben ein klares Nein zum Atomprogramm, deshalb fanden wir es richtig, in der Kirche zu bleiben. Frage: Gerätst du da nicht mit der Institution Kirche und der Kirchenleitung in Konflikt?

Otfried: Ja, sicher, aber wir nehmen das ernst, daß Widerstand zu leisten ist für das Leben gegen das Atomprogramm und konkret, Widerstand gegen die Gefangennahme von Eso. Verstehst du dich dabei mehr als Pastor oder als einer, der Widerstand leistet? Otfried: Du, ich kann das nicht trennen, ich würde an dieser Stelle lieber die Rolle als Pastor rauslassen. Als Jugendpastor habe ich so etwas wie einen Spezial-

auftrag und diese Arbeit tue ich natürlich auch in politischen Zusammenhängen. Aber an dieser Stelle habe ich den Pastor gebracht, weil ich mir gesagt habe, hier steht ein Pastor, nämlich der Pastor Schlippe, der sagt: „Leute, ihr müßt raus.“ Und dann sag ich, als mitbesetzender Pastor: „Leute, ich bleibe hier drin.“ Ich verstehe mich hier als bewußt politischer Christ. Ich fühle mich auch als jemand, der arbeitet, wie andere, der aber eine klare Stellungnahme bezieht und wozu ich jeden Menschen aufmuntern möchte.

Frage: Eso ist inzwischen nach Holland gegangen, nicht zuletzt, weil der Kirchenvorstand die politische Unterstützung zurückgenommen hat. Der ursprüngliche Aspekt, Eso durch und in der Kirche zu schützen, ist nicht mehr da. Hältst du eine weitere Besetzung noch für sinnvoll?

Otfried: Ja, die ursprünglichen Forderungen sind über Eso hinausgegangen: Rücknahme der Zahlungsaufforderung und Rücknahme der Urteile. Und diese Ziele bestehen weiterhin. Dann gibt es noch die große gesellschaftliche Institution Kirche, die bislang wirklich sehr vorsichtig, um nicht zu sagen, parteisch für die andere Seite eingetreten ist. Ich wünsche mir, daß hier eine klare Parteilichkeit formuliert wird, damit auch in der Kirche diese Debatte laufen kann, und damit dann die Diskussion in der Gesellschaft verstärkt angesetzt ist.

Frage: Glaubst du, daß die Institution Kirche genügend Druck für eine Zurücknahme der Verurteilung ausüben kann und will?

Otfried: Ich meine nicht, daß das die Institution Kirche ist, sondern die Petri-Kirche mit den Besetzern und sei es den Leuten aus der Gemeinde, die sich anschließen oder andere.

Frage: Kann das jetzt über die Kirche überhaupt noch hinausgehen? Wo beeindruckt es die Herren, die über die Amnestie der von AKW-Gegnern zu entscheiden haben?

Otfried: Ich meine schon, daß das eine weitergehende Bedeutung hat. Da ist die Öffentlichkeitswirksamkeit. So wie es augenblicklich ist, werden von den Besetzern Veranstaltungen gemacht und Informationen gegeben. So ein Forum und Zentrum, wo Auseinandersetzungen möglich sind, wirkt im Moment anders als Demonstrationen, die die Innenstadt zur Genüge kennengelernt hat. Da kommen viele Menschen vorbei, die reden, spenden, und die empören sich auch, aber die merken, daß das wirklich ernstzunehmende Menschen sind.

2835 Reaktorpannen in einem Jahr

New York, 15. April (afp) In den amerikanischen Kernkraftwerken sind nach jüngsten Angaben der US-Atomenergiebehörde NRC im vergangenen Jahr 2835 Störfälle aufgetreten. In jedem US-Kernkraftwerk mußte 1978 der Betrieb aus Sicherheitsgründen mindestens einmal unterbrochen werden, wie aus der NRC-Statistik hervorgeht. Die Unterbrechungen variieren je nach Ausmaß der Störungen zwischen mehreren Stunden und mehreren Monaten. Im Durchschnitt war die Kapazität der Kernkraftwerke in den Vereinigten Staaten im Jahr 1978 zu 67,2% ausgelastet. Den höchsten Auslastungsgrad hatte das Kernkraftwerk von Connecticut Yankee mit 97,7%. Die geringste Auslastung wies die Anlage von Trojan (Oregon) auf, die auf Grund einer Schließung wegen Überprüfung ihrer Erdbeben-Resistenz 1978 nur 17,6% ihrer Kapazität ausnutzen konnte.

Demonstration für AKW-Stilllegung

Eine breite Aktionseinheit der verschiedensten Gruppen und Organisationen Norddeutschlands hat zu einer Demonstration am Samstag den 21. April in Brunsbüttel aufgerufen. Mit der Demonstration soll die sofortige endgültige Stilllegung des unfallgebüttelten Atomreaktors in Brunsbüttel unterstützt werden, der seit einem Unfall am 18. Juni 78 stillsteht.

Neben alles BI's gegen Atomanlagen in Schleswig Holstein, einigen BI's in Niedersachsen und Hamburg ist auch der Landesverband der Jusos in Schleswig Holstein und die Aktionsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mit von der Partie. Ebenfalls dabei die Bunte Liste Hamburg, die Liste Demokratie und Umweltschutz (LDU), der schleswigsche Wählerverband sowie die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Kommunistische Bund (KB). Um 13 Uhr soll es auf dem Marktplatz in Brunsbüttel losgehen. Gegen 18 Uhr ist die Abschlußkundgebung vor dem Reaktor vorgesehen. Die Veranstalter rechnen mit über 10 000 Teilnehmern.

An den deutschen Bundestag

Postfach
5300 Bonn

Petition

- Die Unterzeichneten verlangen: da die Errichtung und der Betrieb sowie die Entsorgung von KKW-Anlagen nicht zu sichern ist, wird der § 7 des Atomgesetzes (AtG, Bundesgesetzblatt Nr. III 751-1) in der Weise angewandt, daß keine Betriebsgenehmigungen für KKW-Anlagen mehr erteilt werden.
- Die Unterzeichneten verlangen, daß gemäß § 17, 5 AtG die Betriebsgenehmigung für sämtliche Kernkraftwerke zurückgenommen wird, da die Sicherheit in den Anlagen und ihrer Umgebung nicht gewährleistet ist.
- Die Unterzeichneten verlangen einen allgemeinen Volksentscheid in der Bundesrepublik Deutschland über die Anwendung von Atomenergie und damit die Änderung derjenigen Gesetze, die einem solchen Volksentscheid entgegenstehen.
- Unabhängig von künftigen Schließungen von Kernkraftanlagen verlangen die Unterzeichneten eine Änderung des Atomgesetzes in folgenden Punkten:
 1. § 32 legt die Verjährung von Schadensansprüchen auf 30 Jahre und die Frist zum Einreichen eines Schadensanspruches auf 3 Jahre nach Bekanntwerden des Schadens fest. Wir fordern die Aufhebung der Verjährungs- und Antragsfrist
 2. § 14 AtG legt die Haftungsgrenzen für Versicherungen auf 500 Millionen, für Eigentümer von AKW-Anlagen auf 1 Milliarde (§ 31 AtG) fest. Wir fordern die Aufhebung der Haftungsbegrenzung.
 3. § 38 AtG schließt Ausländer/innen von der Entschädigung aus, deren Länder keinen entsprechenden Vertrag mit der BRD geschlossen haben. Wir fordern, daß alle gleichen Anspruch auf Entschädigung haben - unabhängig von Nationalität, Wohnort oder internationalen Verträgen.
 4. Wir fordern die Geltung sämtlicher Entschädigungsregelungen auch im medizinischen Bereich.
- Die Unterzeichneten verlangen, daß das „überwiegend öffentliche Interesse“ (§ 7, 6 AtG) an der Reinerhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens - hierzu gehören ebenso Salzstöcke u.ä. - absoluten Vorrang hat. Dazu gehört erst recht die „Reinerhaltung“ des Menschen von radioaktiven Strahlungen, von denen im § 7 AtG nicht einmal die Rede ist.

Name: _____ Straße: _____ Wohnort: _____ Unterschrift: _____

Zur Begründung der Petition vgl. „In eigener Sache“, S. 2
Bitte unterschrieben schicken an: Courage, Bleibtreustr. 48, 1000 Berlin 12

Wochenspiegel

MIT MARKTBERICHTEN UND REPORTAGEN

Überparteiliche Zeitschrift für Werbung und Public Relations

4. Jahrgang

Ausgabe 12

19. März 1979

Auflage 400 000

Deutschen Bürger am Schlawifflchen gepackt

Gefälschtes Werbeblatt im Raum Nürnberg

Taz, Nürnberg, gekürzt. Eine unbekannte Gruppe verteilte in Nürnberg eine 8-seitige gefälschte Werbezeitschrift: „Wochenspiegel“.

Der „Wochenspiegel“ ist das Propagandablatt eines Großkonzerns, das wöchentlich mit 400 000 Auflage im Großraum Nürnberg/Erlangen/Fürth verteilt wird! In einer Erklärung der Fälscher heißt es: „Neben Sonderangeboten, Werbung und Billigstangeboten wird im Stil von Regenbogen-illustrierten... eine schwarzbraune Brühe ideologischen Kunterbunts angeboten. Mit dieser Fälschung versuchen wir in die Kontinuität der Erscheinungsweise und ihrer von allen hingehommenen Selbstverständlichkeit einzubrechen, versuchen wir in der privaten Sphäre des Haushalts... zu verunsichern...“ Die Aktion sollte sich aber auch gegen den Kaufmarkt selbst richten, „seine verlogene soziale Rechtfertigung und Selbstverherrlichung... womit er an der Aufrechterhaltung der Herrschafts- und Machtstrukturen im Innern, im psychischen Bereich beteiligt ist. Seine äußere Macht wird der Kaufmarkt in der Verfolgung der Fälscher einzusetzen wissen. Ein Spiel, das uns reizt, denn sie wissen nicht, wer wir sind!“

Unter der Überschrift: *Warum nicht immer Urlaub?* gehen die Fälscher auf die Diskussion der 35-Stunden-Woche ein, in der die Position des Original-Wochenspiegels angegriffen wird: *„Für nicht ganz gesund wird der Bürger aber sowieso gehalten, denn der Wochenspiegel weiß heute schon zu prophezeien, daß die Arbeiter nichts mit ihrer freien Zeit anzufangen wußten - Der Fußballsamstag genügt halt doch nicht ganz, um uns ein erfülltes Wochenende zu bescheren“ (Originalzitat). Also vertreiben Sie Ihre Langeweile durch Arbeit! Des Rätsels Lösung ist gefunden: Arbeiten Sie schneller, arbeiten Sie besser, arbeiten Sie bei Kauf-Markt! - Arbeiten macht freilich!“* Die Autoren machen aus den Konsequenzen ihrer Vorstellungen keinen Hehl und sind bereit die sicherlich biederen Leser des Wochenspiegels zu schockieren, wenn sie für die *„Abschaffung der Arbeit, wie sie in unserem Lande praktiziert wird, überhaupt sind“*. Die Kritik der Wochenspiegel-Position zur 35-Stunden-Woche, die sich diese nur im Zusammenhang einer Arbeitsintensivierung vorstellen können, was wiederum einige Arbeitnehmer dazu veranlaßte, öffentlich gegen die gewerkschaftliche Forderung zu argumentieren, wird zur Kritik der Arbeit selbst: *Nehmen Sie es hin, ein Drittel Ihres Lebens mit Arbeit zuzubringen und die übrigen zwei Drittel zu verpfuschen, weil Sie sich von Ihrer Arbeit erholen müssen?“* Dann: *„Die Zeit der Arbeit ist verlorene Zeit, die Ihnen zum Leben fehlt und einige von den intelligenten Arbeitslosen sind auch schon auf den Geschmack gewonnener Zeit gekommen, einer Zeit, die man ohne Zweifel nützlicher und befriedigender verbringen kann.“* Das Wie wird hier offen gelassen, es wird nur geraten, *„das Experiment der Nicht-Arbeit zu wagen“*. Das Problem einer alternativen,

individuellen Reproduktion wird dabei nicht behandelt, in dem Artikel scheint es in erster Linie darum zu gehen, diejenigen aus ihrer Existenz herauszubrechen, die sich ihr Leben nur noch als Arbeit vorstellen können. Was dieses Leben wirklich ist und sein kann, wird sich in der Abschaffung der Arbeit unmittelbar zeigen, erst dann wird das Problem einer „anderen“ Arbeit sichtbar werden können.

In einem weiteren Artikel mit dem Titel *„Die Welt und die schaurigen Geschehen“* werden die Ergüsse des Wochenspiegels zu den Ereignissen im Iran aufgegriffen. Originalton des Wochenspiegels unter einem Bild tanzender Disco-Jünger a la John Travolta: *„Die ausgelassene Jugend Teherans ist für die mittelalterlichen Vorstellungen der Mullahs heute kaum mehr zu haben. Inzwischen gibt es auch die ersten Demonstrationen für den Schah.“* Auf dem Artikel geht es nicht um die Freude um eine zunichte gemachte Hoffnung, sondern um die Haltung des deutschen Bürgers dazu, die ironisierend offen gelegt wird, denn der deutsche Bürger ist zwar erschüttert über die Ereignisse im Iran, *„aber der deutsche Bürger ist unerschüttert in seiner Meinung, daß es um den Fortschritt und die Demokratie geht und da kann man schon mal mit faschistischen Mitteln zu greifen. Wie gesagt, greifen Sie zu, der Kauf-Markt bietet Ihnen (fast) alles und denken Sie daran, mit jeder Ware kaufen Sie sich auch Ihr Weltbild, dazu: das unerschütterliche Vertrauen in unsere legitimen Repräsentanten von Politik, Staat, Ware und Werbung, und dazu eine kleine Illusion mit den üblichen großen Folgen: Die kleine Illusion von Freiheit und Abenteuer erwacht im Kater Montag früh auf der Arbeit, in Ihrer Unzufriedenheit, Ihrem Fernseher, Ihrer Langeweile, überall wo Ihnen die Leere entgegengähnt.“* Hier sind wir wieder in der privaten Sphäre der Alltäglichkeit angelangt, denn der Nervenkitzel, den Wochenspiegel zu liefern glaubt, wenn er von *„dunklen Mächten irgeleiteter Massen“* berichtet, wird in dieser privaten Sphäre konsumiert. *„Auch wir können zu dem Nervenkitzel etwas beitragen, wenn wir Ihnen sagen, daß die Abschaffung des Schahs nur die minimalste Forderung sein konnte, der sich die iranische Revolution bedienen konnte. Wir sagen Ihnen, daß die Revolution mit allen großen Leuten der Politik aufdrängen muß, um eine wirkliche soziale Revolution zu sein, in der sich die Menschen frei bewegen, ohne auf die Uhr sehen zu müssen.“* Ein Stück Neuland, denn es wird sich auf keine Tradition berufen, ein Stück Utopie, die nur ihre Bedingungen und Voraussetzungen nennt und ein zukünftiges Moment der Verwirklichung in den Träumen zu finden glaubt. *„Haben Sie Ihrem Chef im Träumen nicht schon mal die Fresse poliert? Für Ihre individuelle Befreiung, die man nicht zu hoch einordnen kann - ein großer Schritt; sollten Sie ihn gehen, dann sollten Sie aber nicht vergessen, daß Sie ein Feld von Schwierigkeiten und Streits betreten, die Ihnen aber sowieso nicht erspart bleiben.“*

In der Bezugnahme auf den Traum, wie in der Anwendung eines automatischen Textes, in dem die Sinn- und Zusammenhanglosigkeit der Ergüsse vergangener Wochenspiegel collagiert und in lächerlicher Form dokumentiert werden, wird eine gewisse surreale Methodik fruchtbar gemacht, die in diesem Zusammenhang und durch ihre Intention Kritik von theoretischer Abstraktion löst und auf surrealer Ebene verschärft. *„Der exotische Kaufmarkt ist ein reichhaltiger Bommerlunder mit einem waghalsigen Orden und den Händen voll Blut“*, heißt es in der vollautomatischen Zusammenfassung der letzten Wochenspiegel.

Im Artikel *„Was Sie endlich wissen sollten!“* wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß der *„Wochenspiegel ein Nichts ist, das nicht annähernd das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wird.“* Emphatische Geste, wenn die Fälscher *„Die uneingeschränkte Wahrheit über die Vergötzung der Ware hinschleudern. Begreifen Sie oder sterben Sie in der Unendlichkeit der Langeweile, die die Ware Ihnen schon immer gegeben hat.“* Kaum anzunehmen, daß jemand begriffen hat, denn wie es scheint, hat der Bürger und gerade der Wochenspiegelleser im Konsum des zugesicherten Überlebens seinen angenehmen Tod bereits gefunden.

Erheiternd sind die Berichte *„Aus der bunten Welt“* und die angebotenen Preisdrücker. Vielleicht war es für manche nicht nur ein Lächeln wert, sondern auch eine Überlegung, wenn da steht: *„Lieber Wüstenrot als tot: Verstümmeln Sie nicht jetzt schon den einmalig günstigen Bausparvertrag für Ihren Atom-bunker abzuschließen.“* Oder: *„Für unsere jungen XY-Hobby-Fahnder ab 12: 1 Original Kripokinderausweis mit Dienstpistole (9 mm). Nur 19.95 DM.“*

In der Rubrik *„Küchenmeister-Tip der Woche“* finden sich schließlich *„Gegrillte Unterhosen für 6.95 DM“*.

Wenn es in der Linken um mögliche Formen von Praxis und Intervention geht, so reduzieren sich diese meist auf das linke Milieu selbst. In den Universitäten leben die Organisationen per

...mit filter gibt es jetzt für 2,50 DM das richtige Foto-Film-Magazin für alle Leute, die mehr Spaß und Befriedigung mit der eigenen Arbeit, als beim Konsum bunter Bilder großer Stars haben!

filter - Postfach 5 - D-5758 Maimaschaff
filter gibt es an jedem größeren Zeitungskiosk oder im - jederzeit wieder kündbaren - Abonnement!

Flugblätter für sich selbst und ihre Mitglieder, fast die gesamte alternative und linke Presse ist lediglich Bestandteil eines wie immer gearteten Milieus und selbst die Tageszeitung dürfte über einen, wenn auch größeren Kreis linker Leser nicht hinauskommen. In dieser Situation ist das Mittel der Fälschung und Entwendung noch eine der interessantesten Formen direkter Aktion, umkonditioniertes Verhalten und Gewohnheiten von Bürgern anzukratzen und diese auf eine ungewöhnliche Ebene der - wenn auch zwangsläufig eindimensionalen - Kommunikation zu führen. Inwieweit die von den Verfassern der Fälschung intendierte Verunsicherung der Bürger eingetreten ist, ist letztlich eine spekulative Frage. Am wohl eindeutigsten und aufschlußreichsten reagierte der Original-Wochenspiegel drei Tage nach der Aktion:

Jazz im Hochschulstudium

Jazz-haus-Initiative in Köln

Köln, 16.4. (taz). An bundesdeutschen Musikhochschulen galt Jazz lange Zeit, vor allem bei MusikschülerInnen, als verpöht oder wurde wenigstens kaum beachtet.

Das scheint sich, nachdem in anderen Ländern (Holland, Italien) schon seit langem Jazz an den Hochschulen angeboten wurde, auch in Deutschland zu ändern. An Europas größter Musikhochschule Köln soll es mit dem WS 79/80 endlich einen fest eingerichteten eigenen Studiengang für Jazz geben. War es zwar bisher schon vereinzelt möglich, an manchen Musikhochschulen Jazzseminare zu belegen, so sollen jetzt in Köln eigens dafür hauptamtliche Lehrbeauftragte eingestellt werden. Gedacht sind zunächst an Dozenten für Bass, Schlagzeug, Klavier und auf Vorschlag der „Jazzhausinitiative“ auch Gitarre, Posaune und Saxophon. (Schlagzeug, Bass und Klavier werden schon im SS 79 seminarische angeboten.)

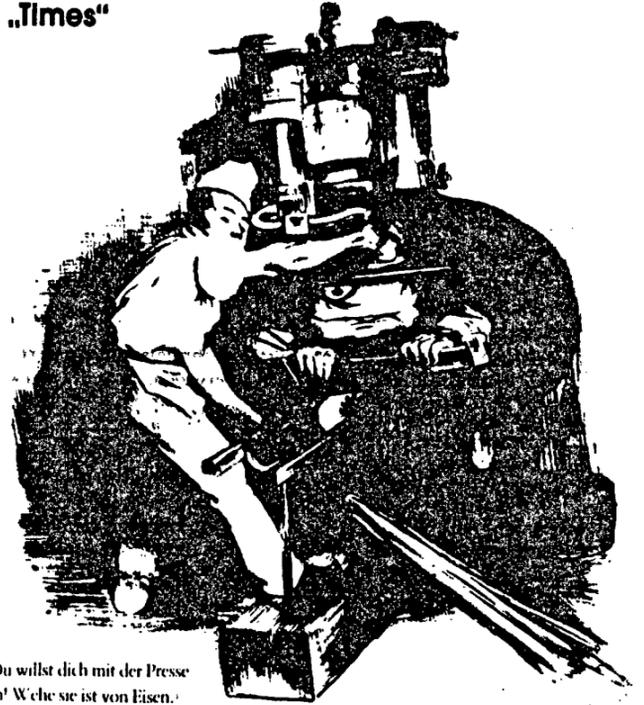
Die Kölner „Jazzhausinitiative“, die sich im Sommer 78 größtenteils aus Musikern der Kölner Musikhochschule bildete, hat an dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil. Aus der Initiative geht auch die neu gegründete „Jazz-Haus Big-Band“ unter der Leitung von Jo-

achim Ulrich hervor, die Ende März bei einem gemeinsamen Auftritt mit der Peter Herbolzheimer „Rythm Combination & Brass“ dem kritischen Kölner Publikum euphorischen Beifall abverlangte. Zu den Zielen der Jazzhausinitiative, die übrigens als eingetragener Verein die Gemeinnützigkeit anstrebt, gehören neben der Organisation von Konzerten die Verbesserung der pädagogischen Voraussetzungen für Musikausbildungen, die Durchführung von Jazzkursen und die Förderung des Jazz in der BRD überhaupt.

Daß im Fahrwasser des Erfolges bisweilen aber auch Eisberge lauern, mußte die Initiative schon bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten feststellen, denn auch die bürgerlichen Vertreter des herrschenden Musikbetriebs, in Köln, Gigi Campi (Eisdielebesitzer), Dieter Flihm (Architekt und Musiker) und Vera Brandes (Veranstalterin und Managerin), bewarben sich in ähnlicher Absicht um das selbe Projekt. Es wird sich zeigen, ob auch hier der Jazz zum kreativitätskastrierenden Kommerz ökonomischer Spekulation werden soll oder ob er seinen hohen Stellenwert beibehalten kann. - Das Publikum wird entscheiden.

Die Königin der Meinungswelt

Zum Wiedererscheinen der „Times“



Aha! Du willst dich mit der Presse anlegen? Wehe sie ist von Eisen.

Berlin, 17.4. (taz). Als im vergangenen Winter die englische Tageszeitung „The Times“ nach fast 200 Jahren wegen finanzieller Schwierigkeiten ihr Erscheinen einstellte, wurde dieser Vorgang vielfach beweielt. Der Ruf zur Rettung des „Kulturortes“, das diese Zeitung darstellte, blieb nicht ohne Echo. So wurde für den heutigen 17. April ihr Wiedererscheinen angekündigt. Wird dieser 17. April also ein Markstein in der Geschichte der öffentlichen Meinung sein, weil an diesem Tag die Mumie der alten Pressekönigin zur Schau gestellt wird? Wohl kaum, denn das Wiedererscheinen wurde auf den 22. April verschoben! - Hier einige geschichtliche Tatsachen zur Bedeutung der „Times“:

„The daily universal Register Printed by His Majesty's patent“ war 1785 vom Buchdrucker John Walker auf den Londoner Markt gebracht worden und erschien ab 1788 unter dem Namen „The Times“ (die Zeiten). Unter einem jüngeren J. Walker (1802 - 1847) wurde „The Times“ zur angesehensten Zeitung Englands und zum Vorbild des internationalen Pressewesens. Als die Regierung der Zeitung die Benützung der regierungseigenen Schiffe für den Nachrichtenverkehr untersagte, richtete Walker einen eigenen Nachrichtendienst mit Fahrzeugen, Brief- und Eilboten ein.

„Unabhängig“, „sachlich“ und „nüchtern“, diese Grundvorstellungen presste „The Times“ ins Bewußtsein der Zeit. Dabei kitzelte sie den Spaß an der eigenen Meinung, durch die Einrichtung von Spezialspalten für Kommentare. *Jedermann informierte sich und jedermann bilde sich seine-vernünftige - Meinung. Niemand sei ausgeschlossen von der öffentlichen Meinung, die im Wortspiel der Kommentare die Welt beurteilt. Niemand? Niemand konnte ruhig ausgeschlossen werden, denn niemand*

war in Massen unter Tage und mit Produktion der Grundlage des Verkehrswesens beschäftigt, das John Walker und seine Angestellten ihre Unabhängigkeitsvision ausleben ließ.

Lessing, dessen 250. Geburtstag in der deutschen Presse just an dem Tage gefeiert wurde, als „Holocaust“ ins öffentliche Bewußtsein transportiert wurde - Lessings Jugenddrama über „die Juden“ wurde jahrzehntelang nicht in einer modernen Bearbeitung aufgeführt - inaugurierte einen möglichen Journalismus als Abfallprodukt schöpferischer Kultur: *„Niemand wir leugnen wollen, daß...Ich bin dieser niemand. Ich leugne es geradezu...“* (wer's nachlesen will: 17. Literaturbrief, 1759).

Das Scheitern solchen Journalismus', der, gemessen am Entwicklungsstand der Ökonomie, wie eine Frühgeburt erscheint, konstatierte der alte Goethe, indem er die Rezeption des westlichen Pressewesens in Deutschland tadelt: *„Ein Volk, das ein ‚Morgenblatt‘ eine ‚elegante Zeitung‘, einen ‚Freimütigen‘ hat und Leser dazu, das ist schon rein verloren.“*

Dagegen setzte sich die Tradition jener Nüchternheit und Unabhängigkeit, den die „Times“ repräsentierte, fort. Als in einer Reihe von englischen Zeitungen 1890 eine Europakarte abgedruckt wurde, die zeigt, wie Europa nach dem Weltkrieg (!) aussehen würde - mit dem Hinweis „Raum für sozialistische Experimente“ im europäischen Osten übri-gens - da befaßte sich die „Times“ nicht mit solchen sumpfjournalistischen Produkten: *„Unabhängig“, „überparteilich“, wie es sich für eine Königin gehört.“*

(Die Europakarte von 1890 findet man in: Renate Riemek, „Mitteleuropa - Bilanz eines Jahrhunderts“)

Liebe Wochenspiegel-Leserin, lieber Wochenspiegel-Leser,

am vergangenen Wochenende fanden einige von Ihnen im Briefkasten eine einfältige Nachahmung unseres beliebten Wochenspiegels.

Lassen Sie sich nicht täuschen!

Das war nicht der Wochenspiegel, sondern das Erzeugnis irgendwelcher politischer Wirkköpfe, gegen die wir Strafantrag gestellt haben. Leute, die kein vernünftiger Mensch in unserem Land ernst nimmt, wollen durch die widerrechtliche Verwendung der bekannten Aufmachung des Wochenspiegels Ihre Aufmerksamkeit für Ihr Irreales, wirres Geschwätz finden.

Machen Sie es wie wir, werfen Sie das primitive Machwerk einfach in den Papierkorb!

Ihr Wochenspiegel und Ihr KAUF-MARKT

Die Erhebung in Nicaragua

-Die ersten Tage des Bürgerkrieges- Leo Gabriel (Esteli)

Am Sonntag, dem 8. April, nahmen etwa 300 Guerrilleros der Sandinistischen Befreiungsfront (FLSN) die 150 km nördlich der Hauptstadt Managua gelegene Stadt Esteli (40.000 Einwohner) ein. Damit begann dann die entscheidende Offensive für den Sturz des Diktators Antonio Somoza, der über Ostern Nicaragua in Richtung USA verlassen hatte.

Laut FLSN war für die Abwesenheit Somozas mit einem Militärputsch zu rechnen, der das Ziel haben sollte, in den nächsten zwei Jahren die Bedingungen dafür zu schaffen, daß Somoza die 1981 angehende Präsidentschaftswahl gewinnen kann.

Die FLSN und die Patriotische Front teilten mit, Beweise für die Planung des Putsches und des amerikanischen Einverständnisses durch das US-Außenministerium und des Pentagon zu besitzen.

Bereits im September 1978 hatten sich die Städte Esteli, Leon und Massaya über mehrere Wochen gegen die Diktatur erhoben. Der gegenwärtige neuerliche Aufstand hat drei weitere Städte im Norden des Landes übergriffen: El Sauce, Condega und Achapas.

Die FLSN fordert alle demokratischen Kräfte in der Welt auf, sofortige wirksame Hilfe zum Sturz von Anastasio Somoza zu leisten.

Wie der Bürgerkrieg begann, berichtet Leo Gabriel aus Esteli:

Die Guerilla, die seit der Erhebung im September 1978 in den Bergen geblieben war, hat begonnen, in die Städte zurückzukehren und startet dort und an den Verkehrsadern die endgültige Offensive. Bisher hatten sie die Taktik des Ausweichens verfolgt, um sich zu organisieren und militärisch auszubilden. Eine erste Probe war der Angriff von 80 Guerrilleros auf das Dorf Jicaro unter dem Grenzgebiet mit Honduras zu einer in den letzten Märztagen. Die Kaserne wurde eingenommen und sieben Wachposten (Guardias) getötet. Als Folge des Angriffs auf Jicaro kam es im bergigen Grenzgebiet Honduras zu einer Reihe von Zusammenstößen. Die Nationalgarde, die sich mit der Hauptmacht der Guerrillas an der Nordfront konfrontiert glaubte, zog sich mit 500 Leuten auf eine Hacienda Somozas, etwa 10 km von der Grenze entfernt, zurück. German Pomares legte einige Hinterhalte an und wich in den Urwald von Jinotega zurück, als der Druck der Soldaten unerträglich wurde. Von dort kehrte er im großen Bogen wieder an die Stelle der ursprünglichen Operation zurück.

Miguel Angel oder Ruben, wie einige ihn nennen, war der Kopf der Erhebung hier in Esteli. Er befindet sich sechs Kilometer außerhalb der Stadt und koordiniert per Radio die Offensive mit den anderen Regionen des Landes. Hier werden, aus an beiden Enden geschlossenen Rohren, Granaten hergestellt, die fünf Dynamitladungen enthalten, die Patronen und der Verbandsstoff werden verteilt, Medikamente und blutstillende Mittel. In den Städten und vor allem in Esteli, wohin in den letzten Monaten erfahrene Guerrilleros von den Bergen zur militärischen Ausbildung der Stadtbevölkerung gekommen waren, haben sich die bewaffneten städtischen Kampfgruppen in Sicherheitshäusern versammelt und erwarten dort die Kämpfe.

In der bergigen Gegend zwischen Esteli und Leon verlassen die Guerrilleros die monatelangen Verstecke und treten offen mit Wagen und Pferden in Erscheinung, mit denen sie ihre Ausrüstung transportieren.

Am 7. April um sechs Uhr morgens finden die ersten Zusammenstöße in Condega zwischen einer Guerillatruppe unter Befehl von Rene und den kleinen Kasernenbesetzungen von El Sauce, San Nicolas und Limay statt. In Condega, wo mit Beginn der Kämpfe sofort die Luftwaffe eingreift, verlieren die Guerrilleros den ersten ihrer Leute. Ein Bauer stirbt, als er durch eine Granate seinen linken Arm verliert und verblutet, bevor ihm geholfen werden kann. In El Sauce wie in Condega gelingt es den Guerrilleros nicht, die Kasernen einzunehmen und sie ziehen sich nach Beschaffungsaktionen in den Banken und Ausschaltung einiger Wachposten zurück. In El Sauce umzingeln die Guerrilleros die Kommandozentrale und schütten—verschanzt hinter einigen umstehenden Häusern—Benzin und Molotowcocktails in die Zentrale mit der Absicht, sie anzuzünden. Das schlägt jedoch fehl, da die Guardia über Wasserbomben verfügt und das Feuer im Keim ersticken kann.

An der Straße von Esteli nach El Sauce errichtet die Gruppe von Froilan einen Hinterhalt in der Erwartung, daß die Guardia von Esteli Verstärkung anfordert. Das Kommando wartet dort Samstagabend und den ganzen Sonntag, den 8., doch umsonst. Daraufhin beschließen sie, in kleinen Gruppen in die Stadt hinunterzuziehen, in der seit drei Uhr gekämpft wird. Um diese Zeit waren in Esteli die ersten Guerrilleros eingetroffen, die zwischen den Häusern aus Lehm und Brettern herumkriechen und die Patrouillen angreifen, die das Viertel El Calvario nach Waffen durchsuchen.

Bereits am frühen Morgen hatte sich 20 Kilometer nördlich der Stadt ein Kampf ereignet, als die Nationalgarde auf eine Gruppe von 30 Sandinisten stieß, die eine Angriff auf die Stadt für den Abend vorbereiteten. An diesem ersten Kampf nahmen etwa 60 Soldaten mit Unterstützung eines Panzerwagens und zweier Flugzeuge teil. Die Guerrilleros mußten sich in die Berge zurückziehen und erreichten Esteli daher mit mehr als 24 Stunden Verspätung.

In Esteli, der Stadt, die sich während der letzten Erhebung zwei Wochen lang hielt, nahmen die städtischen Kampfgruppen zur Unterstützung der Guerrilleros aus den Bergen den Kampf auf, und die Gefechte verbreiteten sich schnell. Die Nationalgarde hatte nicht mit einem derart breiten Angriff gerechnet. Sie wurde von raketenbestückten Düsenjägern T-33 unterstützt. Der Kampf endete um 6 Uhr abends, als das Kommando sich zurückzog und dabei fünf Guardias allein auf einem Grundstück im Armenviertel El Calvario zurückließ. Die fünf Guardias kämpften die ganze Nacht, obwohl vom Kommando kein Versuch unternommen wurde, ihnen zu helfen. Erst im Morgengrauen drei von ihnen sterbend herausgetragen, während die anderen beiden fliehen konnten. Im Verlauf des Kampfes waren sie von den Sandinisten mehrmals aufgefordert worden, sich zu ergeben: „Macht euch klar, daß ihr für 60 Pesos kämpft, während wir es für die Freiheit Nicaraguas tun.“ Oder, womit die Sandinisten die Soldaten nervten: „Warum sind die Offiziere nicht bei euch, wo ist euer Kommandeur?“

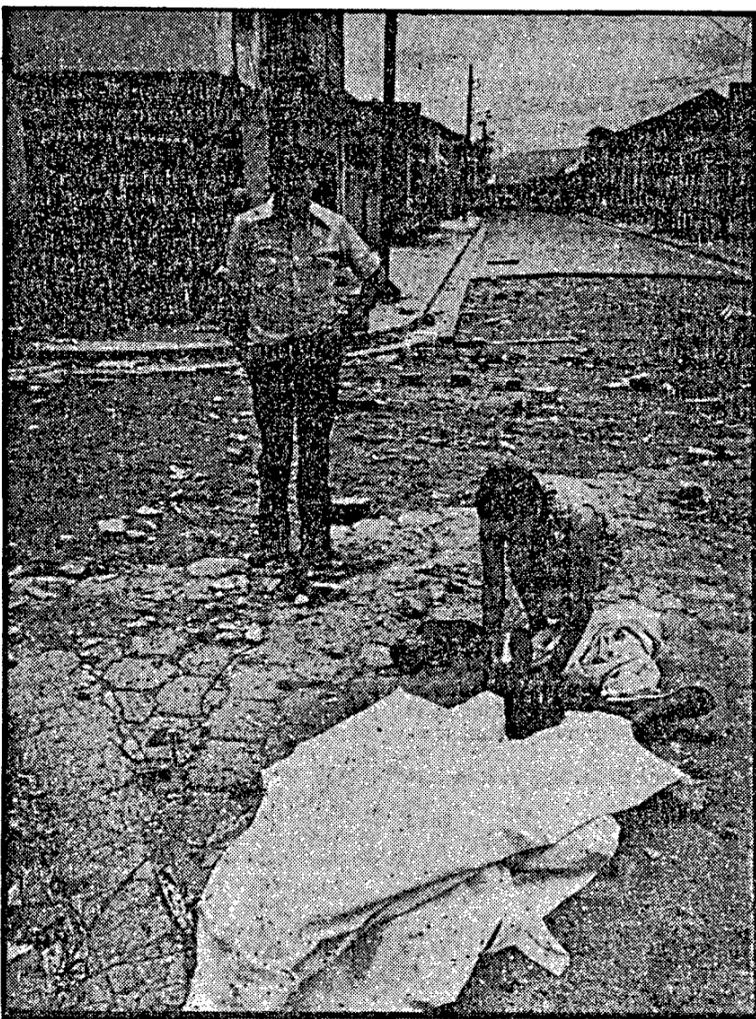
Im Verlauf des Montag, dem 9., fanden keine größeren Zusammenstöße statt. Die Guerrilleros versuchten, mit Dynamitgranaten die Soldaten aus der Telefonzentrale zu vertreiben. Am Morgen war die Stadt voll von Barrikaden. Die Nationalgarde kontrollierte nur noch die Umgebung ihrer Kommandozentrale. Sie hatte Freischärler im Turm der Kathedrale, im zweiten Stock der Bank of America und im Telcor-Gebäude postiert.

Die Nationalgarde wich keinen Zentimeter. Sie beschränkte sich darauf, auf der Panamericana zu patrouillieren, wo in Südrichtung fünf Truppenlastwagen und ein Panzerwagen abfahren, möglicherweise um die Guardia von La Trinidad zu unterstützen, die am Montagmorgen von Guerrilleros angegriffen wurde.

Im Gegensatz zur Erhebung im September hat die Guerilla diese mal Züge, die sie weitaus gefährlicher für das Regime machen. Vor allem, weil die Zahl der organisierten und militärisch ausgebildeten Guerrilleros fast fünfzig mal so hoch ist, wie im September. Der städtische Organisationsgrad und die Beteiligung der Bevölkerung sind gegenwärtig noch schwer abzuschätzen. In der besetzten Stadt erscheint sie geringer, als im letzten Jahr, wohl auch, weil sehr viele bereits geflohen sind. Der wichtigste Aspekt, und wahrscheinlich der entscheidende im Kampf, ist die Menge und die Qualität der Waffen auf Seiten der Guerrilleros: Fal-Gewehre, Mauer, Garan, Splittergranaten, Dynamitgranaten und ausreichende Munition, außerdem sind sie mit Bazookas und Maschinengewehren, 30ern und 50ern ausgerüstet.

Ein anderer möglicherweise entscheidender Punkt ist die hohe Beteiligung von Bauern an der Guerilla, die in die Stadt gekommen sind. Ihre Beteiligung ist viel stärker, als im letzten September.

Die Taktik der Nationalgarde, nach der anfänglichen Verwirrung vom 11. April, ist ziemlich wie im letzten September. Die Guardia hat sich schnell



wieder aus dem Stadtbild von Esteli zurückgezogen, hinterläßt noch einige Patrouillen innerhalb der von Guerrilleros besetzten Zone und zieht ihre gesamten Kräfte in die Schlüsselgebäude nahe der Kommandozentrale zurück.

Die Nationalgarde bleibt im ganzen Land in Erwartung, während die Luftwaffe begonnen hat, die Stellungen der Guerrilleros zu bombardieren.

Eine italienische Winterreise

Verhaftungswelle gegen „Autonomia“ zum Beginn des Wahlkampfes

Rom, 16.4. (taz). Am vorletzten Samstag begann in Italien, in den Städten Padua, Mailand, Turin, Rovigo und Rom eine großangelegte Verhaftungswelle gegen Exponenten der „Autonomia“, jenes Teils der italienischen Linken, der seit Jahren in radikalen, z.T. gewaltsamen Aktionen die „lotta di massa“, den subversiven Massenkampf propagiert.

Bisher gibt es 22 Haftbefehle, von denen fünfzehn ausgeführt sind: zu den Verhafteten gehören Antonio Negri, Oreste Scalzone und andere, meist sehr bekannte Genossen der „Autonomia“. Den Haftbefehlen, die vom Staatsanwalt in Padua als entscheidenden Schritt zur endgültigen Lösung des „sozialen Problems des Terrorismus“ in Italien angepriesen wurden und von Anwälten als rein ideologische Anklage, „unbegreiflich und absurd“, und völlig ohne Motivierung bezeichnet wurden, liegen folgende Vorwürfe zugrunde:

- Neun der Beschuldigten (von denen zwei, Franco Piperno und ein bisher Unbekannter geflohen sind) wird Teilnahme am Aufbau und Mittäterschaft in einer bewaffneten Bande; bewaffneter Aufstand gegen die Staatsgewalt und Anschlag auf die Staatsverfassung vorgeworfen, weil sie mit der Organisation der Roten Brigaden in bewaffneten Banden darauf zielten, gewaltsam Verfassung und Regierungsform zu ändern
- Allen Beschuldigten wird vorgeworfen, „eine Vereinigung namens Potere Operaia organisiert und geleitet zu haben“, „sowie ähnliche Vereinigungen mit anderen Namen“, die aber alle mit der sog. „Autonomie Operaia“ in Verbindung zu bringen sind. Ziel dieser Vereinigungen sei es, gewaltsam die bestehende Ordnung des Staates umzustürzen.

Begründet wird diese Anklage, auf die im Höchstfall lebenslängliche Haft steht, mit dem summarischen Hinweis auf vorhandene ausreichende Schulddinidien; diese „Beweise“ sind allerdings bisher strikt geheim gehalten worden. Sie stützen sich angeblich

1. auf beschlagnahmte „Dokumente“, in denen z.B. der bewaffnete Kampf propagiert wird, Attentate angekündigt werden oder für sie die Verantwortung übernommen wird etc.,
2. auf Veröffentlichungen der Autonomia in den Zeitungen „Rosso“, „Autonomia“, „Controinformazione“ sowie Flugblätter und sonstige Schriften und
3. auf Zeugenaussagen und die Ergebnisse der bisherigen polizeilichen Untersuchungen.

nutzte Artikel „subversiven Vereinigung“ ein „typisches Meinungsdelikt“ darstelle.

In den Einschätzungen der italienischen Linken taucht zur Erklärung der Verhaftungswelle immer wieder der Hinweis auf die Wahlen zum Nationalen und Europäischen Parlament am 3. und 10. Juni auf. Eins der Hauptthemen des Wahlkampfes ist weiterhin der Terrorismus. So heben die comitati autonomia in Rom hervor, welche „Bedeutung der ganzen Aktion von allen Parteien für ihren Wahlkampf“ beigemessen wird. Für das Koordinationskomitee von Lotta Continua sind „die Festnahmen ein Angriff von Seiten des Staates und der Parteien auf das movimento (die linke Bewegung), um so ihren Wahlkampf zu beginnen. Und Luigi Pintor bezeichnet im ‚manifesto‘ Negri und die anderen als mögliche „Sündenböcke, um ein Meer von Ignoranz zu verdecken oder aber auch die wirklichen Verantwortlichen und Komplizen im Fall Moro.“

Auch in einer Erklärung von ‚Magistratura Democratica‘ (einer linken demokratischen Juristenvereinigung) werden die Verhaftungen als eine „juristische Wahlkampfkampagne bezeichnet: Die einzige Basis der schwerwiegenden Anschuldigungen seien bisher beschriebene Blätter, mit politischen Ideen, die wie die von Negri und Scalzone seit Jahren bekannt seien. Die Erklärung wartet vor dem „Ende der Gedankenfreiheit in Italien“, wenn jetzt strafrechtlich die Verantwortlichkeit moralischen und ideologischen Typs akzeptiert würde. Sie bezeichnet die (offensichtlich beabsichtigte) Kriminalisierung von „Autonomia Operaia“ als unverantwortlich: die Autonomia sei ein „soziales Phänomen, das in diesen Jahren Massenausmaß erreicht hat.“

Bei der Frage nach den Drahtziehern dieses dunklen Spiels kommt das ‚manifesto‘ zu dem Schluß daß es ganz im Interesse der Democrazia Cristiana läge. Ziel der Strategie der Democrazia Cristiana sei die Auflösung der realen Verfassungsstrukturen, die seit 30 Jahren Ergebnis und Voraussetzung der Arbeiterbewegung seien. Mit dem wahrscheinlichen Platzen der Seifenblase, die diese Verhaftungswelle darstelle, wäre sie ihrem Ziel, der Schwächung dieser „demokratischen Strukturen“, ein Stück näher gekommen. Allerdings sagt ‚manifesto‘ nicht, daß die Polizeiaktion und die Kriminalisierung der Autonomia ausgezeichnet in die Ordnungspolitik der PCI hineinpaßt, die den Kampf gegen den Terrorismus zu einem ihrer Hauptthemen im Wahlkampf macht.

In Padua und Rom sollten am Mittwoch und Donnerstag letzter Woche Demonstrationen gegen die Verhaftungen stattfinden, die dann aber gegen Verbote der Polizei nicht durchgesetzt werden konnten. In Padua, das so die Autonomia - von der Polizei eingenommen ist, gab es eine Protestveranstaltung mit über 5000 Personen. Nachdem eine größere Demonstration von der Polizei verhindert worden war, demonstrierten in Rom kleinere Gruppen mit verschiedenen Aktionen in der Stadt, in dem sie unter anderem zwei Busse in Brand steckten.

In Paris, London und New York wurden Solidaritätskomitees für die Verhafteten gegründet, in Barcelona und Berlin werden sie vorbereitet.

A.R.

Guattari zur Negri-Verhaftung

Paris, 12.4.79 (Le Monde) Aus Guattari's Brief zur italienischen „Winterreise“ zitiert Le Monde einige Auszüge. Wir konnten leider an den ganzen Brief nicht herankommen.

Antonio Negri hat sich bemüht, die neue Art von Gewalt, die Italien seit 10 Jahren erlebt, zu analysieren: also ist er ein Terrorist! Antonio Negri arbeitet seit 5 Jahren mit Leuten, von denen einige vielleicht in den Untergrund gegangen sind: also ist er ein Terrorist! Es spielt keine Rolle, daß er öffentlich die Aktionen der Roten Brigaden verurteilt hat. Für Details interessieren sich die Medien nicht. Großartige Erfindungen - wie die angebliche Ähnlichkeit seiner Stimme mit der eines Moro-Entführers - erhalten je abwegiger sie sind ein desto größeres Gewicht.

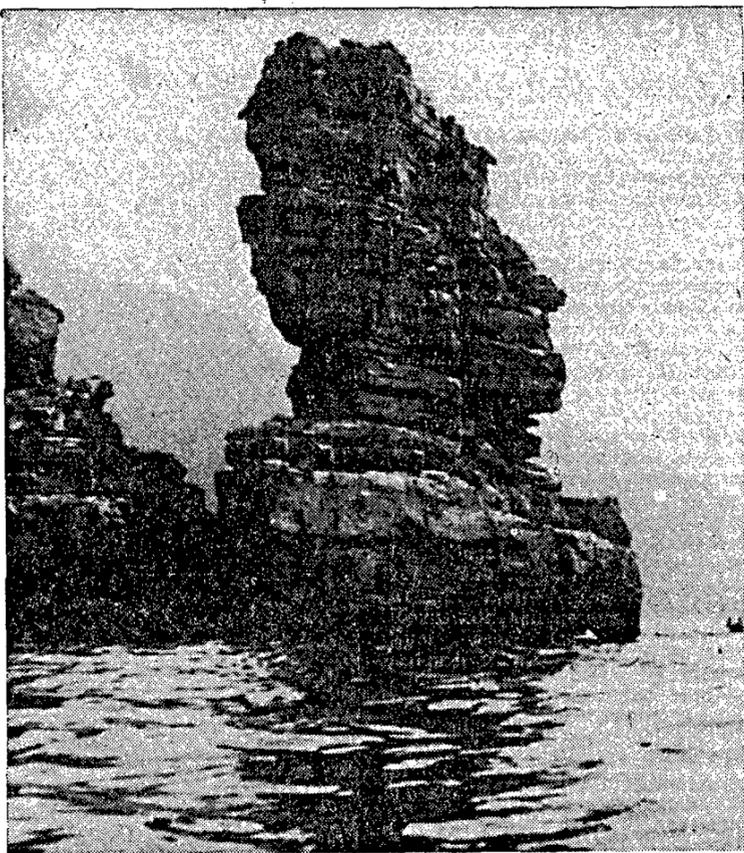
Diese Affäre hat ganz oben begonnen und sie wird weit führen. Der Herald Tribune, immer gut informiert, hat durchblicken lassen, daß die Angelegenheit Anfang des Monats auf einem Treffen der Innenminister von Österreich, Frankreich, Italien, Schweiz und BRD in Bonn beschlossen worden war. Auf der Tagesordnung stand nur zum Schein die Affäre Moro. In Wahrheit ging es um die Entwicklung der Gewalt in Europa, um die wirtschaftliche und soziale Krise. Heute geht es darum, all die einzuschüchtern, die ihre Stimme ein wenig lauter erheben. Angefangen wird dabei mit den Intellektuellen, die sich wie Antonio Negri ein unabhängiges Urteil bewahrt haben.

Rathaussturm in Stuttgart

Stuttgart 16.4. (taz) Am Gründonnerstag ließ das liberale Aushängeschild der CDU, Oberbürgermeister Rommel, für den Gemeinderat eine (Des-)information zu Harrisburg zu inszenieren. Ursache dafür war die Forderung des Stadegemeinderat einer (Des-)Information zu Harrisburg inszenieren. Ursache zwei AKW's (Atomkraftwerke) der TWS (Technische Werke Stuttgart) stillzulegen. Zugelassen zu dieser Sitzung war nur die (bürgerliche) Presse. Bürger, Wählerschaft, Alternativzeitungsmacher und das übrige gemeine Volk wurde auf Veranlassung Rommels ausgeschlossen. Durch diese Aussperrung mußten sich die AKW-Gegner Stuttgarts damit begnügen, vor dem verammelten Rathaus Flugblätter zu verteilen. Über eine Stunde wurde ich, obwohl TAZ-Initiativler und „Blättele“-Mitarbeiter durch Rathauspfortner an der Erfüllung meiner journalistischen Sorgfaltspflicht bzw. am Eintritt gehindert. In meiner Wut verstieg ich mich dazu, mir über das Baugerüst des Rathaussturms Zugang zum Gemeinderatssaal im 5.Stock des Rathauses zu erklettern. Nach kurzem Gerangel an der Saaltür gewährte der erste Bürgermeister, Dr. Hahn mir großzügig Einlaß für die restlichen Stunden der Atompropagandashow. Warum denn nicht gleich?! Nachdem OB Rommel die passenden

harmonischen Schlußworte und Osterglückwünsche ausgestoßen hatte, wurde ich in der Eingangshalle des Rathauses von einem Rudel Ordnungshüter in Empfang genommen. Das Bürgermeisteramt hatte nämlich gegen mich Anzeige wegen (Rat)Hausfriedensbruchs erstattet. Daraufhin wußten die Grünuniformierten sich nicht anders zu helfen, als mich vorläufig zu verhaften. Zwei Polizisten brachten mich wie einen Schwerverbrecher zum Polizeirevier. Kaum hatte die Staatsgewalt anhand meiner Personalien festgestellt, daß ich nicht nur ein leibhaftiger Mensch, sondern auch eine existierende Person bin, gab sie mir die Freiheit wieder. Von der Veranstaltung selber gibt es wenig Interessantes zu berichten. Als Sachverständige waren nur 2-natürlich völlig unabhängige TWSManager anwesend. Diese wußten zu berichten, daß in Harrisburg zu keinem Zeitpunkt eine ernsthaft gefährliche Situation und keine nennenswerten Schäden an Natur und Menschen entstanden sind. Außerdem „glaubte“ Herr Brüderlin von der TWS in seiner unendlichen Gläubigkeit, daß die Harrisburger Unfälle in deutschen AKW's unmöglich sind usw. usf. In fröhlicher Erwartung meines Prozesses.

Gerd



„Adenauerfelsens patentiert“ Eines der wohl ausgefallensten Patente wurde jetzt dem Bonner Publizisten Hermann Pfattheicher erteilt: die Anmeldung zum Bildzeichen einer Felsnase im italienischen Badeort Positano, die verblüffende Ähnlichkeit mit dem Profil Konrad Adenauers hat. 1975 entdeckt, wurde er wenig später auch von Gemeinderat in AdenauerRock umgetauft.

foto: ap

AKW's in Japan abgeschaltet

Tokio, 14.4. (reuter,taz) Allen Unkereien von Atombetreibern zum Trotz sind in Japan die Lichter noch nicht ausgegangen, obwohl dort 8 Druckwasserreaktoren vom Typ Harrisburg, die insgesamt 13 Millionen Kilowatt Strom und damit etwa 11% des japanischen Energiebedarfs abdecken, abgeschaltet worden sind. Das japanische Atomsicherheitsamt hat nach einer Warnung der amerikanischen Kernenergiebehörde (NCR) die vorläufige Stilllegung eines der 8 Reaktoren der US-Firma Westinghouse in Ohi im Westen des Landes verfügt. Wie ein Sprecher des Ministeriums für Außenhandel und Industrie mitteilte, sollen bei dem AKW und 7 weiteren bereits zu „Wartungsarbeiten“ abgeschalteten Leichtwasserreaktoren die Notkühlanlagen, die bei Harrisburg versagt haben, überprüft werden. Dabei will man mithilfe von Computern den Unfall nachspielen. Die NCR hatte bereits am Donnerstag vergangener Woche alle Betreiber von Westinghouse- und Combusting Engineering-Reaktoren zur Überprüfung ihrer Störfallprozeduren gefordert. Die Sicherheitsprozeduren sollen 2 Wochen dauern. Ungeklärt ist nur die Frage, warum nur ein AKW stillgelegt wurde und nur 8 andere überprüft werden, obwohl in Japan sämtliche AKW's, insgesamt 17, potentielle Harrisburgs sind und nach dessen Muster gebaut wurden.

neuen Fall Harrisburg sicher vorzuziehen. Es wundert nun nicht, daß die japanische Regierung mit ihrem Energieprogramm etwas ins Flippen gekommen ist. Sie will auf dem Weltwirtschaftsgipfel Ende Juni in Tokio Energiefragen an die erste Stelle setzen. Die Japaner schlagen den Teilnehmern USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Italien und der BRD vor, daß, ähnlich wie bei den Mitteln für Entwicklungshilfe, ein fester Prozentsatz des Bruttosozialprodukts zur Entwicklung alternativer Energien zur Verfügung gestellt wird. In Japan erwägt man 0,5%. Japan steht unter besonderem Druck, seine Energieversorgung sicherzustellen, da der Inselstaat seine Importabhängigkeit an Primärenergie zwischen 1960 und 1970 von 44,2% auf 83,6% steigerte. Fast 100% des Mineralöls müssen importiert werden. Fast 4/5 des Öls kommt aus dem Nahen Osten. 1972 waren 5 Atomkraftwerke mit insgesamt 1823 MW in Betrieb, das entsprach gerade 0,6% der Energieversorgung. Die Atomkraft, die Japan aus dem Energiedilemma befreien soll, würde nach der letzten Überarbeitung des anfänglich zu ehrgeizig ausgelegten Programms im Jahre 1985 26 000 MW, d.h. 14,8% des gesamten Strombedarfs, liefern. Bei forciertem Ausbau hofft man auf einen Anteil von 18,8% (33 000 MW). Zur Abhängigkeit Japans vom Erdöl tritt die Abhängigkeit vom Uran. Japan besitzt so gut wie gar keine eigenen Vorkommen. U.S.

Beamte des japanischen Ministeriums befürchten für den Sommer Stromengpässe, sollten sich die Sicherheitsüberprüfungen hinziehen. Doch selbst wenn dies wahr wäre, ist es ein

Richter erklärt TAZ-Berichterstattung für kriminell

Beschluß des Richters Dr. Fitzner (SPD) vom 29.3.1979: „In der Strafsache gegen Jandt u.a. hier: gegen Wolfgang Weßlau wird die an die Angeklagten gerichtete Postsendung mit der Druckschrift 'Die TAGESZEITUNG' Nr. 8 vom 22.3.79 gemäß § 119 III StPO beanstandet und von der Beförderung ausgeschlossen, da sie aufhetzende und grob beleidigende Behauptungen über die Polizei enthält und zur Begehung strafbarer Handlungen aufruft. So wird auf Seite 1 ein umstürzender Bohrturm gezeigt, was im Zusammenhang mit den beschriebenen Demonstrationen in und um Gorleben nur als Aufforderung zu Gewalttätigkeiten verstanden werden kann. Auf Seite 7 wird zu Wohnungsbesetzungen aufgerufen. Auf Seite 1 wird behauptet, die Polizei habe in Gorleben schon mehrfach Schlägereien provoziert und auf Seite 5 wird die

Bundesrepublik Deutschland als 'Atomstaat im Westreich' bezeichnet. Die beanstandete Druckschrift ist zu Habe der Untersuchungsgefangenen zu nehmen.“ Frage an den Richter Dr. Fitzner: Was haben Sie angeordnet für Zeitungen und Zeitschriften,

in denen die Gefahren aus dem Atomkraftwerk in Harrisburg und anderswo, aus schnellen Brütern, aus Wiederaufbereitungsanlagen bagatellisiert und verharmlost wurden und noch werden und damit Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen aufs Spiel gesetzt werden; die das Leerstehen- und Verfalllassen von Wohnungen gutheißen; die behaupten, Demonstranten in Gorleben hätten Schlägereien provoziert?

Spende

(die Möglichkeit, sein Geld loszuwerden!)

Zur Unterstützung des Projekts die Tageszeitung verpflichte ich mich, monatlich DM als Spende auf das Konto der „Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.“ 029 037 3300 bei der Berliner Bank zu überweisen.

Ich bin damit einverstanden, daß der obige Betrag monatlich ab dem von meinem Konto Nummer bei Bankleitzahl (BLZ) in mittels Lastschrift abgebucht wird. Wenn mein/ unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Die letzte Abbuchung soll im Juli 1979 erfolgen.

Name des Kontoinhabers _____
 Geldinstitut _____
 Kontonummer _____
 Bankleitzahl, Ort _____
 Datum und Unterschrift _____

Wir sind der kleine Verlag mit den guten Büchern

AL MASARIK - Unter der Haut - Gedichte, 112 Seiten, Pb., DM 10,- „Masarik bringt's mit schier unglaublicher Leichtigkeit. Wer ihn liest, kriegt Hunger. Er beweist, daß Neulinge tolle Sachen bringen können.“ Bukowski
 JACK MICHELLE, Skinny Dynamite, Stories, 96 Seiten, Pb., DM 10,-
 Micheline ist einer der letzten originalen Street Poets in den USA. Seine Short Stories sind authentisches Material aus den Gettos der Großstädte.
 MAROVERLAG - 89AUGSBURG
 Bismarckstr. 7 1/2 - Tel. 0821-577131

FÜR DIE LUST AM DENKEN

Jean-Francois Lyotard
 Intensitäten DM 10,-
 G. Deleuze/F. Guattari
 Rhizom DM 6,-
 Luce Irigaray
 Das Geschlecht das nicht eins ist DM 12,-
 Michel Foucault
 Dispositive der Macht. Sex, Wissen u. Wahrheit DM 12,-
 Underground im Ostblock.
 Rockscene, Tramps, Gangs, Korruption, Schwarzmarkt, Schiebung, Witze DM 9,-
 Jean Baudrillard
 KOOL KILLER oder Der Aufstand der Zeichen DM 8,-
Merve Verlag
 1 Berlin 15 Postfach 327

Reaktoranschlag

Paris, 14 April (afp) Der israelische Geheimdienst soll hinter dem Anschlag stecken, durch den Atomreaktorbauteile in der Nacht zum vergangenen Montag in La Seyne-sur-Mer zerstört wurden. Das vermuten der „Nouvel Observateur“ und die Pariser Tageszeitung „Le Matin“. Da die Teile für einen Reaktor im Irak bestimmt seien, der damit in vier bis fünf Jahren Atombomben bauen könnte, sei Israel der Nutznießer dieser Aktion.

Wichtige Richtfeststellung

Erst nach Redaktionsschluß bemerkten wir einen schwerwiegenden Fehler, der uns auf S. 6 unterlaufen ist. In dem Artikel „In den Schluchten des Journalismus“ gaben wir als Quelle des letzten zitiert irrtümlich „BILD-Zeitung, Hamburger Ausgabe, 4/79“ an. Richtig muß es heißen: „KONKRET“ April 79, S. 4. Der Verfasser ist Hermann L. Gremilza, Herausgeber dieser Zeitschrift, der damit zum Abonnent einer anderen neuen Tageszeitung, die am 1. Mai erscheinen soll, auffordern wollte. Wir bitten um Entschuldigung.
 Redaktion Inland



den Skandal von Hannover, als bei einer »TAZ«-Unterstützungs-Fete ein Mädchen in der Toilette von mehreren Besuchern »spontan« vergewaltigt wurde, und das Auditorium protestierte, als deshalb eine Musikergruppe nicht weiterspielen wollte, kurzum: auch ohne diese beispiellose in einem tatsächlich linken Milieu unvorstellbare Schweinerei wären wir inzwischen zu dem Schluß gekommen: »Die Neue« ist wichtiger. Und sie ist mittlerweile so gut (interessant, informativ, politisch präzise) geworden, daß die KONKRET-Redaktion sie ihren Lesern empfehlen muß.

Streik an der Costa del Sol

Marbella, 16.4. (taz). Der seit über zwei Wochen andauernde Streik der Hotel- und Restaurantbediensteten an der spanischen Costa del Sol weitet sich aus.

Während der Semanta Santa, der Karne und Osterwoche, die besonders in Andalusien eine der größten Touristenattraktionen darstellt, blieben Bars und Restaurants weiterhin geschlossen.

Die Gewerkschaften UGT und Arbeiterkommissionen (CCOO) fordern eine 14 %ige Lohnerhöhung, ein regionales Rahmenabkommen für das Hotelgewerbe und eine Urlaubsregelung. Der größte Teil der Beschäftigten hat keine ganzjährige, sondern nur eine saisonale Anstellung.

Angesichts der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in Andalusien ist es sehr schwer, für den Rest des Jahres eine anderweitige Arbeit zu finden.

Die Hotelbesitzer stellen sich stür und entlassen seit Mittwoch vor allem aktiv Streikende. Bis zum Montagmorgen waren es bereits 250. Die Polizei patrouilliert durch die Badeorte, um die Bildung von Streikposten zu verhindern.

Während die Gewerkschaften bereit sind, den Streik abzubrechen, sobald die Hotelbesitzer die Entlassungen zurücknehmen, fordern diese vor Beginn von Verhandlungen die vollständige Wiederaufnahme der Arbeit an der gesamten Costa del Sol.

Als Antwort auf die Haltung der Hotelbesitzer und die andauernden Polizeieinsätze haben die CCOO für den gestrigen Ostermontag, der in Spanien Arbeitstag ist, zu einem Generalstreik der Provinz Málaga aufgerufen.

Abonniert!



Wenn nicht nur im April die TAZ am Kiosk und im Briefkasten liegen soll, brauchen wir noch viele, viele Abos!

Also: Ich abonniere die Tageszeitung zum fortlaufenden Bezug, jedoch für mindestens drei Monate. Die Zahlungsweise soll erfolgen:
 — monatlich 20,- DM
 (bitte nur über Einzugsermächtigung)
 — vierteljährlich 59,- DM
 — halbjährlich 110,- DM
 — jährlich 210,- DM

1. O Barzahlung Die Abonnementgebühren von 59/110/210 DM habe ich auf das Konto beim Postcheckamt Berlin-West 1669-102 oder bei der Berliner Bank 0290 3733 00 „Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.“ überwiesen.
 2. O Einziehungsermächtigung Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden. Die Ermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Name, Vorname _____
 Straße _____
 Postleitzahl, Ort _____ Zustellamt _____
 Datum, Unterschrift _____

Name des Kontoinhabers _____
 Geldinstitut _____
 Kontonummer _____
 Bankleitzahl, Ort _____
 Datum und Unterschrift _____